

Laaser, Claus-Friedrich; Rosenschon, Astrid

Working Paper

Der Kieler Subventionsbericht: Eine Aktualisierung bis zum Jahr 2013/2014

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 547/548

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Laaser, Claus-Friedrich; Rosenschon, Astrid (2015) : Der Kieler Subventionsbericht: Eine Aktualisierung bis zum Jahr 2013/2014, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 547/548, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/113301>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kieler **Diskussionsbeiträge**



Der Kieler Subventionsbericht: Eine Aktualisierung bis zum Jahr 2013/2014

**Claus-Friedrich Laaser und Astrid
Rosenschon**

Nr. 547/548 | Juli 2015

Institut für Weltwirtschaft Kiel

Web: www.ifw-kiel.de

Dr. Claus-Friedrich Laaser

Institut für Weltwirtschaft

24100 Kiel

Telefon: +49/431/8814-463

E-Mail: claus-friedrich.laaser@ifw-kiel.de

Dr. Astrid Rosenschon

Institut für Weltwirtschaft

24100 Kiel

Telefon: +49/431/8814-488

E-Mail: astrid.rosenschon@ifw-kiel.de

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

Herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft

24100 Kiel

Tel: +49/431/8814-1; Website: <http://www.ifw-kiel.de>

Schriftleitung:

Prof. Dr. Harmen Lehment

Tel: +49/431/8814-232; E-Mail: harmen.lehment@ifw-kiel.de

ISSN 0455-0420

© Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 2015.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, das Werk oder Teile daraus in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder einem anderen Verfahren) zu vervielfältigen oder unter Verwendung elektronischer Systeme zu verarbeiten oder zu verbreiten.

Inhalt

1	Einleitung und Problemstellung	3
2	Zur Abgrenzung der Subventionen im Kieler Subventionsbericht – ein kurzer Überblick	4
3	Zur Schädlichkeit von Subventionen	6
4	Subventionen bis zu den Jahren 2013/2014	8
4.1	Gliederung der Subventionen in sachlicher Hinsicht	8
4.2	Steuervergünstigungen nach Empfängern und Verwendungszwecken	9
4.3	Einnahmeverzicht des Bundes wegen kostenreduzierter Zuteilung der CO ₂ -Emissionshandelszertifikate	19
4.4	Finanzhilfen des Bundes	21
4.5	Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden	28
4.6	Direkte Finanzhilfen der Europäischen Union	33
4.7	Finanzhilfen der Bundesanstalt/Bundesagentur für Arbeit	34
4.8	Zahlungen der Sondervermögen des Bundes	36
4.9	Subventionen insgesamt	40
5	Subventionen nach amtlichen Subventionsberichten im Vergleich zu Subventionen nach IfW	47
	Anhangtabellen	51
	Literatur	74

1 Einleitung und Problemstellung

Subventionen sind ein beliebtes Instrument der Wirtschaftspolitik, weil sie den politisch Verantwortlichen die Möglichkeit bieten, Aktivität zu zeigen und lenkend in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. Mittels Subventionen sollen tatsächliche oder vermeintliche Marktmängel beseitigt oder gemildert werden. Dabei greift die Politik durchaus auf den Instrumentenkasten zurück, den die ökonomische Wissenschaft entwickelt hat. Wer in ein ökonomisches Lehrbuch schaut, das sich mit Wohlfahrtsökonomie beschäftigt, wird hier in der Tat Subventionen als ein legitimes Instrument der staatlichen Wirtschaftspolitik beschrieben finden. Wenn es dabei etwa um Anreize zu einer Anhebung des Produktionsniveaus bei vermuteten externen Erträgen geht – der Pigou-Subvention als Pendant zur Pigou-Steuer bei externen Kosten –, dann steht die Wohlfahrtsökonomie einem fiskalischen Transfer zugunsten der Erzeuger der externen Erträge durchaus wohlwollend gegenüber.¹ Subventionen sind daher prinzipiell ökonomisch diskutabel, können sie im theoretischen Idealfall doch beitragen, einen Ausgleich zwischen privaten und sozialen Erträgen herbeizuführen.

Zu fragen ist allerdings, ob in der Realität die Feinsteuerung durch Subventionen so gelingt, wie es die Wohlfahrtstheorie suggeriert, und ob tatsächlich ökonomische Gründe hinter der Subventionsgewährung stehen. Zum Problem werden Subventionen dann, wenn versucht wird, mit ihnen Dinge zu steuern, die nicht steuerbar sind, wenn sie selbst Allokationsverzerrungen hervorrufen, wenn sie notwendige Anpassungsmaßnahmen von Unternehmen und Arbeitnehmern an sich wandelnde Rahmenbedingungen verzögern oder verhindern, oder wenn sie unerwünschte Nebenwirkungen haben, die dem eigentlich intendierten Ausgleich von privaten und sozialen Kosten im Wege stehen. Hinzu kommt, dass der Glaube an eine Subventionierbarkeit alles politisch Wünschbaren den Blick auf stets drohende Budgetengpässe und eine nachhaltige Finanzierbarkeit des politischen und wirtschaftlichen Gemeinwesens verstellen kann. Für jede einzelne Subvention mag es eine plausibel klingende Begründung geben. Doch in ihrer Gesamtheit können Subventionen Gebietskörperschaften an die Grenzen einer nachhaltigen Finanzpolitik führen.

Aufgrund dieser Gefahren ist eine möglichst lückenlose Bestandaufnahme aller Subventionstatbestände notwendig. Selbst wenn es dabei um Fälle geht, über die in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion unterschiedliche Ansichten herrschen, inwieweit ein Subventionscharakter einer Maßnahme gegeben sein mag, trägt es zur Transparenz bei, wenn auch solche Grenzfälle auf den Prüfstand gestellt und dokumentiert werden. Der neue Kieler Subventionsbericht, der hiermit vorgelegt wird, bietet wiederum eine umfassende Übersicht über die öffentlichen Finanzhilfen und Einnahmeverzichte aus den Haushalten der Gebietskörperschaften der Bundesrepublik Deutschland, und zwar bis zum Jahr 2013/2014.

Mit seinem Subventionsbericht möchte das Institut für Weltwirtschaft (IfW) zur Transparenz der weit gefächerten Subventionslandschaft beitragen. Dabei werden die Einnahmeverzichte und Finanzhilfen nach einem erweiterten Subventionsbegriff erhoben. Beim Kieler Subventionsbegriff geht es um selektive Wirkungen staatlicher Leistungen und Einnahmeverzichte, die dann als Subventionen eingestuft werden, wenn sie an den betreffenden Märkten mit Allokationsverzerrungen einhergehen. Davon werden auch Ausgaben für Infrastruktur nicht generell ausgenommen, wenn diese prinzipiell marktnah errichtet werden könnte.

Des Weiteren beleuchtet der Kieler Subventionsbericht nicht allein die Finanzbeziehungen zwischen Gebietskörperschaften und den klassischen Empfängern von Subventionen im Unternehmenssektor, sondern bezieht auch bestimmte allokationsverzerrende Transfers an Organisationen ohne Erwerbszweck und an private Haushalte mit ein. Letzteres ist dann der Fall, wenn diese Organisationen letztlich marktgängige Leistungen anbieten, die im Sinne der Wohlfahrtstheorie als private Güter zu

¹ Als ein klassisches Beispiel sei hier auf Sohmen (1976: 231–236) verwiesen.

bezeichnen sind. In diesen Fällen ist es unerheblich, ob die Anbieter gewinnorientierte private Unternehmen oder nicht gewinnorientierte Organisationen (einschließlich halbstaatlicher Dienstleister) sind. Mit dem erweiterten Subventionsbegriff wird traditionell ein größerer Bereich der öffentlichen Finanzhilfen und Einnahmeverzichte erfasst, als es in den amtlichen Subventionsberichten des Bundes und der Bundesländer der Fall ist.

In Abschnitt 2 wird genauer abgegrenzt, was Subventionen nach der erweiterten Kieler Subventionsdefinition sind und was – meist aus Erhebungsgründen – in diesem Bericht leider nicht erfasst werden kann (Kasten 1, S. 5). In Abschnitt 3 wird eine ausführliche Diskussion darüber geführt, warum Subventionen tendenziell schädlich sein können, auch wenn sie ein beliebtes Instrument der Wirtschaftspolitik sind. In Abschnitt 4 wird dann die Subventionslandschaft in Deutschland bis zum Jahr 2014 (bzw. bis zum Jahr 2013, soweit Länder- und Kommunalhaushalte betroffen sind) dargestellt. Bevor am Schluss von Abschnitt 4 die Gesamtbilanz über die Subventionstätigkeit in Deutschland gezogen wird, werden in einem Exkurs (Kasten 2, S. 38–39) die Ausmaße eines Subventionstatbestandes aufgezeigt, der systematisch nicht in diesen fiskalisch orientierten Bericht passt, aber dennoch nachrichtlich dokumentiert werden soll: die Preissubventionen in den Energiepreisen über die EEG-Umlage. Schließlich wird in Abschnitt 5 ein Vergleich zu den amtlichen Subventionsberichten geboten, wobei die ausgewiesenen Summen des Kieler Berichts diejenigen der amtlichen Berichte deutlich überschreiten.

2 Zur Abgrenzung der Subventionen im Kieler Subventionsbericht – ein kurzer Überblick

Eine ausführliche Abhandlung zum Subventionsbegriff ist in Boss und Rosenschon (2008) zu finden. Dort wird detailliert aufgezeigt, wie sich die subventionspolitischen Eingriffe des Staates zugunsten von Unternehmen, Organisationen ohne Erwerbszweck und privaten Haushalten von anderen finanzpolitischen Kategorien unterscheiden, nämlich von Ausgaben für öffentliche Güter, für karitative Zwecke und für allokatonsneutrale allgemeine Sozialleistungen sowie – im Fall von Steuervergünstigungen – von allgemeinen Steuersenkungen.

Aus datentechnischen Gründen kann der Kieler Subventionsbericht nicht alle subventionsrelevanten Tatbestände erfassen, sondern nur jene, die amtlich dokumentiert sind. Das sind die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen in Deutschland. Finanzhilfen sind allokatonsverzerrende Zahlungen an die genannten drei Gruppen von Subventionsempfängern, die ohne Gegenleistung gewährt werden und die die Staatsausgaben sowie das Defizit erhöhen. Bei Steuervergünstigungen verzichtet der Staat zugunsten privilegierter Unternehmen, privater Haushalte oder Organisationen ohne Erwerbszweck auf Steuern, die diese sonst an den Staat hätten abführen müssen. Steuervergünstigungen führen zu einem Anstieg des Defizits und/oder der allgemeinen Steuersätze. Ferner wird im Kieler Subventionsbericht der Einnahmeverzicht des Bundes wegen kostenfreier oder -reduzierter Zuteilung der CO₂-Emissionshandelszertifikate veranschlagt.

Obwohl der Kieler Subventionsbegriff breiter gefasst ist als der der Bundesregierung und der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, deckt er die Subventionsrealität nicht vollständig ab. In Boss und Rosenschon (2008) wird umfassend dokumentiert, welche Positionen, die eigentlich Subventionen sind, wegen fehlender Informationen außen vor bleiben müssen. Hier seien nur die wichtigsten genannt, nämlich

- finanzielle Vorteile, die der Staat Privaten dadurch gewährt, dass er – gemessen an Marktpreisen – zu teuer einkauft oder zu billig verkauft; denn in den öffentlichen Haushalten werden diese Preissubventionen nicht dokumentiert. Ein Beispiel ist der Verkauf eines kommunalen Grundstücks unter Marktpreisen. Preissubventionen dürften vor allem auf kommunaler Ebene bedeutsam sein.

- bestimmte indirekte Formen der Preissubventionen wie die Ökostromumlage. So werden durch das Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) Stromnetzbetreiber gezwungen, vorgegebene Mengen an Strom aus regenerierbaren Energien einzuspeisen; die Mehrkosten werden auf die Verbraucher abgewälzt (darüber wird lediglich nachrichtlich in einem Exkurs berichtet).
- die Hilfen für den Bankensektor, die Bund, Länder und der Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) im Zuge der Finanzkrise 2008/2009 geleistet haben. Diese sind im letzten Subventionsbericht (Laaser und Rosenschon 2013) nachrichtlich ausgewiesen worden.
- die Umsatzsteuermindereinnahmen infolge der ermäßigten Besteuerung der Lebensmittel. Keine amtliche Statistik informiert über diese Steuerausfälle.
- die für die Lehre an Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten getätigten Ausgaben.
- Subventionsäquivalente im Forschungsbereich. So können etwa Finanzhilfen für die Bio- oder Nano-Technologie nicht nur die angewandte Forschung unterstützen – dies ist eine Subvention – als auch die Grundlagenforschung – das zählt zu den öffentlichen Aufgaben.
- die Verwaltungskosten, die Subventionspolitik verursacht.

Informationsquellen für die im Kieler Subventionsbericht erfassten Finanzhilfen sind die Haushalts- und Vermögensrechnungen des Bundes und die Bundeshaushaltspläne, die Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Bundesländer sowie die Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, die das Statistische Bundesamt ermittelt. Die Steuervergünstigungen werden den Anlagen 2 und 3 der Subventionsberichte der Bundesregierung entnommen (siehe BMF [a]). Dabei werden allerdings jene Positionen nicht erfasst, die die systematische steuerrechtliche Diskriminierung des Sparens gegenüber dem Konsum zum Teil wieder rückgängig machen. Ferner werden viele der in der sogenannten Zusatzliste von Koch und Steinbrück erfassten Maßnahmen zusätzlich einbezogen (Koch und Steinbrück 2003: 17). Weglassungen und Ergänzungen sind in Kasten 1 aufgeführt.

Im föderativen Staat stellen sich spezifische Probleme bei der Subventionszurechnung. Im Kieler Subventionsbericht werden die Finanzhilfen der Bundesländer nach dem Auszahlungsprinzip verbucht, weil dies erhebungstechnisch am einfachsten ist. Die Finanzhilfen der Länder enthalten also indirekte Finanzhilfen des Bundes und der Europäischen Union (EU). Indirekte Finanzhilfen sind solche, die erst eine weitere föderale Ebene passieren, bevor sie an die Subventionsempfänger fließen. Indirekte Finanzhilfen des Bundes sind etwa die aus dem Umsatzsteueranteil des Bundes abgezweigten Regionalisierungsmittel, die dann die Länder für die Verkehrsförderung final verausgaben, oder die Bundesanteile an der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur. Indirekte Finanzhilfen der EU sind jene, die über Zwischenschaltung der Länderhaushalte für Strukturpolitik oder aktive Beschäftigungspolitik gezahlt werden.

Neben der Zurechnung nach dem Auszahlungsprinzip sind andere Verfahren denkbar. So könnte man auf die Nettobelastung der Haushaltsebenen abstellen, indem man die Bruttoausgaben der Länder um die Zuweisungen von oben kürzt und diese Mittel entsprechend dem Bund oder der EU zurechnet. Diese Methode ist allerdings erhebungstechnisch komplizierter. Noch aufwändiger wäre die Verbuchung nach politischer Verantwortlichkeit, weil bei jedem Zahlungsvorgang geklärt werden müsste, ob ein Bundesgesetz oder ein Landesgesetz vorliegt.

Will man Bundesländer im Hinblick auf ihr Finanzhilfegebaren vergleichen, ist es erforderlich, Verzerrungen aufgrund regional unterschiedlicher Zentralisierungs- bzw. Dezentalisierungsgrade zu eliminieren. Aus diesem Grunde wird im Kieler Subventionsbericht die Gemeindeebene integriert. Hier ist die einfachste Methode, die Zahlungen der Länder an die Gemeinden bei den Ländern zu erfassen und auf Gemeindeebene das kommunale Defizit im jeweiligen finanzhilferelevanten Funktionsbereich.

*Kasten 1:*Der Kieler Subventionsbegriff^a

Nicht im Subventionsbericht enthalten	Im Subventionsbericht enthalten	Aus Datenmangel nicht erfasste Subventionen
Öffentliche Finanzierung von Gütern, bei denen kein Preis erhoben werden kann oder dies zu teuer kommt <i>Beispiele:</i> Landesverteidigung innere Sicherheit große Teile des Straßennetzes Pflege des kulturellen Erbes (ohne Kirchen)	Öffentliche (Teil-)Finanzierung von Gütern, die marktfähig sind (private Güter) <i>Beispiele:</i> Finanzhilfen an Unternehmen wie Land und Forstwirtschaft, Fischerei Verkehrsbetriebe Wohnungswirtschaft Fremdenverkehr, Bäder Versorgungswirtschaft mittelständische Betriebe	Direkte und indirekte Preissubventionen Bankenhilfen Subventionsäquivalente von Bürgschaften Subventionsäquivalente von Sondervermögen der Länder Unternehmensbeteiligungen mit Verzicht auf marktübliche Rendite
Öffentliche (Teil-)Finanzierung von Gütern, die zwar marktfähig sind, die aber wegen externer Nutzen in zu geringem Maße auf den Markt kämen <i>Beispiele:</i> Schulunterricht Forschung Hochschulausbildung	Finanzhilfen an OoEs und (halb-)staatliche Institutionen Krankenhäuser Kindertagesstätten Theater, Museen Kirchen Sportveranstaltungen Landesgestüte staatliche Weingüter Volkshochschulen	Kapitalspritzen für chronisch defizitäre Unternehmen Defizite in Einzelbranchen kombinierter Verkehrs- und Versorgungsbetriebe Zuschüsse an branchenspezifische Alterskassen, die über die Bezuschussung der Rentenversicherung hinausgehen
Öffentliche (Teil-)Finanzierung von Gütern, die zur 2. Kategorie komplementär sind <i>Beispiele:</i> Studentenheime Studentenwerke Universitätsbibliotheken Schülerbeförderung	Steuervergünstigungen, die die Wirtschaftsstruktur verzerren	Umsatzsteuermindereinnahmen infolge des ermäßigten Steuersatzes für Lebensmittel Verwaltungskosten der Subventionspolitik Subventionen, die die Verbraucher bezahlen (z.B. Ökostromumlage)

^aErläuterungen im Text der vorangegangenen Abschnitte.

3 Zur Schädlichkeit von Subventionen

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung werden die wirtschaftlichen Aktivitäten über den Mechanismus der relativen Preise gesteuert und koordiniert. Damit ist grundsätzlich alles schädlich für die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt, was die Informations-, Lenkungs- und Anreizfunktion der relativen Preise beeinträchtigt. Subventionen (Finanzhilfen oder Steuervergünstigungen) sind allokativ nur dann begründet, wenn der Markt unvollkommen funktioniert und eine realistische Chance dafür besteht, dass Subventionen zu einem besseren wirtschaftlichen Ergebnis führen. Im konkreten Fall ist zu prüfen, ob diese Bedingungen vorliegen.

Die Ziele außerökonomisch begründeter Subventionen (wie z.B. Umverteilungsziele) entziehen sich einer wirtschaftswissenschaftlichen Beurteilung. Es kann aber überprüft werden, ob Finanzhilfen und Steuervergünstigungen die wirksamsten Instrumente im Hinblick auf angestrebte Ziele sind und mit welchen gesamtwirtschaftlichen Kosten sie verbunden sind.

Eingriffe des Staates in Form von Finanzhilfen können bei Marktversagen dazu führen, dass pareto-optimale Verhältnisse erreicht werden. Zu bedenken ist aber, dass Finanzhilfen Verwaltungskosten verursachen, dass sie über ihre Finanzierung in aller Regel allokativ Verzerrungen zur Folge haben und dass Informationen über die Ursache und das Ausmaß des Marktversagens meistens nicht vorliegen. Es

ist daher fraglich, ob Finanzhilfen im konkreten Fall zu einer verbesserten Allokation der Ressourcen führen. Hinzu kommt, dass Subventionen Verhalten verändern können. Auch gibt es möglicherweise Instrumente, die den Finanzhilfen überlegen sind; zu denken ist hier an die Beseitigung von Marktunvollkommenheiten und an die Schaffung und Durchsetzung von Eigentumsrechten.

Subventionsprogramme müssen ausgearbeitet, die Subventionsvergabe muss koordiniert und die Verwendung der Subventionen kontrolliert werden. Dies erfordert Personal im öffentlichen Dienst. Die zusätzlichen Personalausgaben sowie sonstiger Aufwand für ein Programm sind möglicherweise größer als der Nutzen aus einer verbesserten Allokation.

Die Wirkungen einer Finanzhilfe auf die Allokation der Ressourcen hängen von der Art der Finanzierung ab. Neutral ist lediglich die Finanzierung über eine Kopfsteuer. Die allokativen Verzerrungen infolge der Finanzierung können ohne weiteres größer sein als die Effizienzvorteile infolge der Subvention.

Das Informationsproblem bei der Festsetzung einer Subvention ist gravierend. Die Angebots- und Nachfragebedingungen auf einem spezifischen Markt sind nicht bekannt. Der Staat verfügt nicht über das Wissen, das er haben müsste, damit im Falle des Marktversagens öffentliche Mittel im richtigen Umfang eingesetzt werden. Zudem verschärft sich das Problem dadurch, dass sich die Marktverhältnisse laufend ändern. Eine ursprünglich berechnete Subvention mag sich im Laufe der Zeit als ökonomisch nicht mehr notwendig erweisen, bleibt aber angesichts der Trägheit des politischen Prozesses oder infolge des Einflusses von Interessengruppen bestehen. Es ist mithin aus mehreren Gründen sehr fraglich, ob Subventionen das Problem lösen, das sie lösen sollen.

Die Problematik ist aber letztlich noch komplizierter. Zu bedenken ist nämlich, dass staatliche Hilfen Verhaltensänderungen nach sich ziehen können. Subventionen vermindern die Anreize, Anpassungen vorzunehmen, die notwendig sind, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten oder wiederherzustellen. Dies betrifft die Kostenkontrolle sowie die Aktivitäten im Bereich Forschung und Entwicklung, die zu Prozess- und Produktinnovationen führen. Es kann sich eine Subventionsmentalität auf Seiten der unterstützten Unternehmen entwickeln.

Weitere Verhaltensänderungen sind nicht auszuschließen. Subventionen verändern z.B. das Verhalten der Tarifvertragsparteien und provozieren lohnpolitisches „Moral-Hazard-Verhalten“. Sie versichern die Empfänger zumindest zeitweilig gegen die Folgen unternehmerischen Misserfolgs, lassen Arbeitsplätze sicherer erscheinen als sie sind und setzen Anreize für marktwidrige Lohnabschlüsse.

Hinzu kommt, dass auch für nichtsubventionierte Unternehmen, für Wirtschaftsverbände und für Arbeitnehmerorganisationen Anreize geschaffen werden, ihre Anstrengungen auf die Erzielung staatlicher Hilfe zu lenken („rent-seeking“). Es ist rational, Ressourcen für die Beeinflussung politischer Entscheidungen einzusetzen, wenn Regierungen zu erkennen geben, dass sie bereit sind, Hilfe zu gewähren. Politische Einflussnahme wird unter solchen Umständen zu einer wirtschaftlichen Aktivität, die im Vergleich zu Anstrengungen, Markteinkommen zu erzielen, umso lohnender wird, je größer die Subventionsbereitschaft ist.

All dies verdeutlicht, dass ein Eingriff des Staates nicht allein aus der Tatsache heraus, dass Marktversagen vorliegt, legitimierbar ist. Intervenierte der Staat trotz all der genannten Einwände, so kann es überdies zu Staatsversagen kommen. Es muss, damit ein Eingriff berechtigt ist, sichergestellt sein, dass die Kosten des Staatsversagens die des Marktversagens nicht übersteigen. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob dies der Fall ist; zu beachten ist beispielsweise, dass Eigeninteressen der Bürokratie im Spiel sind, die in Richtung Subventionsvergabe wirken.

Zu bedenken ist schließlich, dass externe Effekte dadurch verursacht sein können, dass Eigentumsrechte nicht oder nur unzureichend definiert sind. Ist es möglich, Eigentums- und damit Ausschlussrechte festzulegen, so können Verursacher und Betroffene externe Effekte durch Verhandlungen internalisieren, wenn die Transaktionskosten solcher Verhandlungen nicht sehr hoch sind. Nur bei hohen Transaktionskosten sowie in Fällen, in denen sich Eigentumsrechte nicht definieren lassen, mag die Gewährung von Subventionen – bei Beachtung der genannten Einwände – das angemessene Instrument sein.

4 Subventionen bis zu den Jahren 2013/2014

4.1 Gliederung der Subventionen in sachlicher Hinsicht

Neben den sektorspezifischen werden (nicht zurechenbare) branchenübergreifende Vergünstigungen unterschieden. Die sektorspezifischen Subventionen begünstigen einen bestimmten Wirtschaftszweig, die branchenübergreifenden Subventionen sind auf einen breiten Empfängerkreis zugeschnitten. Die sektorspezifischen Subventionen an Unternehmen werden differenziert nach den Sektoren

- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei,
- Bergbau,
- Schiffbau,
- Verkehr,
- Wohnungsvermietung,
- Luft- und Raumfahrzeugbau,
- Wasserversorgung und -entsorgung, Abfallwirtschaft,
- Fremdenverkehr, Bäder sowie
- sonstige Bereiche (z.B. Institutionen wie Staatsbrauereien, Technologieberatungseinrichtungen, Messgesellschaften oder Verwaltungsgesellschaften für Staatsvermögen).

Die branchenübergreifenden Subventionen an Unternehmen werden nach ihrer Zielsetzung geordnet. Sie werden unterteilt in

- Regional- und Strukturpolitik,
- Umwelt- und Energiepolitik,
- Beschäftigungspolitik,
- Qualifikationsförderung,
- Innovationsförderung,
- Mittelstandsförderung,
- Investitionsförderung sowie
- Förderung sonstiger betrieblicher Funktionen.

Bei den sektorspezifischen Zuweisungen an Haushalte oder Organisationen ohne Erwerbszweck wird differenziert nach

- Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen, gesetzlicher Krankenversicherung,
- Kindertagesstätten, Kinderkrippen,
- Theater, Museen, sonstigen kulturellen Einrichtungen,
- Staatsforsten,
- Kirchen, Religionsgemeinschaften,
- Pflegeeinrichtungen,
- Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie
- sonstigen Bereichen (z.B. Landwirtschaftskammern, staatlichen Versuchsanstalten für Bienenzucht oder Weinbau, Landesgestüte).

Die sektorspezifischen und die branchenübergreifenden Subventionen, die an den Unternehmenssektor fließen, werden als Subventionen im engeren Sinne bezeichnet. Addiert man die allokatonsverzerrenden Transfers und die Zuweisungen an Organisationen ohne Erwerbszweck hinzu, erhält man die Subventionen im weiteren Sinne.

4.2 Steuervergünstigungen nach Empfängern und Verwendungszwecken

Die sektorspezifischen Steuervergünstigungen insgesamt, die dem Unternehmenssektor gewährt werden, betrugen im Jahr 2014 nach vorläufiger amtlicher Schätzung 19,8 Mrd. Euro (2000: 21,6 Mrd. Euro) (Tabelle 1). Der Höchstwert innerhalb der ersten Dekade war im Jahr 2005 mit 26,4 Mrd. Euro erreicht, seither waren die sektorspezifischen Steuervergünstigungen zugunsten des Unternehmenssektors rückläufig.

Die Vergünstigungen zugunsten einzelner Sektoren entwickelten sich recht unterschiedlich. Die Steuervergünstigungen zugunsten der Land- und Forstwirtschaft lagen im Jahr 2014 mit 935 Mill. Euro in etwa auf dem Niveau, das zur Jahrtausendwende erreicht war (969 Mill. Euro). Zwischendurch verlief die Entwicklung unstet. Freilich ist zu berücksichtigen, dass die amtlichen Subventionsberichte der Bundesregierung für den Zeitraum 2007 bis 2014 große Positionen (rund 700 Mill. Euro) nicht mehr ausweisen, die in den Jahren davor in der Summe enthalten waren. Dies betrifft vor allem die Mindereinnahmen infolge des Ansatzes von niedrigen Ertragswerten im Rahmen der Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens für Zwecke der Erbschaftsteuer (504 Mill. Euro) und infolge des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für bestimmte Leistungen in der Tier- und Pflanzenzucht (150 Mill. Euro). Umgekehrt resultieren seit 2007 Mindereinnahmen, weil die damals im Finanzbericht – nicht aber im amtlichen Subventionsbericht – dokumentierten land- und forstwirtschaftlichen Vorsteuerpauschalen und Durchschnittssteuersätze angehoben worden sind (BMF 2006: 304).

Die Vergünstigungen für den Sektor Verkehr haben im Jahr 2000: 1,4 Mrd. Euro und im Jahr 2005 2,4 Mrd. Euro betragen, im Jahr 2014 haben sie dann nur noch leicht auf 2,6 Mrd. Euro zugenommen. Verantwortlich für den Niveausprung im Jahr 2005 ist, dass die Steuerausfälle aufgrund der begünstigten Tonnagegewinnermittlung, die am 9. September 1998 eingeführt worden ist, erst ab diesem Zeitpunkt in den Subventionsberichten der Bundesregierung ausgewiesen worden ist. Die Bundesregierung quantifiziert die Steuerausfälle aufgrund der Tonnagebesteuerung auf 900 Mill. Euro im Jahr 2005, auf nur noch 140 Mill. Euro im Jahr 2011 und verzichtete für die Jahre danach im neuesten – dem 24. – Subventionsbericht erneut auf eine Wertangabe. Dass trotzdem das Niveau der Steuervergünstigungen für den Sektor Verkehr am aktuellen Rand um 200 Mill. Euro über dem im Jahr 2005 erreichten Niveau lag, ist damit zu erklären, dass im Jahr 2009 der Regelsatz der Umsatzsteuer angehoben worden ist, so dass die Begünstigung der Personenbeförderung Nahverkehr höher ausfällt. Ferner sind einzelne Energiesteuervergünstigungen ausgeweitet worden.

Die Steuervergünstigungen für den Sektor Wohnungsvermietung gingen von noch 10,4 Mrd. Euro im Jahr 2005 auf 580 Mill. Euro im Jahr 2014 kräftig zurück. Entscheidend ist, dass die Eigenheimzulage (einschließlich Kinderzulage) mit Wirkung ab 2006 für Neufälle abgeschafft worden ist. Es handelt es sich somit nur noch um auslaufende Altfälle.

Die Steuervergünstigungen zugunsten der sonstigen Sektoren, haben zwischen den Jahren 2000 und 2008 kräftig expandiert sind (2000: 8,9 Mrd. Euro, 2008: 14,7 Mrd. Euro), weil Energie verstärkt belastet worden ist, die Begünstigungstatbestände ausgeweitet und der Mehrwertsteuersatz als Referenz für einen verminderten Steuersatz von 16 auf 19 Prozent angehoben worden sind. Bis zum Jahr 2014 haben sie dann nochmals um 1 Mrd. zugenommen. Das liegt daran, dass im Jahr 2010 eine ermäßigte Besteuerung für Beherbergungsleistungen eingeführt worden ist (2014: 965 Mill. Euro). Der Wert im Jahr 2014 ist um 500 Mill. Euro künstlich gedrückt, weil im 23. und 24. Subventionsbericht der Bundesregierung Steuervergünstigungstatbestände nicht mehr dokumentiert oder quantifiziert worden sind, so die Umsatzsteuerbefreiung für die Verschaffung von Versicherungsschutz, die Umsatzsteuerbefreiung für kulturelle Einrichtungen und die Steuervergünstigungen für Strom zum Betrieb von Nachtspeicherheizungen.

noch *Tabelle 1*

Nr.	Anlage	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
61 alt	2 Ermäßigung der Est und KSt bei ausländischen Einkünften aus dem Betrieb von Handelsschiffen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
64	2 Tonnagebesteuerung	–	900	500	40	190	140	·	·	·
65	2 Lohnsteuerermäßigung für Seeleute	18	18	18	20	20	20	20	20	20
66	2 Ermäßigter Umsatzsteuersatz für die Personenbeförderung im Nahverkehr	573	580	830	960	960	1 045	1 050	1 075	1 100
68	2 Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für Kraftomnibusse und Anhänger für den Linienverkehr	89	35	30	30	30	30	30	30	30
69	2 Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für Fahrzeuge im kombinierten Schienen-Straßen-Verkehr	5	2	2	2	2	2	2	2	2
69 alt	2 Kfz-Steuerbefreiung für partikel-reduzierte Pkw mit Dieselmotor	–	–	35	100	5	–	–	–	–
71	2 Kraftfahrzeugsteuerermäßigung für Elektrofahrzeuge	1	1	1	1	1	1	1	1	1
72	2 Nichterhebung der Kraftfahrzeugsteuer für überzählige Kraftfahrzeuganhänger	51	60	35	35	35	35	35	35	35
73	2 Senkung des Anhängerzuschlags	–	–	45	65	65	70	70	70	70
74	2 Senkung der Höchststeuer für Anhänger	–	–	50	50	50	55	55	55	55
75	2 Senkung der Höchststeuer für Nutzfahrzeuge	–	–	70	40	40	45	45	45	45
76	2 Energiesteuervergünstigung für Flüssiggas/ Erdgas für Fahrzeuge im öffentlichen Verkehr	23	57	120	160	190	200	215	230	250
77	2 Energiesteuerbegünstigung beim Güterumschlag in Seehäfen	·	·	·	25	25	25	25	25	25
78	2 Energiesteuerbefreiung f. gewerbsmäßigen Einsatz von Luftfahrtbetriebsstoffen	nk	281	397	640	660	500	500	500	500
79	2 Energiesteuerbefreiung von Schweröl als Betriebsstoff für die gewerbliche Binnenschifffahrt	nk	210	129	118	157	166	170	170	170
80	2 Energiesteuerbegünstigung für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)	18	69	67	68	71	67	71	71	71
81	2 Steuervergünstigung für Strom im Schienenbahnverkehr	102	140	125	110	110	120	120	120	120
83	2 Befreiung bei der Luftverkehrsteuer						108	92	92	92
<i>Insgesamt</i>		<i>1 432</i>	<i>2 388</i>	<i>2 686</i>	<i>2 523</i>	<i>2 640</i>	<i>2 633</i>	<i>2 501</i>	<i>2 541</i>	<i>2 586</i>
<i>4. Wohnungsvermietung</i>										
85	2 Erhöhte Absetzungen für bestimmten Modernisierungs- und Instandsetzungsaufwand nach § 7h EStG	26	40	50	50	50	40	40	35	35
86	2 Erhöhte Absetzungen bei kulturhistorisch wertvollen Gebäuden nach § 7i EStG	46	62	70	70	70	50	45	45	45
86 alt	2 Sonderausgabenabzug bei einer zu eigenen Wohnzwecken genutzten Wohnung nach § 10e EStG	2 480	30	–	–	–	–	–	–	–
87	2 Steuerbegünstigung für zu eigenen Zwecken genutzte Baudenkmale etc.	–	17	16	16	16	15	15	15	15
89 alt	2 Kinderkomponente zu § 10e EStG	639	30							
89	2 Eigenheimzulage § 9 Abs. 2 EigZulG	4 626	6 812	4 172	4 971	3 616	1 594	916	365	151
90 alt	2 Reduktion der Eigenheimzulage Ökologische Zusatzförderung § 9 Abs. 3 und 4 EigZulG	49	85	40	30	15				
90	2 Kinderzulage § 9 Abs. 5 EigZulG	2 186	3 349	2 051	1 629	1 187	784	450	180	74
52	3 Verschonungsabschlag für vermietete Wohnimmobilien	·	·	·	50	210	220	230	245	260
71 alt	2 Steuervergünstigung für zu eigenen Zwecken genutzte Baudenkmale	13	–	–	–	–	–	–	–	–
3 alt	2 Körperschaftssteuerbefreiung der Vermietungsgenossenschaften und -vereine und der gemeinnützigen Siedlungsunternehmen	5	–	–	–	–	–	–	–	–

noch *Tabelle 1*

Nr.	Anlage	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
74 alt	2 Erhöhte Absetzungen zur Schaffung neuer Mietwohnungen an bestehenden Gebäuden nach § 7c EStG	–	–	–	–	–	–	–	–	–
77 alt	2 Erhöhte Absetzungen für Wohnungen mit Sozialbindung	6	–	–	–	–	–	–	–	–
82 alt	2 Sonderausgabenabzug von Schuldzinsen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
81 alt	2 Steuerbegünstigung der unentgeltlich zu Wohnzwecken an nahe Angehörige überlassenen Wohnung im eigenen Haus	13	–	–	–	–	–	–	–	–
82 alt	2 Vorkostenabzug bei einer nach d. Eigenheimzulagengesetz begünst. Wohnung	–	–	–	–	–	–	–	–	–
84 alt	2 Erhöhte Absetzungen für bestimmte Energiesparmaßnahmen an Gebäuden	87	–	–	–	–	–	–	–	–
92 alt	2 Grundsteuervergünstigungen für neu geschaffene Wohnungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
<i>Insgesamt</i>		<i>10 176</i>	<i>10 425</i>	<i>6 399</i>	<i>6 816</i>	<i>5 164</i>	<i>2 703</i>	<i>1 696</i>	<i>885</i>	<i>580</i>
<i>5. Sonstige sektorspezifische Vergünstigungen</i>										
40 alt	2 Gewinnsteuerermäßigung für Wasserkraftwerke	1	1	·	·	·	–	–	–	–
43 alt	2 Umsatzsteuerbefreiung der Bauspar-	10	5	5	5	5	·	·	·	·
46 alt	2 Tabaksteuerbefreiung für Deputate	5	7	7	7	7	7	7	7	7
47 alt	2 Biersteuersatzstaffelung	26	24	24	24	24	23	23	23	23
48 alt	2 Biersteuerbefreiung des Haustrunks	2	1	1	1	1	1	1	1	1
50 alt	2 Energiesteuerbegünstigung (Herstellerprivileg) (vormals: Mineralölsteuerbefreiung der bei der Mineralölherstellung verwendeten Mineralöle)	164	400	270	300	300	300	300	300	300
52 alt	2 Energiesteuerbegünstigung für bestimmte Prozesse und Verfahren	–	–	586	586	590	565	611	615	615
53 alt	2 Energiesteuervergünstigung für die Stromerzeugung und für Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen	–	1 296	2 196	2 303	2 300	2 300	2 200	1 800	1 800
54 alt	2 Vollständige Energiesteuerentlastung für die gekoppelte Erzeugung vom Kraft und Wärme (KWK)	–	–	–	–	–	–	–	200	150
55 alt	2 Teilweise Energiesteuerentlastung für die gekoppelte Erzeugung vom Kraft und Wärme (KWK)	–	–	–	–	–	–	–	350	300
56 alt	2 Steuerbefreiung für Biokraft- und Bioheizstoffe	–	1 192	580	93	125	45	20	5	5
57 alt	2 Energiesteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft	–	342	315	317	318	274	184	170	170
58 alt	2 Energiesteuerbegünstigung für das Produzierende Gewerbe (Spitzenausgleich)	–	240	162	146	173	170	174	180	180
59 alt	2 Energiesteuerbegünstigung für Pilotprojekte	–	–	–	–	–	2	2	2	2
57 alt	2 Vergünstigung für Pilotprojekte	–	2	2	2	2	–	–	–	–
45 alt	2 Mineralölsteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft, für Stromversorger und für Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen	716	–	–	–	–	–	–	–	–
46 alt	2 Mineralölsteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes	–	–	–	–	–	–	–	–	–
61 alt	2 Steuerbegünstigung des Stroms, der von Unternehmen des prod. Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft für betriebliche Zwecke entnommen wird	2 250	1 850	2 100	2 200	2 200	354	994	1 000	1 000

noch *Tabelle 1*

Nr.	Anlage	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	
62	2	Stromsteuervergünstigung bestimmter Prozesse und Verfahren	–	–	300	367	393	556	722	720	720
63	2	Stromsteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes (Spitzenausgleich)	–	1 700	1 800	1 758	1 766	1 918	2 008	2 000	2 000
99	2	Ermäßigter Umsatzsteuersatz für Beherbergungsleistungen	–	–	–	–	805	920	955	960	965
100	2	Ermäßigter Umsatzsteuersatz für Zahntechniker und Zahnärzte	383	320	415	460	470	495	505	515	525
102	2	Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für Zugmaschinen und Wohnmobile und für Schaustellerzugmaschinen	1	1	1	1	1	6	6	6	6
105 alt	2	Steuervergünstigung für Strom zum Betrieb von Nachtspeicherheizungen	166	200	·	·	·	–	–	–	–
40	3	Umsatzsteuerbefreiung für kulturelle Einrichtungen	64	160	195	·	·	·	·	·	·
42	3	Ermäßigter Steuersatz für Krankenrollstühle, Körperersatzstücke und orthopädische Vorrichtungen sowie für Bäder- und Kureinrichtungen	179	215	395	500	500	580	590	600	610
48	3	Steuerbefreiung bestimmter Lotterien	3	·	·	·	·	·	·	·	·
47 alt	3	Umsatzsteuerbefreiung f. d. Verschaffung von Versicherungsschutz (§ 4 (10 b))	38	–	–	–	–	–	–	–	–
37 alt	3	Umsatzsteuerbefreiung der ärztlichen Leistungen (ab 2011: 46 % von Nr. 37, Anlage 3)	4 934	4 320	5 370	5 700	5 700	6 077	6 169	6 265	6 362
Insgesamt		8 942	12 276	14 724	14 770	15 680	14 593	15 471	15 719	15 741	
6. Sektorspezifische Steuer- vergünstigungen insgesamt		21 563	26 403	24 436	24 930	24 378	20 883	20 593	20 075	19 842	
I.II Branchenübergreifende Steuer- vergünstigungen											
1. Regionalpolitische Steuervergünstigungen											
20	2	Investitionszulage f. Ausrüstungsinvestitionen im Beitrittsgebiet u. Berlin (West)	722	1 136	425	1 265	940	391	85	–	–
21	2	Investitionszulage f. Ausrüstungsinvestitionen im Beitrittsgebiet u. Berlin (West)	–	–	727	–	–	410	739	502	281
21 alt	2	Investitionszulage f. Ausrüstungsinvestitionen im Beitrittsgebiet u. Berlin (West)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
23 alt	2	Investitionszulage für gewerbliche Bauten im Beitrittsgebiet u. in Berlin (West)	248	200	–	–	–	–	–	–	–
22, 23	2	Investitionszulage für betriebliche Gebäudeneubauten im Beitrittsgebiet	–	–	203	223	166	141	145	89	50
26 alt	2	Investitionszulage für Modernisierungsarbeiten im Beitrittsgebiet	695	635	–	–	–	–	–	–	–
27 alt	2	Erhöhte Investitionszulage für Modernisierungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet	–	137	–	–	–	–	–	–	–
21 alt	2	Investitionszulage für selbstgenutztes Eigentum (Beitrittsgebiet)	100	–	–	–	–	–	–	–	–
		Reduktion der Investitionszulage	–	–	–	–	–	–	–	–	–
28 alt	2	Sonderausgabenabzug für Herstellungs- und Erhaltungskosten bei zu eigenen Wohnzwecken genutzten Gebäuden im Beitrittsgebiet	153	120	–	–	–	–	–	–	–
14 alt	2	Erhöhte Absetzungen beim Mietwohnungsbau in Berlin	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15 alt	2	Steuervergünstigungen nach dem Zonenrandförderungsgesetz	51	–	–	–	–	–	–	–	–
16 alt	2	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven auf kleine und mittlere Kapitalgesellschaften in den neuen Ländern	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16 alt	2	Sonderabschreibungen für betriebliche Investitionen	279	–	–	–	–	–	–	–	–

noch *Tabelle 1*

Nr.	Anlage	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
19 alt	2 Sonderabschreibungen für neue Gebäude des Privatvermögens	–	–	–	–	–	–	–	–	–
21 alt	2 Sonderabschreibungen für nachträgliche Herstellungsarbeiten an zur Einkunfts- erzielung genutzten Gebäuden des Privatvermögens	115	–	–	–	–	–	–	–	–
25 alt	2 Steuerermäßigungen für Darlehen an kleine und mittlere Unternehmen im Beitrittsgebiet	5	–	–	–	–	–	–	–	–
26 alt	2 Investitionszulagen	169	–	–	–	–	–	–	–	–
17 alt	2 Investitionszulagen f.d. Mietwohnungs- bau in Innenstädten im Beitrittsgebiet	20	–	–	–	–	–	–	–	–
	<i>Insgesamt</i>	<i>2 557</i>	<i>2 228</i>	<i>1 355</i>	<i>1 488</i>	<i>1 106</i>	<i>942</i>	<i>969</i>	<i>591</i>	<i>331</i>
<i>2. Sonstige Steuervergünstigungen</i>										
24	2 Übertragung stiller Reserven, die bei der Veräußerung bestimmter Wirtschaftsgüter aufgedeckt werden, auf neue Investitionen	375	385	5	20	30	105	105	105	100
26	2 Sonderabschreibungen zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe	35	8	7	–11	171	87	–279	152	281
27	2 Ansparabschreibung in Form einer Rücklage bis zu 40 % künftiger Anschaffungs- oder Herstellungskosten (Investitionsabzugsbetrag)	40	15	–272	798	652	42	14	–13	–13
28	2 Freibetrag für Gewinne bei der Veräußerung von Betrieben	153	120	100	105	105	100	100	100	100
29	2 Freibetrag für Gewinne bei der Veräußerung v. Anteilen an Kapitalgesellschaften		15	5	5	5	5	5	5	5
28 alt	2 Bewertungsabschlag für Importwaren mit wesentlichen Preisschwankungen	50	–	–	–	–	–	–	–	–
30	2 Steuerfreiheit der Hälfte der Einnahmen bei Veräußerungen von Grund u. Boden sowie Gebäuden an REIT-AGs etc.	–	–	480	305	210	50	15	–	–
32 alt	2 Körperschaftssteuer-Freibetrag für kleine Vereine, Stiftungen und Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	26	–	–	–	–	–	–	–	–
33 alt	2 Tarifbegrenzung bei Gewinneinkünften		·	·	·	·	–	–	–	–
33 alt	2 Steuersatzbegrenzung bei gewerblichen Einkünften nach § 32 c EStG	2 560	–	–	–	–	–	–	–	–
37	2 Freibetrag für bestimmte Körperschaften		18	9	12	12	11	12	12	12
38	2 Einkommensteuerermäßigung für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen	–	–	2 185	918	1 280	1 520	1 520	1 520	1 520
39 alt	2 Steuerliche Erleichterung von Unternehmensinvestitionen im Ausland	nk	5	10	·	·	–	–	–	–
44	2 Erbschaftsteuerfreibetrag und –minderung beim Übergang von Betriebsvermögen, Betrieben der Land- und Forstwirtschaft und Anteilen an Kapitalgesellschaften an den/die Unternehmensnachfolger	241	210	210	210	220	235	245	260	275
45	2 Erbschaftsteuertarifbegrenzung beim Erwerb von Betriebsvermögen, von Betrieben der Land- und Forstwirtschaft und von Anteilen an Kapitalgesellschaften	8	8	7	7	7	7	7	7	7
52	2 Mineralölsteuervergünstigung bei bestimmten Versuchen	–	2	·	·	·	–	–	–	–
88	2 Steuervergünstigungen für schutzwürdige Kulturgüter nach § 10 g EStG	–	–	–	–	–	–	–	–	–
93	2 Einkommensteuerbefreiung bei Überlassung v. Beteiligungen nach § 19a EStG	41	80	97	97	122	150	150	150	150

noch *Tabelle 1*

Nr.	Anlage	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
93	2	Arbeitnehmersparzulage	337	390	146	126	132	153	160	167
94	2	Steuerbefreiung bestimmter Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit	1 917	1 800	2 060	2 060	2 240	2 455	2 525	2 575
95	2	Einkommensteuerfreibetrag bei der Veräußerung kleiner und mittlerer Betriebe		40	30	35	35	35	35	35
3	3	Einkommensteuer-Freibetrag für Belegschaftsrabatte	72	60	50	65	65	80	80	80
7	3	Sonderausgabenabzug für hauswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse	46	–	–	–	–	–	–	–
alt	3	Einkommensteuerermäßigung bei Beschäftigung von „Mini-Jobbern“ in Privathaushalten	–	90	90	70	80	55	60	65
9	3	Einkommensteuerermäß. bei Inanspruchnahme einer haushaltsnahen Dienstleist.	–	850	965	303	330	340	340	340
10	3	Einkommensteuerermäßigung bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Privathaushalten	–	20	20	·	·	–	–	–
alt	3	Lohnsteuerpauschalierung bei bestimmten Zukunftssicherungsleistungen	961	985	820	495	460	430	400	380
12	3	Kfz-Steuerbefreiung bestimmter Schwerbehinderter	120	140	150	135	130	125	120	120
47	3	Einkommensteuerermäßigung für Pflege- und Betreuungsleistungen			40	40	40	40	40	40
·	·									
<i>Insgesamt</i>		<i>6 987</i>	<i>5 246</i>	<i>7 204</i>	<i>5 660</i>	<i>6 196</i>	<i>6 025</i>	<i>5 654</i>	<i>6 100</i>	<i>6 279</i>
3. Branchenübergreifende Steuervergünstigungen insgesamt		9 544	7 474	8 559	7 148	7 302	6 967	6 623	6 691	6 610
Steuervergünstigungen an Unternehmen insgesamt (I.I + I.II)		31 107	33 877	32 995	32 078	31 680	27 850	27 216	26 766	26 452
II. Allokationsverzerrende Steuervergünstigungen an Haushalte und private sowie staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck										
<i>1. Kirchen, Religionsgemeinschaften</i>										
5	3	Abzug der Kirchensteuer als Sonderausgabe	3 480	3 000	3 150	2 800	2 730	3 040	3 210	3 290
<i>Insgesamt</i>		<i>3 480</i>	<i>3 000</i>	<i>3 150</i>	<i>2 800</i>	<i>2 730</i>	<i>3 040</i>	<i>3 210</i>	<i>3 290</i>	<i>3 380</i>
<i>2. Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren</i>										
98	2	Ermäßigter Umsatzsteuersatz für kulturelle und unterhaltende Leistungen	1 314	1 360	1 815	3 900	3 900	3 370	3 455	3 520
97	2	Gewerbesteuerbefreiung bestimmter privater Schulen	1	1	·	·	·	·	·	·
6	3	Begrenzter Sonderausgabenabzug für Schulgeldzahlungen	23	30	60	70	70	75	80	85
7	3	Steuerbegünst. von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke und von Zahlungen an politische Parteien (Einkommensteuer)	762	805	1 340	1 375	1 380	1 580	1 660	1 700
8	3	Steuerermäßigungen für Mitgliedsbeiträge und Spenden an politische Parteien und unabhängige Wählervereinigungen nach § 34g EStG	82	80	90	80	80	85	90	90
25	3	Körperschaftsteuerbegünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke	187	155	138	113	115	142	150	156
36	3	Gewerbesteuerbegünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke	156	130	109	112	115	113	118	122

noch *Tabelle 1*

Nr.	Anlage	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
40	3									
	Umsatzsteuerbefreiung der im Rahmen der satzungsgemäßen Aufgaben gegen Kostenerstattung ausgeführten Leistungen zwischen den selbständigen Gliederungen einer politischen Partei	8	10	.	.	.	.	.	.	.
43	3									
	Umsatzsteuerermäßigung für Leistungen gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Einrichtungen	61	155	250	265	265	320	325	330	335
46	3									
	Versicherungsteuerbefreiung bestimmter öffentlich-rechtlicher Körperschaften	10	10	.	.	.	.	.	.	.
38 alt	3									
	Umsatzsteuerbefreiung der Sozialversicherungsträger, Krankenhäuser, Diagnosekliniken, Altenheime, Pflegeheime, der ambulanten Pflegedienste, der Wohlfahrtsverbände und der Blinden (ab 2011: 54 % von Nr. 37, Anlage 3)	4 141	4 960	6 000	6 700	6 700	7 133	7 241	7 355	7 468
	<i>Insgesamt</i>	6 745	7 696	9 802	12 615	12 625	12 818	13 119	13 358	13 649
	<i>3. Haushaltsbezogene Steuervergünstigungen (= zusätzliche Steuervergünstigungen gemäß der Zusatzliste in der Studie Koch und Steinbrück)</i>									
	Entfernungspauschale	5 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000
	Freibetrag für nebenberufliche Tätigkeiten als Übungsleiter etc.	–	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000
	Halbierung des Steuersatzes für betriebliche Veräußerungsgewinne	–	735	735	735	735	735	735	735	735
	Freibetrag für Abfindungen	–	380	355	355	355	355	355	355	355
	Begrenzte Abzugsfähigkeit der Aufwendungen für Geschenke	–	120	115	115	115	115	115	115	115
	Freibetrag für Übergangsgelder	–	50	50	50	50	50	50	50	50
	Freigrenze bei verbilligt überlassener Wohnung	–	50	45	45	45	45	45	45	45
	Freibetrag f. Heirats- u. Geburtsbeihilfen	–	45	35	35	35	35	35	35	35
	Sonstige Vergünstigungen	–	60	60	60	60	60	60	60	60
	Sonstige einbezogene Vergünstigungen	3 350								
	<i>Insgesamt</i>	8 350	7 440	7 395	7 395	7 395	7 395	7 395	7 395	7 395
	<i>Allokationsverzerrende Steuervergünstigungen an Haushalte und private sowie staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck insgesamt</i>	18 575	18 136	20 347	22 810	22 750	23 253	23 724	24 043	24 424
	III. Steuervergünstigungen in weiter Abgrenzung (I + II)	49 682	52 013	53 342	54 888	54 430	51 103	50 940	50 809	50 876
	davon nicht ohne weiteres kürzbar (nk)	496	536	758	817	846	670	670	670	670
	IV. Nicht als Steuervergünstigungen eingestufte Regelungen, die im Subventionsbericht der Bundesregierung ausgewiesen werden									
31	2									
	Freigrenze im Rahmen der Zinsschranke	.	.	10	120	150	125	115	115	115
35	2									
	Sanierungs- und Konzernklausel bei der Körperschaftsteuer	.	.	.	655	870	170	280	300	300
91	2									
	Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge		190	570	1 010	1 100	970	970	1 120	1 150
92	2									
	Gewährung eines Sparerfreibetrags bzw. Sparerpauschbetrags	2 505	1 614	1 240	1 080	1 040	–	–	–	–
alt										
4	3									
	Sonderausgabenabzug für Vorsorgeaufwendungen	17 080	11 800	12 570	12 790	1 690	1 640	1 530	1 410	1 310
11	3									
	Pauschalierung der Lohnsteuer bei Verpflegungsaufwendungen	61	50	50	45	45	40	40	40	40
	<i>Insgesamt</i>	19 646	13 654	14 440	15 700	4 895	2 945	2 935	2 985	2 915

noch *Tabelle 1*

Nr. Anlage	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
V. Steuervergünstigungen gemäß Subventionsbericht der Bundesregierung									
Anlage 2	25 124	29 519	28 195	29 535	29 095	24 188	23 657	23 336	23 050
Anlage 3	35 854	28 509	31 812	31 668	20 665	22 075	22 433	22 673	22 956
<i>Insgesamt</i>	<i>60 978</i>	<i>58 028</i>	<i>60 007</i>	<i>61 203</i>	<i>49 760</i>	<i>46 263</i>	<i>46 090</i>	<i>46 009</i>	<i>46 006</i>
oder									
III Steuervergünstigungen in weiter Abgrenzung (I + II)	49 682	52 013	53 342	54 888	54 430	51 103	50 940	50 809	50 876
Plus IV (nicht als Steuervergünstigungen eingestufte Regelungen, die im Subventionsbericht der Bundesregierung ausgewiesen werden) minus II 3. (haushaltsbezogene Steuervergünstigungen (= zusätzliche Steuervergünstigungen gemäß der Zusatzliste in der Studie Koch und Steinbrück))	19 646	13 654	14 440	15 700	4 895	2 945	2 935	2 985	2 915
minus Einkommensteuerermäßigung für Pflege- und Betreuungsleistungen	8 350	7 440	7 395	7 395	7 395	7 395	7 395	7 395	7 395
minus Anhebung der Vorsteuerpauschalen und der Durchschnittssätze in der Landwirtschaft	0	0	40	40	40	40	40	40	40
Korrekturposten ^b	0	-199	0	-1 600	-1 780	0	0	0	0
<i>Insgesamt</i>	<i>60 978</i>	<i>58 028</i>	<i>60 007</i>	<i>61 203</i>	<i>49 760</i>	<i>46 263</i>	<i>46 090</i>	<i>46 009</i>	<i>46 006</i>

· = Ausmaß nicht beziffert; – = ausgelaufen/noch nicht eingeführt oder vom BMF nicht mehr/noch nicht erfasst. — ^aAus dem jeweils aktuellen Subventionsbericht der Bundesregierung. — ^bDivergenz zwischen Einzeldaten im Subventionsbericht und Summe von Anhang 2 und 3 im Subventionsbericht.

Quelle: BMF [a]; Koch und Steinbrück (2003); eigene Berechnungen.

Im Jahr 2014 sind 6,6 Mrd. Euro branchenübergreifender Steuervergünstigungen gewährt worden (2000: 9,5 Mrd. Euro, 2008: 8,6 Mrd. Euro). Die rückläufige Tendenz erklärt sich aus der Entwicklung der Vergünstigungen mit regionalpolitischer Zielsetzung, die kontinuierlich abgenommen haben (2000: 2,6 Mrd. Euro, 2014: 331 Mill. Euro). Seit dem Jahr 2014 werden keine Investitionszulagen mehr gewährt.

Die sonstigen branchenübergreifenden Steuervergünstigungen sind während der betrachteten Zeitspanne keinem erkennbaren Trend gefolgt. Im Jahr 2014 bezifferten sie sich auf 6,3 Mrd. Euro (2000: 7 Mrd. Euro, 2008: 7,2 Mrd. Euro). Quantitativ besonders zu Buche schlagen besonders die Steuermindereinnahmen infolge der Befreiung bestimmter Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit (2014: 2,6 Mrd. Euro) und die infolge der ab 2006 eingeführten einkommensteuerlichen Regelungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen privater Haushalte (2014: 1,5 Mrd. Euro).

Die Steuervergünstigungen insgesamt, die Unternehmen gewährt werden, betrugen im Jahr 2005 33,0 Mrd. Euro. Im Jahr 2007 haben sie mit 34,1 Mrd. Euro einen Höhepunkt erreicht, anschließend sind sie kontinuierlich zurückgegangen. Im Jahr 2014 erreichten sie schätzungsweise ein Niveau in Höhe von 26,5 Mrd. Euro.

Doch profitieren nicht nur Unternehmen von Steuervergünstigungen, sondern auch private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte. Eine sektorspezifische Vergünstigung zugunsten eines einzigen Sektors ist die Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer als Sonderausgabe bei der Einkommensteuer. Diese Sonderregelung führte im Jahr 2014 zu einer Steuerersparnis in Höhe von 3,4 Mrd. Euro (2000: 3,5 Mrd. Euro).

Daneben gibt es Steuervergünstigungen, die mehrere Sektoren der Organisationen ohne Erwerbszweck begünstigen. Besonders wichtige Beispiele sind die Umsatzsteuerbefreiung der Sozialversicherungsträger, Krankenhäuser, Diagnosekliniken, Altenheime, Pflegeheime, der ambulanten Pflegedienste, der Wohlfahrtsverbände und der Blinden (2014: 7,5 Mrd. Euro, 2000: 4,1 Mrd. Euro), der ermäßigte Umsatzsteuersatz für kulturelle und unterhaltende Leistungen (2014: 3,6 Mrd. Euro, 2000: 1,3 Mrd. Euro) und die einkommensteuerliche Begünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke und von Zahlungen an politische Parteien (2014: 1,8 Mrd. Euro, 2000: 762 Mill. Euro). Grund für den starken Anstieg ist – neben verstärkter Inanspruchnahme – vor allem, dass zu Beginn des Jahres 2007 der Regelsatz der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent angehoben worden ist. Alle Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren haben sich innerhalb der betrachteten Zeitspanne verdoppelt (2014: 13,6 Mrd. Euro, 2000: 6,8 Mrd. Euro).

Die haushaltsbezogenen Steuervergünstigungen gemäß der Zusatzliste in der Studie Koch und Steinbrück (2003: 9) bezifferten sich im Jahr 2014 auf 7,4 Mrd. Euro. Wichtigste Positionen sind die Entfernungspauschale (4 Mrd. Euro) und der Freibetrag für nebenberufliche Tätigkeiten als Übungsleiter (2 Mrd. Euro).

Die allokatonsverzerrenden Steuervergünstigungen an private sowie staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck und an private Haushalte insgesamt betrugen im Jahr 2014: 24,4 Mrd. Euro. Das sind 5,8 Mrd. Euro mehr als zu Beginn des Jahrhunderts (2000: 18,6 Mrd. Euro).

Die Steuervergünstigungen in weiter Abgrenzung erreichten damit im Jahr 2014 ein Niveau in Höhe von schätzungsweise 50,9 Mrd. Euro (2000: 49,7 Mrd. Euro). Im Jahr 2009 hatten sie 54,9 Mrd. Euro erreicht. Bemerkenswert ist, dass der Anteil der unternehmensspezifischen Vergünstigungen an den Vergünstigungen in weiter Abgrenzung deutlich abnimmt (2000: 62,6 Prozent, 2014: 52 Prozent).

Der Anteil der 20 wichtigsten Steuervergünstigungen an den Steuervergünstigungen insgesamt lag im Jahr 2014 bei 85,9 Prozent (Tabelle 2). Bedeutsamste Position war die mit 13,8 Mrd. Euro seit dem 24. Subventionsbericht ausgewiesene Sammelposition aus Umsatzsteuerbefreiung der ärztlichen Leistungen sowie der für Sozialversicherungsträger, Krankenhäuser, Diagnosekliniken, Altenheime, Pflegeheime, der ambulanten Pflegedienste, der Wohlfahrtsverbände und der Blinden. In Tabelle 1 wurde die geschätzte Teilposition für ärztliche Leistungen den Vergünstigungen für Unternehmen zugeschlagen, der andere Teil den Vergünstigungen zugunsten von Organisationen ohne Erwerbszweck. Die Sammelposition macht bereits über ein Viertel des Subventionsvolumens aus.

Tabelle 2:

Die 20 größten Steuervergünstigungen 2000, 2005, 2008–2014 (Mill. Euro) (sortiert nach Datenstruktur im Jahr 2014)

	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Umsatzsteuerbefreiung der ärztlichen Leist. und der Sozialversicherungsträger, Krankenhäuser, Diagnosekliniken, Altenheime, Pflegeheime, d. ambulanten Pflegedienste, der Wohlfahrtsverbände und der Blinden	9 075	9 280	11 370	12 400	12 400	13 210	13 410	13 620	13 830
Entfernungspauschale	5 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000
Ermäßigter Umsatzsteuersatz für kulturelle und unterhaltende Leistungen	1 314	1 360	1 815	3 900	3 900	3 370	3 455	3 520	3 630
Abzug der Kirchensteuer als Sonderausgabe	3 480	3 000	3 150	2 800	2 730	3 040	3 210	3 290	3 380
Steuerbefreiung bestimmter Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- u. Nachtarbeit	1 917	1 800	2 060	2 060	2 240	2 455	2 525	2 575	2 625
Strombegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes (Spitzenausgleich)	–	1 700	1 800	1 758	1 766	1 918	2 008	2 000	2 000
Freibetrag für nebenberufliche Tätigkeiten als Übungsleiter etc.	–	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000
Energiesteuervergünstigung für die Stromerzeugung und für Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen	–	1 296	2 196	2 303	2 300	2 300	2 200	1 800	1 800
Steuerbegünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher u. gemeinnütziger Zwecke und von Zahlungen an politische Parteien (Einkommensteuer)	762	805	1 340	1 375	1 380	1 580	1 660	1 700	1 750
Einkommensteuerermäßigung für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen	–	–	2 185	918	1 280	1 520	1 520	1 520	1 520
Ermäßigter Umsatzsteuersatz für die Personenbeförderung im Nahverkehr	573	580	830	960	960	1 045	1 050	1 075	1 100
Steuerbegünstigung des Stroms, der von Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Land- u. Forstwirtschaft für betriebliche Zwecke entnommen wird	2 250	1 850	2 100	2 200	2 200	354	994	1 000	1 000
Ermäßigter Umsatzsteuersatz für Beherbergungsleistungen	–	–	–	–	805	920	955	960	965
Halbierung des Steuersatzes für betriebliche Veräußerungsgewinne	–	735	735	735	735	735	735	735	735
Stromsteuervergünstigung bestimmter Prozesse und Verfahren	–	–	300	367	393	556	722	720	720
Energiesteuerbegünstigung für bestimmte Prozesse und Verfahren	–	–	586	586	590	565	611	615	615
Ermäßigter Steuersatz für Krankenrollstühle, Körperersatzstücke u. orthopäd. Vorrichtungen sowie f. Bäder- u. Kureinrichtungen	179	215	395	500	500	580	590	600	610
Ermäßigter Umsatzsteuersatz für Zahntechniker und Zahnärzte	383	320	415	460	470	495	505	515	525
Energiesteuerbefreiung für gewerbsmäßigen Einsatz von Luftfahrtbetriebsstoffen	281	397	640	660	680	500	500	500	500
Mineralölsteuerbegünst. f. Betriebe d. Land- und Forstwirtschaft (Agrardieselschutz)	–	410	135	320	395	460	430	400	400
Insgesamt	25 214	29 748	38 052	40 302	41 724	41 603	43 080	43 145	43 705

– = noch nicht eingeführt oder vom BMF noch nicht erfasst.

Quelle: BMF [a]; eigene Berechnungen.

4.3 Einnahmeverzicht des Bundes wegen kostenreduzierter Zuteilung der CO₂-Emissionshandelszertifikate

Zum 1. Januar 2005 ist in der EU der CO₂-Emissionsrechtehandel in Kraft getreten. Dabei handelt es sich um eine Maßnahme der Umweltpolitik, die das Ziel verfolgt, aus Gründen des Klimaschutzes den Ausstoß an Kohlendioxid zu vermindern. In der ersten Handelsperiode, die von 2005 bis 2007 reichte, sind alle Emissionsrechte kostenfrei an die teilnahmepflichtigen Unternehmen verteilt worden. In der

zweiten Handelsperiode im Zeitraum von 2008 bis 2012 wurden rund 90 Prozent der Zertifikate kostenfrei zugeteilt, während der über Auktionen versteigerte Anteil bis 2012 nur bei 10 Prozent lag. Ab dem Jahr 2013, also nunmehr in der dritten Handelsperiode, soll der Anteil der versteigerten Zertifikate bis zum Jahr 2025 dann schrittweise bis auf 100 Prozent erhöht werden (Boss und Klodt et al. 2011: 44). Eine wesentliche Änderung hat sich mit dem Jahr 2013 dadurch ergeben, dass nunmehr für Energieerzeuger keine Zertifikate mehr kostenfrei abgegeben werden, sondern diese alle benötigten Zertifikate zum Marktpreis erwerben müssen. Das erklärt den deutlichen Anstieg der versteigerten und den Rückgang der ohne Entgelt abgegebenen Zertifikate im Jahr 2013 gegenüber 2012 in Tabelle 3 (DEHSt 2014a; DEHSt 2014c: 26–28).

Tabelle 3:
Subventionen CO₂-Zertifikate

	Quelle	1. Handelsperiode ^a			2. Handelsperiode					3. Handelsperiode
		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Energiewirtschaft und Industrie										
Anzahl verkaufte/versteigerte Zertifikate ^b	DEHSt (2014a)				41 005 000	41 125 000	41 142 500	40 675 500	48 108 000	206 093 600
Anzahl verschenkte Zertifikate exakt ^c	VET-Berichte				389 124 341	390 304 000	395 857 000	401 506 000	415 718 000	169 441 000
Durchschn. VK-Preis nach UBA, gewichtet ^d	DEHSt (2014a)				23,16 €	13,22 €	14,36 €	13,81 €	7,47 €	4,33 €
(alternativer Preis nach Ökol, ungewichtet)					17,40 €	13,10 €	14,30 €	12,90 €	7,40 €	
Subvention UBA exakt (Mill. Euro)		10 902,00	8 586,00	326,00	9 012,12	5 159,82	5 684,51	5 544,80	3 105,41	733,68
zuzüglich Luftverkehr ab 2012										
Anzahl versteigerte Zertifikate ^e									2 500 000	
Anzahl verschenkte Zertifikate exakt STC ^f									13 709 846	13 230 001
VK-Preis ^g									7,01 €	4,33 €
Subvention Luftverkehr exakt (Mill. Euro)									96,11	57,29
CO ₂ -Subventionen insgesamt (Mill. Euro)		10 902,00	8 586,00	326,00	9 012,12	5 159,82	5 684,51	5 544,80	3 201,52	790,97

^aSubventionsschätzungen für die 1. Handelsperiode nach Matthes et al. (2011: 11–12) sowie Cludius und Herrmann (2014: 14). — ^bNach DEHSt (2014a). Zum deutlichen Anstieg der Zahl der versteigerten und Rückgang der kostenlos vergebenen Zertifikate im Jahr 2013 siehe DEHSt (2014c: 26–28). — ^cNach DEHSt (lfd. Jgg., davon 2014). — ^dPreise 2008–2012 nach DEHSt (2014a), 2013 nach DEHSt (2014b). — ^eNach DEHSt (2012). — ^fTatsächlich kostenlos vergebenen Zertifikate im Rahmen des "Stop-the-Clock"-Programms. Siehe dazu DEHSt (2013: 55–61); 2013 geschätzt anhand von Eurostat (2014). — ^gNach DEHSt (2012, 2014b).

Quelle: Cludius und Herrmann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg. davon 2014); Eurostat (2014); Matthes et al. (2011).

Bei der kostenfreien Zuteilung der CO₂-Handelszertifikate handelt es sich im Sinne des Kieler Subventionsberichts – analog zu den Steuervergünstigungen – um eine verdeckte Form der Subventionierung, verzichtet doch der Bund in der zweiten Handelsperiode auf Einnahmen in Höhe von 3 bis 9 Mrd. Euro jährlich, je nachdem, welcher Marktpreis für die Zertifikate im jeweiligen Jahr galt. Die begünstigten Betriebe können schädliche Klimagase ausstoßen und Umwelt und Klima beeinträchtigen, ohne dafür einen Preis zahlen zu müssen, obwohl es sich dabei um ein knappes ökonomisches Gut handelt. Die Kosten trägt die Allgemeinheit in der Form, dass Steuersätze höher oder volkswirtschaftlich sinnvolle Staatsausgaben niedriger sind, als sie es ohne diesen Einnahmeverzicht sein müssten.

Die Subventionen für die Energiewirtschaft und die Industrie, die aufgrund der zunächst kostenfreien und dann -reduzierten Vergabe gewährt worden sind, weisen im Zeitablauf starke Schwankungen auf (Tabelle 3). Dies ist durch die erheblich schwankenden Preise für die Zertifikate bedingt. Die gewährten Subventionen wurden für die erste Handelsperiode anhand der Angaben in den beiden Studien Matthes et al. (2011: 11–12) und Cludius und Herrmann (2014: 14) erfasst. Ab der zweiten Handelsperiode ist dann die Anzahl der kostenfrei abgegebenen Zertifikate, wie sie in den VET-Berichten der Deutschen Emissionshandelsstelle im Umweltbundesamt dokumentiert wurde (DEHSt lfd. Jgg.), mit den mengengewichteten Versteigerungspreisen bewertet worden, wie sie die DEHSt (2014a, 2014b) zur Verfügung stellt.² Während die Zahl der kostenfrei vergebenen Lizenzen von 2008: 389 Mill. auf 2012: 416 Mill. leicht anstieg, sind aufgrund des inzwischen einsetzenden Preisverfalls für die Zertifikate die Subventionen im gleichen Zeitraum von 9 Mrd. Euro auf 3,1 Mrd. Euro zurückgegangen. Im Jahr 2013, dem ersten der dritten Handelsperiode, treffen dann die Effekte der deutlich geringeren Zahl entgeltfrei abgegebener Zertifikate und nochmals beinahe halbiertem Preis zusammen: Die Subventionssumme für Energiewirtschaft und Industrie verringert sich auf weniger als 740 Mill. Euro.

Seit 2012 gilt der Zwang zum Erwerb von CO₂-Zertifikaten im Übrigen nicht nur für Unternehmen der Energiewirtschaft und der Industrie, wenn die auf diese Sektoren entfallenden Zertifikate auch weiterhin den Löwenanteil von deren Gesamtzahl ausmachen. Seit 2012 ist grundsätzlich auch der europäische Luftverkehr in die Zertifikatsregelung einbezogen. Im ersten Jahr wurden hier nur 2,5 Mill. Zertifikate zum Durchschnittspreis von 7 Euro versteigert, während knapp 14 Mill. Zertifikate kostenfrei abgegeben wurden. Für das zweite Jahr 2013 liegen noch keine amtlichen Angaben vor. Denn die EU-Kommission hat nach den Protesten auch aus dem außereuropäischen Ausland und den angelaufenen Verhandlungen mit der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO über ein globales Abkommen zur Minderung der Luftverkehrsemissionen die Sanktionierung von nicht gemeldeten Emissionen in der sogenannten „Stop-the-Clock“-Aktion vorläufig ausgesetzt – die Fluggesellschaften, die auf Flügen mit außereuropäischem Ursprung oder Ziel ihre Emissionen nicht melden, müssen dann nur die kostenlosen Zertifikate für diese Flüge zurückgeben (DEHSt lfd. Jgg.; DEHSt 2013: 55–56). Zugleich sind wegen der Verhandlungen die Berichtspflichten für die Emissionen im Jahr 2013 auf den neuen Termin März/April 2015 verschoben worden. Der VET-Bericht für 2013 (DEHSt lfd. Jgg.; DEHSt 2013; DEHSt 2014: 3 und 14–15) enthält deshalb keine Angaben über die versteigerten bzw. kostenfrei abgegebenen Zertifikate für Luftverkehrsbetreiber. Stattdessen wurde die entsprechende Subvention mithilfe von Datenmaterial von Eurostat (2014) über die Entwicklung des europäischen Luftverkehrs geschätzt. Wegen des geringeren Preises für die Zertifikate hat sich die implizite Subvention daher von 96 auf 57 Mill. Euro fast halbiert.

4.4 Finanzhilfen des Bundes

4.4.1 Vorbemerkungen

Die Finanzhilfen des Bundes im Zeitraum 2000 bis 2013 werden anhand der Bundeshalts- und Vermögensrechnungen für diese Jahre erfasst, die für das Jahr 2014 anhand des Bundeshaushaltsplanes für das Jahr 2014 (BMF [c], Deutscher Bundestag 2014). Bei den Ausgaben für die Jahre bis 2013 handelt es sich demnach um die tatsächlichen Ausgaben; für das Jahr 2014 sind die Haushaltsplanzahlen dargestellt.

² Insbesondere für das Jahr 2008, in dem die Zertifikatspreise von maximal knapp unter 30 Euro auf rund 9 Euro gefallen sind (DEHSt lfd. Jgg.; DEHSt 2013: 66–67, Abb. 18), ergibt sich mit dem mengengewichteten Durchschnittspreis ein deutlich höherer Wert (23,16 Euro) als in den Studien von Matthes et al. (2011: 11–12) und Cludius und Herrmann (2014: 14), die einen ungewichteten Durchschnittspreis anwenden (17,40 Euro). In den Folgejahren sind beide Preisreihen aber fast identisch.

Es werden direkte und indirekte Finanzhilfen unterschieden. Direkte Finanzhilfen des Bundes sind jene, die ohne Zwischenschaltung der Länder unmittelbar an die Finanzhilfeempfänger gezahlt werden. Indirekte Finanzhilfen des Bundes liegen vor, wenn die Länder beispielsweise im Rahmen der sogenannten Gemeinschaftsaufgaben Bundesmittel weiterreichen. Sie werden auf der Ebene der Länder rechnerisch veranschlagt, nicht beim Bund. Gleichwohl wird hier über sie berichtet, um zu zeigen, welche Positionen unter diese Kategorie fallen.

4.4.2 Direkte Finanzhilfen des Bundes

Für das Jahr 2014 waren *direkte sektorspezifische Finanzhilfen des Bundes* in Höhe von 17,1 Mrd. Euro geplant (Tabellen A1 und 4). Das Niveau um die Jahrtausendwende war um 5,1 Mrd. Euro höher. Allerdings überschreiten die Planzahlen von 2014 den im Jahr 2008 erreichten Tiefpunkt um 2 Mrd. Euro.

Tabelle 4:

Direkte Finanzhilfen des Bundes nach begünstigten Wirtschaftssektoren und Subventionszielen
2000, 2005, 2008–2014 (Mill. Euro)

	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
I. Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen	22 192	16 250	15 052	16 026	15 668	16 260	16 060	16 022	17 074
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 379	1 632	1 926	1 914	2 062	1 876	1 680	1 730	1 788
Bergbau	4 565	2 211	2 273	1 816	1 734	1 748	1 556	1 522	1 637
Schiffbau	128	52	24	9	10	11	9	10	16
Verkehr	10 750	9 334	8 758	10 086	9 149	9 910	10 147	10 405	10 547
Wohnungsvermietung	1 317	1 255	930	1 022	1 297	1 285	1 288	1 150	1 100
Luft- und Raumfahrzeugbau	61	39	82	113	149	137	123	129	164
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Entsorgung radioaktiver Abfälle	23	85	89	168	153	179	156	202	228
Fremdenverkehr, Bäder	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Unternehmenssektoren	2 969	1 643	971	898	1 114	1 115	1 102	874	1 594
II. Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen	2 274	3 973	4 875	5 210	4 985	4 195	3 832	3 580	3 414
Regionalpolitik, Strukturpolitik	9	74	92	122	143	146	140	129	146
Umwelt, rationelle Energieverwendung	410	455	630	960	892	715	833	748	815
Beschäftigungspolitik	777	2 200	2 894	2 761	2 575	1 808	1 211	1 011	759
Förderung von Qualifikation	180	257	246	290	335	441	479	477	468
Förderung von Innovationen etc.	43	0	0	0	0	0	0	0	0
Mittelstandsförderung	780	909	921	961	915	949	1 034	1 071	1 071
Investitionsförderung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	75	78	92	116	125	137	135	144	155
III. Finanzhilfen im engeren Sinne insgesamt (I.+II.)	24 467	20 223	19 928	21 236	20 653	20 456	19 892	19 602	20 488
IV. Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck	617	3 153	3 185	7 968	12 569	16 062	14 823	12 344	11 377
Krankenhäuser	18	2 504	2 505	7 205	11 804	15 304	14 004	11 504	10 604
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1	1	1	1	2	2	2	1	2
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	323	345	353	426	414	430	493	516	455
Kirchen, Religionsgemeinschaften	3	13	10	10	9	9	13	13	13
Pflegeeinrichtungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sport, Freizeit	79	95	105	111	116	114	116	116	112
Sonstige Empfänger	193	194	211	216	224	204	196	194	190
V. Finanzhilfen im weiteren Sinne insgesamt (III.+IV.)	25 083	23 375	23 112	29 204	33 222	36 518	34 716	31 946	31 865

Quelle: BMF [b, c]; eigene Berechnungen.

Die Finanzhilfen zugunsten der einzelnen Sektoren entwickelten sich dabei unterschiedlich. Die Finanzhilfen zugunsten der Land- und Forstwirtschaft sind bis zum Jahr 2006 gefallen, bis 2010 dann wieder gestiegen, für das Jahr 2014 waren knapp 600 (280) Mill. Euro weniger Ausgaben geplant als im Jahr 2000 (2010). Sinkende Tendenz hatten der Zuschuss an die Monopolverwaltung für Branntwein, die Zuschüsse zur Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe und jene zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit. Außerdem sind 2014 keine Ausgaben mehr für das Grünlandmilchprogramm angefallen (2010 und 2011: knapp 185 Mrd. Euro). Gewichtiger Posten ist der Zuschuss an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte (1,3 Mrd. Euro im Jahr 2014, gefolgt vom Zuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung (2014: 125 Mill. Euro).

Die Kohlesubventionen sind innerhalb des betrachteten Zeitraums kräftig um 2,9 Mrd. Euro auf 1,6 Mrd. Euro gesunken. Maßgeblich dafür waren zum einen die schrittweise Rückführung der Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung, zum Absatz an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen gemäß dem sogenannten Kohlekompromiss von 1997. Zum anderen spiegeln sich hier die Kürzungen nach dem Abbauplan auf Basis der kohlepolitischen Verständigung von 2007 wider. Auch die Ausgaben für Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt – nämlich für die Wismut GmbH Chemnitz und für die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungs-gesellschaft – sind heruntergefahren worden.

Die Finanzhilfen zugunsten des Schiffbaus sind stark reduziert worden (2000: 128 Mill. Euro, 2014: 16 Mill. Euro), weil keine Zinszuschüsse zur Finanzierung von Aufträgen an die deutschen Schiffswerften und Wettbewerbshilfen für deutsche Werften mehr bezahlt worden sind.

Für das Jahr 2014 waren Finanzhilfen zugunsten des Sektors Verkehr in Höhe von 10,5 Mrd. Euro geplant. Das entspricht nahezu dem im Jahr 2000 erreichten Niveau (10,8 Mrd. Euro), im Jahr 2008 lagen die Ausgaben allerdings um fast 2 Mrd. Euro darunter. Das liegt daran, dass entsprechend mehr Zuschüsse für die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes (Summe aus Infrastrukturbeitrag des Bundes zur Erhaltung der Schienenwege und Investitionszuschuss für Schienenwege) vorgesehen waren. Die gesamten Finanzhilfen an die Deutsche Bahn sollten sich im Jahr 2014 auf 4,3 Mrd. belaufen. Im Jahr 2000 waren es 4,7 Mrd. Euro gewesen, weil noch Zahlungen geleistet worden sind, um den Rückstand der Deutschen Reichsbahn auszugleichen. Größter Posten innerhalb der Finanzhilfen zugunsten des Sektors Verkehr waren die Verwaltungsausgaben, die der Bund dem Bundeseisenbahnvermögen (BEV) erstattet (Soll 2014: 5,2 Mrd. Euro). Daneben leistete der Bund Zuschüsse an den kombinierten Verkehr, an die Seeschifffahrt und – seit dem Jahr 2009 – an Unternehmen des mautpflichtigen Güterverkehrs.

Die Finanzhilfen für den Sektor Wohnungsvermietung sollten im Jahr 2014: 1,1 Mrd. Euro betragen. Das Ausgabeniveau am aktuellen Rand lag um 200 Mill. Euro (knapp 400 Mill. Euro) unter dem, das im Jahr 2000 (2001) erreicht war, weil mittlerweile die Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnraummodernisierungsprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau für die neuen Länder ausgelaufen sind. Dass für das Jahr 2014: 100 Mill. Euro mehr geplant waren als im Jahr 2008 realisiert, erklärt sich aus dem Anstieg der Zinszuschüsse an die KfW für das Gebäudesanierungsprogramm zur Kohlendioxid-Minderung (2014: 701 Mill. Euro, 2008: 131 Euro). Dass die Niveaudifferenz zwischen den beiden letztgenannten Posten nicht stärker durchschlägt, liegt daran, dass die Prämien nach dem Wohnungsbauprämien-gesetz (2014: 300 Mill. Euro) und die Zuschüsse im Rahmen des Programms „Niedrigenergiehaus im Bestand“ rückläufig waren und außerdem im Jahr 2008 noch Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnraummodernisierungsprogramms der KfW für die neuen Länder gezahlt worden sind.

Die Finanzhilfen zugunsten des Luft- und Raumfahrzeugbaus haben im Jahr 2014 mit 164 Mill. Euro einen Höchststand erreicht (2000: 61 Mill. Euro; 2008: 82 Mill. Euro). Dies liegt am steilen Anstieg der Ausgaben des Bundes für Forschungsförderung im Bereich Luftfahrt, die zu den Subventionen gerechnet wird, weil sie anwendungsorientiert ist. Auch die Ausgaben des Bundes für die

Endlagerung radioaktiver Abfälle sind während der betrachteten Periode stark ausgeweitet worden (2000: 23 Mill. Euro; 2008: 89 Mill. Euro; 2014: 228 Mill. Euro).

Die spezifischen Finanzhilfen an sonstige Sektoren waren im Jahr 2014 mit geplanten 1,6 Mrd. Euro deutlich niedriger als zur Jahrtausendwende (3 Mrd. Euro), im Jahr 2013 hatten sie mit 874 Mill. Euro einen Tiefpunkt erreicht. Entscheidend waren die Einsparungen bei den Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen (2000: 2,3 Mrd. Euro; 2013: 595 Mill. Euro, 2014: 1,3 Mrd. Euro). Auch die Zuschüsse an die Energiewerke Nord GmbH sind zurückgegangen. Weitere wichtige Positionen innerhalb der spezifischen Finanzhilfen an sonstige Sektoren sind die Ausgaben für die Förderung von Lehrgängen der beruflichen Bildung im Handwerk und die Aufwendungen für die Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten.

Die *branchenübergreifenden Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen* sind von 2,3 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf 5,2 Mrd. Euro im Jahr 2009 gestiegen. Nach der Finanzkrise sind sie dann wieder gefallen (2014: 3,4 Mrd. Euro). Die Entwicklung bei den einzelnen Kategorien der übergreifenden Hilfen verlief recht unterschiedlich.

Bei den direkten Finanzhilfen des Bundes, die regional und strukturpolitischen Zielen dienen, handelt es sich um die Förderung innovativer Regionen in den neuen Ländern (2000: 9 Mill. Euro, 2014: 146 Mill. Euro).

Die Finanzhilfen im Bereich Umweltpolitik und rationelle Energieverwendung stiegen von 410 Mill. Euro im Jahr 2000 auf 960 Mill. Euro im Jahr 2009, für das Jahr 2014 waren 815 Mill. Euro geplant. Dieses Entwicklungsmuster reflektiert den Verlauf der Zuschüsse für Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien (2000: 48 Mill. Euro, 2009: 505 Mill. Euro, 2014: 336 Mill. Euro). Weitere bedeutsame Posten sind die Förderung von Umwelttechnologien und Nachhaltigkeit (2014: 134 Mill. Euro) und die Zuschüsse für rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik (2014: 122 Mill. Euro).

Im Jahr 2014 gewährte der Bund schätzungsweise Finanzhilfen in Höhe von 759 Mill. Euro, mit denen beschäftigungspolitische Ziele verfolgt wurden. Im Jahr 2006 war noch ein Spitzenwert von 3,2 Mrd. Euro erreicht worden, als der Bund im Zuge der Arbeitsmarktreform die „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ von der Bundesagentur für Arbeit übernommen hatte, die hier als Finanzhilfen gewertet werden, soweit sie der aktiven Arbeitsmarktpolitik dienen. Seither sind im Gefolge der sinkenden Arbeitslosigkeit die Finanzhilfen zügig auf das Niveau zurückgegangen, das zur Jahrtausendwende erreicht war.

Die Zuschüsse zur Förderung der Qualifikation sind von 180 Mill. Euro im Jahr 2000 auf geplante 468 Mill. Euro im Jahr 2014 gestiegen. Wichtige Positionen im Bereich der Qualifikationsförderung sind die Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (2014: 187 Mill.), die Förderung von Innovationen und Strukturentwicklungen in der beruflichen Bildung (2014: 88 Mill. Euro) und die Begabtenförderung in der beruflichen Bildung (2014: 44 Mill. Euro).

Für die Mittelstandsförderung waren im Jahr 2014: 1,1 Mrd. Euro eingeplant und damit knapp 300 Mill. Euro (150 Mill. Euro) mehr, als im Jahr 2000 (2008) aufgewendet worden waren. Zum Anstieg trägt vor allem das Zentrale Innovationsprogramm für den Mittelstand bei (2000: 125 Mill. Euro, 2008: 248 Mill. Euro, 2014: 513 Mill. Euro), das im Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie verbucht ist. Darüber hinaus hat der Bund in den Jahren 2009 bis 2011 ein gesondertes Innovationsprogramm für den Mittelstand über den Investitions- und Tilgungsfonds abgewickelt, das an anderer Stelle betrachtet wird. Die industrielle Gemeinschaftsforschung und -entwicklung sollte im Jahr 2014 mit über 200 Mill. Euro gefördert werden, an Zinszuschüssen für das ERP-Innovationsprogramm zur Förderung des Mittelstandes waren 63 Mill. Euro eingeplant. Darüber hinaus wurden diverse kleinere Programme durchgeführt, die sich auf knapp 300 Mill. Euro summierten.

Die geplante Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen schlug im Jahr 2014 mit 155 Mill. Euro zu Buche (2000: 75 Mill. Euro, 2008: 92 Mill. Euro). Schwerpunkte sind die Erschließung von

Auslandsmärkten, von Standortmarketing sowie die Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für Auslandsmessen und -ausstellungen der gewerblichen Wirtschaft.

Die direkten Finanzhilfen des Bundes, die an den Unternehmenssektor fließen (*Finanzhilfen im engeren Sinne*, siehe Punkt III. in Tabelle 4), pendeln seit dem Jahr 2001 zwischen 19,6 und 21,6 Mrd. Euro hin und her, im Jahr 2013 wurden 19,6 Mrd. Euro verausgabt, für 2014 waren 20,5 Mrd. Euro vorgesehen. Die Finanzkrise spiegelt sich im Verlauf der direkten Finanzhilfen des Bundes an Unternehmen kaum wider, da die zusätzlichen Hilfen in den Jahren 2009 bis 2011 über den Investitions- und Tilgungsfonds abgewickelt worden sind, nicht über den Bundeshaushalt.

Die 15 größten Finanzhilfen des Bundes an Unternehmen sollten im Jahr 2014: 16,3 Mrd. Euro betragen (Tabelle 5), das sind knapp 80 Prozent des Gesamtvolumens. Allerdings sind davon nur 5,4 Mrd. Euro unmittelbar kürzbar, so etwa die Erstattung von Verwaltungskosten des Bundeseisenbahnvermögens (2014: 5,2 Mrd. Euro). Dieser Posten zählt nicht zum Kürzungspotenzial, sondern zu den unvermeidlichen Altlasten. Das gilt auch für die Inanspruchnahme aus Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen (2014: 1,3 Mrd. Euro). Ferner ist der Bund bei den Zahlungen für die Schienenwege der Eisenbahn (2014: zusammen 4 Mrd. Euro) und für die Prämien nach dem Wohnungsbauprämien-gesetz Verpflichtungen eingegangen, die nicht so einfach annulliert werden können.

Tabelle 5:

Die 15 größten direkten Finanzhilfen des Bundes an Unternehmen 2011–2014 (Mill. Euro)
(sortiert nach Datenstruktur im Jahr 2014)

Nr.			2011	2012	2013	2014
1	Erstattung von Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens	nk	4 950	5 105	5 240	5 235
2	Infrastrukturbeitrag des Bundes für die Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	nk	2 500	2 500	2 751	2 505
3	Investitionszuschuss für Schienenwege	nk	1 024	1 237	1 019	1 496
4	Zuschuss an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte		1 215	1 226	1 253	1 300
5	Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung, zum Absatz an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	SB	1 349	1 182	1 082	1 172
6	Zinszuschüsse an KfW für Gebäudesanierungsprogramm zur CO ₂ -Minderung	SB	678	750	664	701
7	Auslandsbezogene Gewährleistungen	nk	503	374	330	700
8	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit		1 535	942	755	700
9	Inlandsbezogene Gewährleistungen	nk	294	427	266	600
10	Innovationsförderung, zentrales Innovationsprogramm Mittelstand	SB	269	353	383	385
11	Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien	SB	287	361	287	336
12	Kulturförderung im Inland (ohne Zahlungen an Länder)		268	300	323	312
13	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämien-gesetz	nk	435	386	357	300
14	Erstattung von Fahrgeldausfällen		235	231	247	255
15	Förderung von Beschäftigung, Qualifizierung, Umwelt und Sicherheit in Unternehmen des mautpflichtigen Güterverkehrs		296	257	168	255
Summe			15 838	15 629	15 125	16 251
<i>davon kürzbar</i>			<i>6 132</i>	<i>5 600</i>	<i>5 162</i>	<i>5 415</i>
Gesamtvolumen in Prozent der gesamten Finanzhilfen an Unternehmen			77,4	78,6	77,2	79,3

SB = im 24. Subventionsbericht enthalten; nk = nicht unmittelbar kürzbar.

Quelle: BMF [b, c]; eigene Berechnungen.

Die *allokationsverzerrenden Transfers und Zuwendungen des Bundes an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck* haben sich im Zeitraum zwischen 2000–2014 stark ausgeweitet (2000: 617 Mill. Euro, 2008: 3,2 Mrd. Euro, 2014: 11,4 Mrd. Euro); im Jahr 2011 hatten sie mit 16,1 Mrd. einen Höchststand erreicht (Tabelle 4). Hinter dieser Entwicklung steht der Zuschuss des Bundes an die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zur Abgeltung versicherungsfremder Leistungen, der im Jahr 2004 eingeführt und schrittweise aufgestockt worden ist (BMF 2008: 220). Dieser Zuschuss hat Subventionscharakter, allein schon deshalb, weil es einen Zuschuss an private Versicherer nicht gibt. Im Jahr 2014 sollten 10,5 Mrd. Euro vom Bund gezahlt werden, im Jahr 2011 waren es einschließlich eines zusätzlichen Zuschusses an die GKV 15,3 Mrd. Euro gewesen. Ohne Bundeszuschuss an die GKV gerechnet, lag der Gesamtbetrag für das Jahr 2014 um knapp 250 Mill. Euro über dem Niveau, das zur Jahrtausendwende erreicht war, weil höhere Finanzhilfen für Theater, Museen und Medien und sonstige Kulturanbieter sowie für Sportförderung geleistet wurden. Die 10 größten Finanzhilfen an Organisationen ohne Erwerbszweck machen im Jahr 2014: 99,6 Prozent des Gesamtvolumens aus (Tabelle 6).

Die direkten Finanzhilfen des Bundes insgesamt (*Finanzhilfen im weiteren Sinn*) lagen mit geplanten 31,9 Mrd. Euro im Jahr 2014 zwar um 4,6 Mrd. Euro unter ihrem historischen Höchststand, der im Jahr 2011 wegen der Entwicklung des Bundeszuschusses zur GKV erreicht war. Doch wurde das Niveau des Jahres 2003, in dem es noch keinen Bundeszuschuss zur GKV gab, um 10,2 Mrd. Euro übertroffen. Es hat also einen Niveausprung gegeben (Tabelle 4).

Tabelle 6:

Die 10 größten strukturverzerrenden Transfers und Zuwendungen an Organisationen ohne Erwerbszweck 2011–2014 (Mill. Euro) (sortiert nach Datenstruktur im Jahr 2014)

Nr.	2011	2012	2013	2014
1 Abgeltung versicherungsfremder Leistungen	13 300	14 000	11 500	10 500
2 Kulturförderung im Inland (ohne Zahlungen an Länder)	268	300	323	312
3 Förderung der freiwilligen privaten Pflegevorsorge	0	0	0	100
4 Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit	98	98	100	98
5 Aufwendungen für zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports	95	95	96	94
6 Allgemeine kulturelle Angelegenheiten (ohne Zahlungen an Länder)	104	132	132	81
7 Anreizprogramm zur Stärkung der Filmproduktion	60	53	54	70
8 Internationale Landwirtschaftsorganisationen	32	32	32	33
9 Internationale Arbeitsorganisationen	23	24	24	25
10 Förderung kultureller Maßnahmen im Rahmen des § 96 BVFG und kulturelles Eigenleben fremder Volksgruppen	14	14	17	22
Summe	13 994	14 748	12 278	11 333
<i>In Prozent der gesamten Finanzhilfen an Organisationen ohne Erwerbszweck</i>	<i>87,12</i>	<i>99,49</i>	<i>99,46</i>	<i>99,62</i>

Quelle: BMF [b, c]; eigene Berechnungen.

4.4.3 Indirekte Finanzhilfen des Bundes

Die *indirekten Finanzhilfen des Bundes* waren im Jahr 2014 mit geplanten 8,9 Mrd. Euro um 3,2 Mrd. Euro niedriger als zur Jahrtausendwende, aber auf dem Niveau, das im Jahr 2008 realisiert war (Tabellen 7 und A2). Damals ist es im Rahmen der Föderalismusreform zu einem Rückzug des Bundes aus mischfinanzierten Bund-Länder-Programmen im Agrarsektor, in der Regionalpolitik und in der sozialen Wohnraumförderung gekommen. Gleichzeitig führte der Bund aber Kompensationszahlungen an die Länder in Höhe von jährlich 1,9 Mrd. Euro ein. Kalkuliert man die Kompensationszahlungen mit ein, betragen die echten Einsparungen des Bundes gegenüber dem Basisjahr 2000 nur noch

1,3 Mrd. Euro. Sie sind weitgehend darauf zurückzuführen, dass die Finanzhilfen, die der Bund früher an Gemeinden für Straßenbau und ÖPNV-Vorhaben geleistet hat, gestrichen worden sind.

Größte indirekte Finanzhilfe des Bundes sind die Regionalisierungsmittel, die der Bund aus dem Mineralölsteueraufkommen an die Länder zur Bestellung der Nahverkehrsleistungen zahlt. Für das Jahr 2014 waren 7,3 Mrd. Euro von den insgesamt 7,6 Mrd. Euro für den Sektor Verkehr vorgesehenen Mittel geplant, gefolgt von 436 Mill. Euro für die Land- und Forstwirtschaft, 398 Mill. Euro für betriebliche Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, 387 Mill. Euro zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen und 222 Mill. Euro für die Schieneninfrastruktur des ÖPNV. Die restlichen Positionen summieren sich auf 222 Mill. Euro im Jahr 2014 (Tabelle A2).

Die indirekten Finanzhilfen des Bundes sind in den Finanzhilfen der Länder enthalten. Sie werden an dieser Stelle aber gesondert ausgewiesen, damit die gesamte Budgetbelastung des Bundes durch Ausgabesubventionen erfasst werden kann.

Tabelle 7:

Indirekte Finanzhilfen des Bundes nach begünstigten Wirtschaftssektoren und Subventionszielen 2000, 2005, 2008–2014 (Mill. Euro)

	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	681	546	512	490	487	408	408	437	436
Verkehr	8 375	8 729	7 011	7 049	7 248	7 379	7 444	7 521	7 632
Wohnungsvermietung	1 197	926	533	591	643	538	567	560	455
Sonstige Sektoren	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Regional- und Strukturpolitik	1 230	890	621	639	528	568	578	484	398
Beschäftigungspolitik	0	78	60	49	32	16	6	1	0
<i>I. Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen (1.–6.)</i>	<i>11 482</i>	<i>11 169</i>	<i>8 736</i>	<i>8 818</i>	<i>8 939</i>	<i>8 909</i>	<i>9 004</i>	<i>9 003</i>	<i>8 920</i>
Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen	473	0	0	0	0	0	0	0	0
Theater, Museen, Medien, sonstige Kulturanbieter	99	29	33	15	14	12	12	12	12
Sportförderung	60	29	22	20	20	19	14	16	16
<i>II. Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck insgesamt (1.–3.)</i>	<i>632</i>	<i>58</i>	<i>54</i>	<i>35</i>	<i>33</i>	<i>30</i>	<i>26</i>	<i>28</i>	<i>27</i>
<i>III. Indirekte Finanzhilfen des Bundes im weiteren Sinne (I.–II.)</i>	<i>12 114</i>	<i>11 227</i>	<i>8 791</i>	<i>8 852</i>	<i>8 972</i>	<i>8 939</i>	<i>9 029</i>	<i>9 031</i>	<i>8 948</i>
Kompensationszahlung an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	0	0	1 336	1 336	1 336	1 336	1 336	1 336	1 336
Kompensationszahlung an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung	0	0	518	518	518	518	518	518	518
<i>IV. Indirekte Finanzhilfen des Bundes im weiteren Sinne (einschl. Kompensationszahlungen)</i>	<i>12 114</i>	<i>11 227</i>	<i>10 644</i>	<i>10 706</i>	<i>10 826</i>	<i>10 793</i>	<i>10 883</i>	<i>10 885</i>	<i>10 801</i>

Quelle: BMF [b, c]; eigene Berechnungen.

4.4.4 Finanzhilfen des Bundes insgesamt

Der Bundeshaushaltsplan für das Jahr 2014 sah einschließlich der Kompensationszahlungen an die Länder Finanzhilfen in Höhe von 42,7 Mrd. vor. Das sind 14,4 Prozent der geplanten Gesamtausgaben des Bundes in diesem Jahr und 8,9 Mrd. Euro mehr als im Jahr 2008 getätigt wurden (Tabelle 8).

Tabelle 8:

Finanzhilfen des Bundes 2000–2014 (Mrd. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Direkte Finanzhilfen	25,1	21,2	22,3	21,7	21,3	23,4	25,0	23,6	23,1	29,2	33,2	36,5	34,7	31,9	31,9
Indirekte Finanzhilfen	12,1	11,8	11,8	11,2	11,2	11,2	11,0	10,2	8,8	8,9	9,0	8,9	9,0	9,0	8,9
Insgesamt	37,2	32,9	34,1	32,9	32,5	34,6	36,0	33,8	31,9	38,1	42,2	45,5	43,7	41,0	40,8
davon: Finanzhilfen im engeren Sinne	35,9	31,8	32,7	32,1	30,6	31,4	31,0	30,5	28,7	30,1	29,6	29,4	28,9	28,6	29,4
Kompensationszahlungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
Insgesamt einschl. Kompensationszahlungen	37,2	32,9	34,1	32,9	32,5	34,6	36,0	34,3	33,8	39,9	44,0	47,3	45,6	42,8	42,7

Quelle: BMF [a, b, c]; eigene Berechnungen.

4.5 Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden

Will man die Länder im Hinblick auf ihr Finanzgebaren vergleichen, ist es nötig, die regionalisierten Finanzhilfezahlen der Gemeinden zu integrieren. Denn in den einzelnen Ländern herrschen unterschiedliche Zentralisations- bzw. Dezentralisationsgrade, was die Vergleichbarkeit einschränkt.

4.5.1 Quellen für die auf Länderebene erfassten Finanzhilfen

Als statistische Basis werden die Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder herangezogen, die den Untersuchungszeitraum abdecken. Für die Jahre 2000, 2005 und den Zeitraum 2008–2010 werden Ist-Werte veranschlagt. Nur das Land Berlin (Schleswig-Holstein) hat dem IfW für das Jahr 2009 (2010) keine Ist-Werte zur Verfügung gestellt, so dass Soll-Werte verwendet werden müssen. Für das Jahr 2011 waren bei Fertigstellung der Berechnungen nicht für alle Länder Ist-Werte verfügbar. Für die Jahre 2012 und 2013 erfolgt die Finanzhilfeberechnung auf der Basis von Soll-Werten.

Es werden sowohl die Finanzhilfen erfasst, die die Länder an die Subventionsempfänger auszahlen (und die teils Bundes- und/oder EU-Anteile enthalten), als auch jene Zuweisungen der Länder an die Gemeinden, die auf kommunaler Ebene subventionswirksam werden. Dabei können nur jene Zuweisungen der Länder berücksichtigt werden, bei denen eine subventionspolitische Zielsetzung erkennbar ist. Dies ist z.B. bei Zahlungen an kommunale Theater, Orchester oder Verkehrsträger der Fall, nicht aber bei den Teilen der Schlüsselzuweisungen, deren Verwendung die Allokation verzerrt. Auf kommunaler Ebene müssen dann zusätzlich die aus eigenen Mitteln finanzierten Teile der Finanzhilfen einbezogen werden.

Identifizierbar sind die relevanten Finanzhilfen aus den Haushaltsplänen und -rechnungen der Länder entweder anhand eines Rasters ausgewählter Gruppierungsnummern³ oder anhand der Defizite ganzer Haushaltskapitel, sofern die Gesamtaktivität als von Privaten realisierbar erscheint. Sind die geförderten Institutionen oder Tätigkeiten rechtlich oder finanzstatistisch voll in den Haushalt eines Landes integriert (etwa bei staatlichen Mustergütern oder mitunter bei der Förderung von Religionsgemeinschaften), so wird statt der Ausgaben gemäß den ausgewählten Gruppierungsnummern das am Ende des Haushaltskapitels ausgewiesene Defizit veranschlagt. Es bringt den Finanzhilfeteil der Finanzierung der jeweiligen Aufgabe zum Ausdruck.

In den Finanzhilfen der Länder sind indirekte Zahlungen anderer Staatsebenen oder Institutionen enthalten, so die indirekten Hilfen des Bundes, die auf die Länder entfallende Regionalförderung der Europäischen Union sowie indirekte Ausgaben des Investitions- und Tilgungsfonds in den Jahren 2009 und 2010, soweit diese als Finanzhilfen einzustufen sind.

4.5.2 Quellen für die auf Gemeindeebene erfassten Finanzhilfen

Neben den auf Länderebene erfassten Zuweisungen der Länder für kommunale Finanzhilfen, die den Haushaltsplänen und -rechnungen der Länder zu entnehmen sind, werden die eigenfinanzierten Gemeindehilfen erfasst. Statistische Basis sind die Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte. In der erforderlichen Gliederung werden sie auf Anfrage vom Statistischen Bundesamt bereitgestellt. Verfügbar waren bei der Erstellung der Zahlen durch das IfW die Daten bis zum Jahr 2011 (Statistisches Bundesamt lfd. Jgg.). Für die Jahre 2012 und 2013 sind die Kommunalzahlen auf der Basis der Finanzhilfen der einzelnen Länder geschätzt.

Die Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte sind nach Aufgabenbereichen gegliedert, die mit so genannten Gliederungsnummern versehen sind. Zweistellige Nummern in der Systematik der Ausgaben kennzeichnen Obergruppen, dreistellige Untergruppen. Die Palette der Funktionen ist dahingehend überprüft worden, ob die in der vorliegenden Arbeit verwendeten Abgrenzungskriterien gegeben sind. Für die Gemeinden und Gemeindeverbände wird in den subventionsrelevanten Aufgabenbereichen das kommunale Defizit erfasst.

³ Gruppierungsnummern sind ein Codesystem im Rahmen der staatlichen Haushaltsrechnung. Im Zentrum des Finanzhilferrasters stehen folgende Gruppierungsnummern: 661 (Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen), 662 (Schuldendiensthilfen an private Unternehmen), 682 (Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen), 683 (Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen), 891 (Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen) und 892 (Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen). Auch Positionen mit den Nummern 697 (Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse) und 87 (Inanspruchnahme aus Gewährleistungen) fallen in die Kategorie der Finanzhilfen an Unternehmen, sind aber weniger bedeutsam. Nicht alle Zuweisungen mit den genannten Nummern sind jedoch Finanzhilfen. Werden Zahlungen an ausgelagerte Behördeneinheiten geleistet, damit diese öffentliche Güter bereitstellen, liegt keine Finanzhilfe vor. Dies ist etwa bei der Finanzierung einer Agentur der Fall, die im Auftrag der öffentlichen Hand Standortwerbung betreibt, aus der die Region insgesamt profitiert.

Da Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte – auch auf der Ebene der Länder und Gemeinden – in den Kreis der potenziellen Finanzhilfeempfänger einbezogen werden, werden Positionen mit folgenden Gruppierungsnummern auf ihre Subventionsqualität hin überprüft: 663 (Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland), 681 (Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen), 684 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen), 685 (Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen), 686 (Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland), 893 (Zuschüsse für Investitionen für Sonstige im Inland) und 894 (Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen). Ferner werden Zahlungen der Länder an die Gemeinden für die Vergabe von Finanzhilfen erfasst. Dies erfordert eine Überprüfung der Haushaltstitel mit den Gruppierungsnummern 623 (Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände), 633 (sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände) und 883 (Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände).

Mitunter werden Ausgaben für staatsinterne Baumaßnahmen mit der Gruppierungsnummer 7 als Finanzhilfen berücksichtigt. Dies ist bei der Auswertung des Haushaltskapitels staatlicher Hochbaumaßnahmen dann der Fall, wenn in staatsinterne Betriebseinheiten investiert wird, die zumindest aus dem Haushalt auslagerbar, wenn nicht gar privatisierbar sind. Beispiele sind bauliche Maßnahmen an Staatstheatern.

Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen und Kapitalaufstockungen (Gruppierungsnummer 83) werden in der Regel nicht als Finanzhilfen erfasst, weil ein Subventionstatbestand kaum zu diagnostizieren ist, wenn ein Land als Eigentümer eines expandierenden Unternehmens dessen Eigenkapital aufstockt. Die Mittelzuführung hat aber Subventionscharakter, wenn ein chronisch defizitäres Unternehmen der Empfänger ist.

4.5.3 Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden

Im Jahr 2013 hatten die Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden mit 63,7 Mrd. Euro einen Höchstwert erreicht (Tabelle 9). Um die Jahrtausendwende lag ihr Niveau um 5,6 Mrd. Euro niedriger, anschließend sind die Finanzhilfen der Länder bis zu ihrem Tiefststand im Jahr 2007 mit 53,5 Mrd. Euro zurückgegangen. Seither haben sich die Finanzhilfen der Länder um knapp 10 Mrd. Euro kräftig erhöht. Die Subventionsquote – das sind die Subventionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) – lag mit 2,36 Prozent etwas höher als im Jahr 2007 (2,2 Prozent). Kürzt man das Bruttofinanzhilfeniveau der Länder und ihrer Gemeinden um die darin enthaltenen indirekten Finanzhilfen des Bundes und um die Kompensationszahlungen, errechnet sich für das Jahr 2013 eine Nettobelastung der Länder und ihrer Gemeinden in Höhe von 52,8 Mrd. Euro.

Tabelle 9:
Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden 2000–2013

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<i>In Milliarden €</i>														
Alte Flächenländer	35,8	36,7	36,7	35,9	35,0	35,5	36,1	35,6	37,2	40,5	41,0	41,3	44,2	45,3
Neue Flächenländer	16,3	15,2	14,9	14,3	13,9	13,1	13,2	12,7	12,6	12,8	13,1	12,5	12,6	12,5
Stadtstaaten	6,0	5,7	6,0	5,7	5,7	5,6	5,2	5,3	5,6	5,7	5,8	5,8	5,8	5,9
Insgesamt	58,1	57,6	57,5	55,9	54,7	54,2	54,4	53,5	55,4	59,1	59,9	59,6	62,6	63,7
Insgesamt ohne indirekte Finanzhilfen und Kompensationszahlungen des Bundes	46,0	45,8	45,8	44,7	43,5	43,0	44,0	42,8	44,7	48,3	49,0	48,8	51,7	52,8
<i>In Prozent des BIP</i>														
Alte Flächenländer	2,19	2,18	2,15	2,09	1,99	1,99	1,94	1,82	1,88	2,13	2,05	1,98	2,09	2,09
Neue Flächenländer	7,13	6,51	6,27	5,95	5,65	5,25	5,09	4,68	4,58	4,82	4,68	4,34	4,30	4,17
Stadtstaaten	3,33	3,08	3,18	3,06	3,01	2,92	2,62	2,54	2,59	2,69	2,66	2,62	2,56	2,51
Insgesamt	2,84	2,74	2,70	2,61	2,49	2,44	2,35	2,20	2,24	2,48	2,40	2,30	2,38	2,36
<i>€ je Einwohner</i>														
Alte Flächenländer	572	583	581	567	554	561	570	562	590	643	652	666	710	728
Neue Flächenländer	1 175	1 106	1 096	1 057	1 038	979	994	964	967	993	1 017	992	1 006	1 001
Stadtstaaten	1 041	991	1 032	990	983	970	896	900	948	974	979	1 018	1 007	1 015
Insgesamt	706	699	697	677	663	657	661	650	675	722	733	742	777	791

Quelle: Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg., hier: 2013); eigene Berechnungen.

Dass das Jahr 2007/2008 eine Tendenzwende bei den Finanzhilfen der Länder absteckt, zeigt sich bei allen drei Ländergruppen: Während die Finanzhilfen der neuen Flächenländer, die im Zeitraum 2000 bis 2008 rückläufig waren, im Anschluss stagnierten (2013: 12,5 Mrd. Euro), sind die Finanzhilfen der alten Flächenländer von 35,6 Mrd. Euro im Jahr 2007 auf 45,3 Mrd. Euro sprunghaft gestiegen. In der Zeitspanne zuvor verharrten sie in etwa auf konstantem Niveau. Die Ausgabesubventionen der Stadtstaaten nahmen bis 2007 zunächst ab, um dann wieder zu steigen (2013: 5,9 Mrd. Euro).

Während im Jahr 2000 die Subventionsquote in den neuen Ländern mit 7,13 Prozent jene in den alten Ländern um das 3,3-Fache überstieg, war sie im Jahr 2013 mit 4,17 Prozent nur noch doppelt so hoch. Im Jahr 2013 vergaben Länder und Gemeinden in Westdeutschland 728 Euro je Einwohner. Die Finanzhilfen je Einwohner waren in den ostdeutschen Flächenländern mit 1 001 Euro fast ebenso hoch wie jene in den Stadtstaaten (1 015 Euro).

4.5.4 Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden nach Sektoren bzw. Zielsetzungen

Während zu Beginn der Jahrtausendwende die Finanzhilfen zugunsten der Unternehmen mit 32 Mrd. Euro quantitativ bedeutsamer waren als die allokatonsverzerrenden Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck (26,1 Mrd. Euro), erfolgte in der Zeitspanne

danach eine Gewichtsverlagerung (Tabelle 10). Ab dem Jahr 2006 überstiegen die Transfers und Zuwendungen an Organisationen ohne Erwerbszweck die Finanzhilfen im engeren Sinne, im Jahr 2013 hatten sie ein Niveau in Höhe von 36,5 Mrd. Euro erreicht – verglichen mit 27,3 Mrd. Euro, die an Unternehmen flossen.

Zum Rückgang der Finanzhilfen zugunsten der Unternehmen um 4,8 Mrd. Euro innerhalb der betrachteten Zeitspanne trugen die um 2,6 Mrd. Euro verminderten Zuschüsse an den Sektor Wohnungsvermietung bei, weil der Bund seine Hilfen im Sozialen Wohnungsbau eingestellt hatte. Im Jahr 2014 wurde die Wohnungswirtschaft aber wieder verstärkt gefördert. Die Finanzhilfen für die Wasserver- und -entsorgung und für die Abfallwirtschaft reduzierten sich um 1,3 Mrd. Euro. Darin schlägt sich der Einsatz wassersparender Technologien nieder sowie der seit dem Jahr 2013 einsetzende Rückgang der Bevölkerung. Außerdem sind die Ausgaben für Regional- und Strukturpolitik um 1,1 Mrd. Euro heruntergefahren worden. Weiterhin sind im Zuge der sinkenden Arbeitslosigkeit weniger Mittel für Beschäftigungspolitik eingesetzt worden.

Tabelle 10:

Finanzhilfen der Länder nach Sektoren und Subventionszielen 2000, 2005, 2008–2013 (Mill. Euro)

	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<i>I. Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	<i>24 954</i>	<i>22 405</i>	<i>21 229</i>	<i>22 579</i>	<i>21 163</i>	<i>22 090</i>	<i>22 716</i>	<i>22 842</i>
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 738	2 850	2 376	2 537	2 481	2 583	2 802	2 805
Bergbau	855	674	695	552	569	580	520	572
Schiffbau	104	52	8	2	7	4	16	12
Verkehr	10 304	10 648	9 743	10 139	10 109	10 447	10 936	11 169
Wohnungsvermietung	5 145	3 434	3 368	3 311	3 102	2 739	2 726	2 549
Luft- und Raumfahrzeugbau	1	6	2	18	21	23	37	34
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	2 341	1 463	1 604	1 346	1 124	1 104	1 106	1 080
Fremdenverkehr, Bäder	1 251	1 177	1 375	1 419	1 382	645	623	645
Sonstige Unternehmenssektoren	2 217	2 101	2 057	3 256	2 368	3 965	3 949	3 975
<i>II. Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	<i>7 085</i>	<i>4 910</i>	<i>4 931</i>	<i>4 216</i>	<i>4 211</i>	<i>4 442</i>	<i>4 664</i>	<i>4 409</i>
Regionalpolitik, Strukturpolitik	3 543	2 165	2 377	1 910	1 821	2 096	2 251	2 131
Umwelt, rationelle Energieverwendung	367	272	270	303	306	252	277	259
Beschäftigungspolitik	1 545	1 364	1 132	883	945	996	1 042	1 002
Förderung von Qualifikation	542	595	456	502	444	412	394	387
Förderung von Innovationen etc.	404	223	394	347	433	445	435	392
Mittelstandsförderung	162	84	90	100	93	108	125	105
Investitionsförderung	30	15	21	22	26	16	17	20
Förderung sonst. Unternehmensfunktionen	492	191	192	150	145	117	123	113
<i>III. Finanzhilfen im engeren Sinne insgesamt (I. + II.)</i>	<i>32 039</i>	<i>27 315</i>	<i>26 160</i>	<i>26 795</i>	<i>25 374</i>	<i>26 531</i>	<i>27 381</i>	<i>27 252</i>
<i>IV. Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck</i>	<i>26 071</i>	<i>26 873</i>	<i>29 215</i>	<i>32 286</i>	<i>34 521</i>	<i>33 071</i>	<i>35 209</i>	<i>36 482</i>
Krankenhäuser	4 465	3 934	4 014	4 653	5 232	4 123	3 985	4 141
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	9 410	10 988	12 814	14 905	16 417	16 910	18 648	19 607
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	4 887	5 079	5 414	5 779	6 105	6 986	7 291	7 392
Kirchen, Religionsgemeinschaften	536	570	575	590	611	621	633	651
Pflegeeinrichtungen	860	278	182	179	169	121	148	129
Sport, Freizeit	3 521	3 453	3 801	3 943	3 904	3 570	3 733	3 771
Sonstige Empfänger	2 391	2 571	2 416	2 239	2 084	740	771	790
<i>V. Finanzhilfen im weiteren Sinne insgesamt (III. + IV.)</i>	<i>58 110</i>	<i>54 188</i>	<i>55 375</i>	<i>59 081</i>	<i>59 896</i>	<i>59 602</i>	<i>62 589</i>	<i>63 733</i>

Quelle: Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Fast die Hälfte aller sektorspezifischen Finanzhilfen der Länder (2013: 22,8 Mrd. Euro) empfängt der Sektor Verkehr (2013: 11,2 Mrd. Euro). Darunter fällt vor allem die Förderung des ÖPNV. Zweit bedeutsamster Subventionsnehmer war die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (2013: 2,8 Mrd. Euro).

Der Anstieg der Finanzhilfen zugunsten von Organisationen ohne Erwerbszweck um 10,4 Mrd. Euro liegt vor allem daran, dass im Jahr 2013 Kindertagesstätten und Kindergruppen mit 19,6 Mrd. Euro mehr als doppelt so viel Fördermittel bezogen haben als zur Jahrtausendwende. Auch wurden die Ausgaben für Kulturförderung (2013: 7,4 Mrd. Euro) um 2,5 Mrd. Euro stetig ausgeweitet.

4.5.5 Finanzhilfen nach Ländern

Beim interregionalen Vergleich der Finanzhilfen ist aus verschiedenen Gründen Vorsicht geboten. Erstens: Die Hilfen werden mitunter aus dem Staatshaushalt in Schattenhaushalte verlagert. Deren Finanzhilfeaktivität ist aber in unterschiedlichem Maße dokumentiert. Oft herrschen Informationslücken über das Agieren parafiskalischer Gebilde. Zweitens: Der Präzisionsgrad der Haushaltserläuterungen ist nicht einheitlich, so dass Finanzhilfen manchmal identifizierbar sind und manchmal nicht. Drittens: Unterschiedliche Ausmaße nicht messbarer Subventionen (wie Preissubventionen) können nicht berücksichtigt werden.

Die Expansion der Finanzhilfen der alten Flächenländer war im Zeitraum 2000–2013 unterschiedlich (Tabelle 11). So lag das Finanzhilfeniveau in Baden-Württemberg (Bayern) im Jahr 2013 um 38,6 Prozent (33,8 Prozent) über dem des Jahres 2000, gefolgt von Hessen (27,4 Prozent). In Nordrhein-Westfalen (Schleswig-Holstein) wurde der Wert des Ausgangsjahres um 15,1 Prozent (17,2 Prozent) übertroffen, die restlichen alten Flächenländer rangierten zwischen Schleswig-Holstein und Hessen. Insgesamt zeigt sich eine Spreizung der Veränderungsraten nach Geber- und Nehmerländern im System des Finanzausgleichs, die nicht verwundert: Die Geberländer haben wegen der fehlenden Finanzautonomie keine Möglichkeit, die überdurchschnittlich hohe Steuerkraft durch Senkung der Steuersätze an die Steuerzahler weiterzugeben. Daher sind die Anreize hoch, überdurchschnittlich hohe Finanzhilfen zu leisten.

Tabelle 11:

Finanzhilfen nach Ländern 2000, 2005, 2008–2013 (Mill. Euro)

	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Veränderung in %
Baden-Württemberg	6 798	7 043	7 896	9 313	8 625	8 381	9 218	9 419	38,56
Bayern	7 903	7 510	8 245	8 648	9 015	8 869	9 937	10 572	33,79
Hessen	3 690	3 988	4 019	4 239	4 578	4 459	4 589	4 700	27,37
Niedersachsen	4 085	3 678	4 070	4 526	4 569	4 707	4 899	4 959	21,38
Nordrhein-Westfalen	9 402	9 235	8 766	9 260	9 471	10 102	10 832	10 824	15,12
Rheinland-Pfalz	2 086	2 089	2 229	2 357	2 417	2 528	2 516	2 596	24,44
Saarland	597	617	559	658	707	749	756	757	26,63
Schleswig-Holstein	1 285	1 337	1 436	1 512	1 648	1 533	1 435	1 506	17,19
<i>Alte Länder insgesamt</i>	<i>35 847</i>	<i>35 497</i>	<i>37 220</i>	<i>40 513</i>	<i>41 031</i>	<i>41 328</i>	<i>44 182</i>	<i>45 333</i>	<i>26,46</i>
Brandenburg	2 804	2 464	2 683	2 739	2 619	2 483	2 669	2 652	-5,43
Mecklenburg-Vorpommern	1 900	1 697	1 477	1 492	1 439	1 500	1 549	1 525	-19,70
Sachsen	5 410	3 939	4 026	4 020	4 287	3 898	3 756	3 811	-29,54
Sachsen-Anhalt	3 060	2 673	2 293	2 318	2 433	2 354	2 378	2 269	-25,83
Thüringen	3 099	2 292	2 114	2 276	2 302	2 239	2 250	2 289	-26,14
<i>Neue Länder insgesamt</i>	<i>16 272</i>	<i>13 065</i>	<i>12 594</i>	<i>12 845</i>	<i>13 080</i>	<i>12 473</i>	<i>12 603</i>	<i>12 547</i>	<i>-22,89</i>
Berlin	4 224	3 777	3 657	3 770	3 835	3 791	3 876	3 923	-7,11
Bremen	595	631	486	498	476	472	488	509	-14,38
Hamburg	1 173	1 218	1 417	1 455	1 473	1 538	1 441	1 420	21,13
<i>Stadtstaaten insgesamt</i>	<i>5 991</i>	<i>5 626</i>	<i>5 560</i>	<i>5 724</i>	<i>5 784</i>	<i>5 802</i>	<i>5 805</i>	<i>5 853</i>	<i>-2,31</i>
Alle Länder	58 110	54 188	55 375	59 081	59 896	59 602	62 589	63 733	9,68

Quelle: Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

In der Gruppe der neuen Flächenländer verzeichneten die Finanzhilfen Brandenburgs mit 5,4 Prozent einen schwachen Rückgang, während die Hilfen in Sachsen (Thüringen) um 29,5 Prozent (26,1 Prozent) abgebaut werden konnten. In den Stadtstaaten gab es gegenläufige Entwicklungen: Während Bremen (Berlin) die Finanzhilfen um 14,4 Prozent (7,1 Prozent) reduzierte, erhöhte sie Hamburg kräftig um 21,1 Prozent.

Bei den Finanzhilfen je Einwohner gibt es eine breite Streuung zwischen den Ländern (Tabelle 12). Innerhalb der alten Flächenländer vergaben im Jahr 2013 Baden-Württemberg und Bayern die höchsten Finanzhilfen (891 Euro bzw. 844 Euro), gefolgt vom dritten Geberland Hessen (781 Euro). Diese drei Länder innerhalb der Gruppe der alten Flächenländer haben auch im Jahr 2000 an der Spitze gelegen. Die niedrigsten Finanzhilfen wurden im Jahr 2013 sowie auch schon in den Jahren zuvor in Schleswig-Holstein geleistet (537 Euro). Unter den neuen Bundesländern ist Brandenburg der „Spitzenreiter“, der mit 1 082 Euro rund doppelt so viele Finanzhilfen gewährt wie Schleswig-Holstein, gefolgt von Thüringen (1 055 Euro). Mit 941 Euro gab Sachsen am wenigsten für Finanzhilfen aus. Innerhalb der neuen Flächenländer ist die Spannweite also nicht so ausgeprägt wie unter den alten. Trotz der rückläufigen Finanzhilfeentwicklung im Stadtstaat Berlin waren dort die Finanzhilfen pro Einwohner mit 1 162 Euro am höchsten (Hamburg: 819 Euro; Bremen: 778 Euro). Zu Beginn des Jahrhunderts war das Finanzhilfeniveau in Hamburg nur halb so hoch wie das von Berlin. Als Geberland im Finanzausgleich hatte Hamburg jedoch hohe Anreize, die Finanzhilfen zu erhöhen, während Berlin gezwungen war, seine Hilfen zu reduzieren. Seit dem Jahr 2012 ist Hamburg wieder Nehmerland.

Tabelle 12:

Finanzhilfen nach Ländern je Einwohner 2000, 2005, 2008–2013 (Euro)

	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Baden-Württemberg	646	656	735	867	802	797	872	891
Bayern	646	602	659	691	719	713	794	844
Hessen	608	655	663	699	755	744	763	781
Niedersachsen	515	460	512	571	577	605	630	637
Nordrhein-Westfalen	522	511	489	518	531	576	617	617
Rheinland-Pfalz	517	515	553	587	604	634	631	651
Saarland	559	587	543	643	694	751	760	761
Schleswig-Holstein	461	472	507	534	581	547	511	537
<i>Alte Länder insgesamt</i>	<i>572</i>	<i>561</i>	<i>590</i>	<i>643</i>	<i>652</i>	<i>666</i>	<i>710</i>	<i>728</i>
Brandenburg	1 078	963	1 064	1 091	1 046	1 012	1 090	1 082
Mecklenburg-Vorpommern	1 070	994	888	903	876	933	968	953
Sachsen	1 222	922	960	964	1 033	961	927	941
Sachsen-Anhalt	1 170	1 082	963	984	1 042	1 034	1 053	1 004
Thüringen	1 275	982	932	1 012	1 030	1 026	1 037	1 055
<i>Neue Länder insgesamt</i>	<i>1 175</i>	<i>979</i>	<i>967</i>	<i>993</i>	<i>1 017</i>	<i>992</i>	<i>1 006</i>	<i>1 001</i>
Berlin	1 249	1 112	1 066	1 095	1 108	1 140	1 148	1 162
Bremen	901	952	734	753	721	724	745	778
Hamburg	684	698	800	820	825	895	831	819
<i>Stadtstaaten insgesamt</i>	<i>1 041</i>	<i>970</i>	<i>948</i>	<i>974</i>	<i>979</i>	<i>1 018</i>	<i>1 007</i>	<i>1 015</i>
Alle Länder	706	657	675	722	733	742	777	791

Quelle: Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg., hier: 2014); eigene Berechnungen.

4.6 Direkte Finanzhilfen der Europäischen Union

Die Europäische Union (EU) vergibt vor allem Finanzhilfen für Regional- und Strukturpolitik aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), für Beschäftigungspolitik in Form von Lohnkostenzuschüssen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und für Agrarpolitik aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL). Die Zahlungen der EU aus dem EFRE und dem ESF

werden als Finanzhilfen des Bundes oder der Länder erfasst, da diese die Beträge – meist zusammen mit den jeweiligen Eigenanteilen der auszahlenden Ebene – an die Begünstigten weiterleiten. Die Agrarhilfen der EU hingegen werden bei der EU ausgewiesen, weil auf nationaler Ebene Kofinanzierungsanteile nicht hinzukommen. Vielmehr herrscht eine Funktionsteilung zwischen nationaler Agrarpolitik und jener der EU vor. Der Gesamtbetrag der Mittelzuweisungen und der Marktordnungsausgaben der EU werden im Bundeshaushalt als Anlage E (1090) zu Haushaltskapitel 1004 (Marktordnung) dokumentiert.

Folgende Ausgaben fließen aus dem Europäischen Fonds für die Landwirtschaft (EGFL): Interventionen zur Regulierung von Agrarmärkten (Titelgruppen 01 bis 11), Direktzahlungen an Landwirte (Titelgruppen 24, 26, 40), Mittel für Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen auf dem Binnenmarkt und in Drittländern und Erstattungen bei der Ausfuhr in Drittländer. Für das Jahr 2014 waren Agrarsubventionen in Höhe von 5,2 Mrd. Euro geplant (Tabelle 13). Im Zeitraum 2007 bis 2014 waren die Agrarsubventionen niedriger als in den Jahren 2000 bis 2006. Das liegt daran, dass keine Zuschüsse zur Entwicklung des ländlichen Raums mehr gezahlt wurden (750–865 Mill. Euro). Während der betrachteten Periode sind die Preissubventionen deutlich zugunsten der Einkommenssubventionen geschrumpft.

Tabelle 13:

Finanzhilfen der Europäischen Union im Agrarbereich 2000, 2005, 2008–2014 (Mill. Euro)

	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Betriebsprämien		3 911	0	0	0	0	0	0	•
Honig		1	1	1	1	1	1	1	•
Titelgruppe 01 Getreide		235	16	18	49	–33	11	0	•
Titelgruppe 02 Reis		0	0	0	0	0	0	0	•
Titelgruppe 03 Milch und Milcherzeugnisse		73	–85	50	103	51	5	–1	•
Titelgruppe 04 Fette		0	0	0	0	0	0	0	•
Titelgruppe 05 Zucker und Isoglukose		219	–512	336	27	13	3	0	•
Titelgruppe 06 Schweinefleisch		1	28	3	1	18	0	1	•
Titelgruppe 07 Rindfleisch		792	11	8	11	14	3	1	•
Titelgruppe 08 Obst und Gemüse		26	29	36	38	53	48	45	•
Titelgruppe 09 Schaf- und Ziegenfleisch		0	0	0	0	0	0	0	•
Titelgruppe 10 Rohrtabak		35	19	19	12	0	0	0	•
Titelgruppe 11 Wein		28	16	22	31	35	38	38	•
Titelgruppe 12 bis 18 ^a		25	21	19	11	13	6	3	•
Titelgruppe 19 bis 23 ^b		17	5	7	–7	5	21	–5	•
Titelgruppe 24 Anpassungen an die Marktentwicklung ^c		89	5 568	5 483	5 284	5 348	5 291	5 102	•
Titelgruppe 25 Rückzahlungen		–13	–14	–12	–10	4	–11	–12	•
Titelgruppe 26 Entwicklung des ländlichen Raums		793	0	0	0	0	0	0	•
Titelgruppe 40 Modulation		23	–2	0	0	0	0	0	•
Insgesamt	5 938	6 255	5 101	5 990	5 551	5 522	5 416	5 173	5 245

• = nicht verfügbar. — ^aFischereierzeugnisse, Flachs und Hanf, Eier, Geflügel, Saatgut, Hopfen, Trockenfutter. — ^bSonstige Beihilfen für in Anhang II des EWG-Vertrages nicht aufgeführte Landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse, Berichtigung früherer Haushaltsjahre. — ^cVor allem Preisausgleichszahlungen für Kulturpflanzen sowie Beihilfen zur Stilllegung von Ackerflächen.

Quelle: BMF [b, c]; eigene Berechnungen.

4.7 Finanzhilfen der Bundesanstalt/Bundesagentur für Arbeit

Man kann die Aufgabe der Arbeitslosenversicherung darin sehen, das Risiko des Lohnausfalls bei Arbeitslosigkeit zeitlich begrenzt zu versichern und zudem Arbeitslose bei der Suche und der Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses zu unterstützen (Sachverständigenrat 2005: Ziffer 701). Die Ausgaben für diese Zwecke sind dann keine Finanzhilfen. Die Finanzierung von Weiterbildungs- und Berufsausbildungsmaßnahmen lässt sich ebenfalls zu den eigentlichen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit zählen.

Die Bundesagentur für Arbeit tätigt aber auch Ausgaben für andere Zwecke, insbesondere im Rahmen der sogenannten aktiven Arbeitsmarktpolitik. Viele dieser Ausgaben begünstigen nicht aus karitativen Motiven heraus spezifische Personengruppen (wie z.B. Behinderte); auch dienen sie nicht der Internalisierung externer Effekte. Sie verzerren die Allokation und sind damit Finanzhilfen im Sinne der in dieser Arbeit verwendeten Abgrenzung. Meistens handelt es sich um Lohnkostenzuschüsse.

Die Abgrenzung der Finanzhilfen der Bundesagentur für Arbeit und der vergleichbaren Leistungen des Bundes ist keineswegs weit gefasst. Man könnte z.B. durchaus Qualifizierungsmaßnahmen oder spezielle Maßnahmen für Jüngere einbeziehen, weil eine sozialpolitisch begründbare Aufgabe damit wohl kaum oder nur teilweise erfüllt wird. Analog zu den (hier ebenfalls nicht einbezogenen) Ausgaben für die Ausbildung an Universitäten könnte auch argumentiert werden, die betreffenden Ausgaben seien eigentlich zu erfassen – die Daten lassen dies aber nicht zu.

Im Jahr 2014 hat die Bundesagentur für Arbeit voraussichtlich 1,8 Mrd. Euro an Finanzhilfen gezahlt, das sind 2,3 Mrd. weniger als im Jahr 2008, als sich die Finanzkrise noch nicht am Arbeitsmarkt niederschlug (Tabelle 14). Zu Beginn des Jahrtausends herrschte ein mehr als fünfmal so hohes Niveau vor. Damals war die Arbeitslosigkeit deutlich höher und die Arbeitsmarktreform wurde erst fünf Jahre später in Angriff genommen. Im Jahr 2013 waren die Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz mit 1,4 Mrd. Euro besonders bedeutsam. Stark zurückgegangen sind die Eingliederungszuschüsse und die Gründungszuschüsse (jeweils rund 200 Mill. Euro im Jahr 2013).

Tabelle 14:

Finanzhilfen der Bundesanstalt für Arbeit 2000, 2005, 2008–2014 (Mill. Euro)

	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Mobilitätshilfen	69	118	140	0	0	0	0	0	•
Eingliederungszuschüsse	980	308	488	608	460	311	243	221	•
Einstellungszuschüsse (u.a. bei Neugründungen)	134	78	26	0	0	0	0	0	•
Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei									
Weiterbildung Beschäftigter	0	18	3	5	4	4	2	0	•
Zuschüsse zu Sozialplanmaßnahmen	9	–1	0	0	0	0	0	0	•
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	3 680	261	40	41	21	9	2	0	•
Zuschüsse zu Beschäftigung schaffenden									
Infrastrukturmaßnahmen	0	12	0	0	0	0	0	0	•
Strukturanpassungsmaßnahmen	1 364	167	10	0	0	0	0	0	•
Freie Förderung	575	81	56	0	0	0	0	0	•
Förd. d. Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit	750	0	0	0	0	0	0	0	•
Überbrückungsgeld	0	1 847	0	0	0	0	0	0	•
Existenzgründungszuschüsse	0	1 353	145	0	0	0	0	0	•
Gründungszuschüsse	0	0	1 494	1 580	1 868	1 711	890	222	•
Winterbauförderung (beitragsfinanziert)	40	76	0	0	0	0	0	0	•
Leistungen der aktiven Arbeitsförderung									
über den Europäischen Sozialfonds	237	106	37	36	43	11	4	0	•
Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer	0	25	57	59	72	103	74	20	•
Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz	274	1 111	1 345	1 313	1 336	1 306	1 315	1 378	•
Sofortmaßnahmen zum Abbau der									
Jugendarbeitslosigkeit	954	0	0	0	0	0	0	0	•
Eingliederungszuschuss bei Berufsrückkehr	12	0	0	0	0	0	0	0	•
Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber zur									
Wiedereingliederung Lang-zeitarbeitsloser	0	0	0	0	0	0	0	0	•
Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung für arbeitsmarktbedingte Renten	0	193	174	172	198	72	136	129	•
Erstattete Sozialversicherungsbeiträge bei									
konjunktureller Kurzarbeit	0	0	0	1 598	1 380	291	24	0	•
Insgesamt	9 078	5 753	4 015	5 412	5 382	3 818	2 690	1 970	1 750

• = nicht verfügbar.

Quelle: BA (lfd. Jgg.).

Die Bundesagentur für Arbeit zahlt im Auftrag und auf Rechnung des Bundes seit der Arbeitsmarktreform des Jahres 2005 die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit, denen zum Teil Finanzhilfseigenschaft zukommt (Tabelle 15). Sie wurden bei den Finanzhilfen des Bundes erfasst (Tabelle A1: Abschnitt II.3).

Tabelle 15:

Ausgewählte Ausgaben des Bundes im Rahmen der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit 2005, 2008–2014 (Mill. Euro)

	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Mobilitätshilfen	53	101	14	0	0	0	0	·
Eingliederungszuschüsse	146	449	436	429	354	230	180	·
Einstellungszuschüsse	28	26	9	0	0	0	0	·
Zuschüsse zu Beschäftigung schaffenden Maßnahmen	1 468	1 986	1 841	1 695	900	446	303	·
Zuschüsse zu Beschäftigung schaffenden Maßnahmen für Ältere	8	95	117	182	246	238	246	·
Einstiegsgehalt	22	64	50	47	36	28	26	·
Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz	1	20	9	3	0	0	0	·
Insgesamt	1 726	2 741	2 476	2 356	1 536	942	755	700

· = nicht verfügbar.

Quelle: BA (lfd. Jgg.).

4.8 Zahlungen der Sondervermögen des Bundes

Das Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ wurde vorübergehend errichtet, um Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket vom Februar 2009 zu finanzieren (Deutscher Bundestag 2009). Diese waren teilweise finanzhilferelevant, soweit selektive Zahlungen an Unternehmen geleistet wurden (2009: 4,2 Mrd. Euro). Der Schwerpunkt lag bei der Abwrackprämie und den Ausgaben für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM) (Tabelle 16).

Tabelle 16:

Direkte Finanzhilfen aus dem Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" 2009–2011 (Mill. Euro)

Kapitel, Titel	Erläuterung	2009	2010	2011
6091–68301 SB	Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)	53,2	320,0	294,4
69701 SB	Programm zur Stärkung der PKW-Nachfrage	4 115,1	731,2	153,7
89121	Investitionen in Schienenverkehr	48,4	168,0	0,0
89221	Investitionen in kombinierten Verkehr	0,0	3,6	0,0
68361	Innovative Mobilitätskonzepte	13,2	101,7	0,0
89161 SB	Modellvorhaben und Demonstrationsprojekte im Bereich innovativer Mobilitätskonzepte	13,4	64,9	3,5
	Insgesamt	4 243,4	1 389,4	451,6
	Im 24. Subventionsbericht der Bundesregierung enthalten			451,6

SB = im 24. Subventionsbericht der Bundesregierung enthalten.

Quelle: BMF [a, b, c]; eigene Berechnungen.

Das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ wurde im Jahr 2007 errichtet. Es sollte als ko-finanzierte Einrichtung von Bund und Ländern bis zum Jahr 2013 Mittel für die Verbesserung der Kinderbetreuung bereitstellen (2013: 3 Mrd. Euro (Tabelle 17)). Die Leistungen aus dem Sondervermögen finden im Subventionsbericht der Bundesregierung keinen Niederschlag.

Tabelle 17:

Finanzhilfen des Sondervermögens "Kinderbetreuungsausbau" 2008–2013 (Mill. Euro, Sollwerte)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Investitionskosten des Bundes	377	369	362	355	347	340
Betriebskosten des Bundes	0	100	200	350	500	700
<i>Insgesamt</i>	<i>377</i>	<i>469</i>	<i>562</i>	<i>705</i>	<i>847</i>	<i>1 040</i>
Investitionskosten der Länder	296	304	311	306	313	320
Betriebskosten der Länder	362	648	936	1 172	1 409	1 623
<i>Insgesamt</i>	<i>658</i>	<i>952</i>	<i>1 247</i>	<i>1 478</i>	<i>1 722</i>	<i>1 943</i>
Finanzhilfen insgesamt	1 035	1 421	1 809	2 183	2 569	2 983

Quelle: Deutscher Bundestag (2008).

Über das ERP-Vermögen werden zinsgünstige Kredite an Existenzgründer, an mittelständische Betriebe der gewerblichen Wirtschaft sowie an Angehörige der freien Berufe vergeben. Für das Jahr 2013 schätzt die Bundesregierung im 24. Subventionsbericht das Subventionsäquivalent der Kredite auf 300 Mill. Euro. Die Bundesregierung hat in ihren früheren Subventionsberichten bis zum Jahr 2007 das Kreditvolumen veranschlagt, obwohl Darlehen ja wieder zurückgezahlt werden müssen, also kein Zuschuss sind. Das IfW hat für die zurückliegenden Jahre die Zinsersparnisse anhand des Zeitprofils der von der Bundesregierung ausgewiesenen Darlehenssumme geschätzt. Dabei wurde die – freilich willkürliche – Annahme getroffen, dass das Subventionsäquivalent im Jahr 2007 dem im Jahr 2008 entsprach (siehe dazu die Zahlenreihe in Tabelle 19).

Zum 1. Januar 2011 ist ein Energie- und Klimafonds als Sondervermögen des Bundes errichtet worden. Der Fonds verfolgt das Ziel, die Finanzausstattung zu schaffen, um die Energieversorgung in Deutschland verstärkt durch fossile und erneuerbare Energien statt durch Kernkraft sicherzustellen. Im Jahr 2014 sollten 1,3 Mrd. Euro aus dem Fonds gezahlt werden, die als finanzhilferelevant einzustufen sind (Tabelle 18). Besonders ins Gewicht fallen das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm (409 Mrd. Euro) und die Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen (350 Mill. Euro).

Neben diesen haushaltswirksamen Finanzhilfen fördert der Staat den Ausbau der erneuerbaren Energien zudem über die EEG-Umlage, also durch eine Preissubvention von (bestimmten) Verbrauchern zugunsten der Erzeuger erneuerbarer Energien. Diese Preissubvention berührt die öffentlichen Haushalte nicht direkt und ist daher nicht Teil des budgetär orientierten Kieler Subventionsberichts. Da die Zahlungen aber erheblich und zugleich gut dokumentiert sind, werden die Subventionen mittels EEG-Umlage in Kasten 2 nachrichtlich dokumentiert.

Kasten 2:

Nicht in der Gesamtsumme enthalten, aber dennoch dokumentiert: Die Preissubvention zugunsten erneuerbarer Energien mittels der EEG-Umlage

Wie eingangs in Abschnitt 2 erwähnt, enthält die Aufstellung der budgetären Subventionen der öffentlichen Haushalte im Kieler Subventionsbericht nicht bestimmte indirekte Formen der Preissubventionen. Vom seinem fiskalisch orientierten Konzept her konzentriert sich der Kieler Subventionsbericht nur auf Einnahmeverzichte und Finanzhilfen der öffentlichen Hand, bei deren Einschränkung eine Senkung der allgemeinen Steuersätze für alle Steuerzahler möglich wäre.

Eine im Kieler Subventionsbericht daher nicht enthaltene Art der Subventionierung besteht darin, dass staatliche Stellen Preise regulieren, um Anbieter zu fördern, und dass die Verbraucher auf diese Weise einen anderen Preis für die nachgefragten Güter bezahlen müssen, als es ohne den staatlichen Eingriff in die Struktur der relativen Preise der Fall wäre. Derartige staatliche Eingriffe in das Preissystem kommen immer wieder vor. Sie alle zu dokumentieren und die Subventionswirkungen zuzuordnen, würde zwar ein vollständigeres Bild der Subventionslandschaft in Deutschland bieten, scheitert aber an vielfältigen Daten- und Erhebungsproblemen.

Eine besondere Form derartiger Preissubventionen soll hier dennoch etwas näher beleuchtet, wenn auch aus systematischen Gründen nicht in die Gesamtsumme der fiskalischen Subventionen einbezogen werden: die über den Strompreis von den Endverbrauchern erhobene *EEG-Umlage zugunsten der erneuerbaren Energien (EE)*. Sie ist über die jährliche Abschätzung des erforderlichen Umlagebetrages durch die Übertragungsnetzbetreiber vergleichsweise gut dokumentiert. Zudem sind die sich daraus errechnenden Subventionsbeträge ebenfalls den entsprechenden jährlichen Schätzungen zu entnehmen und erreichen durchaus beträchtliche Summen, so dass es sinnvoll ist, dies zu erwähnen.

Mit der EEG-Umlage zugunsten erneuerbarer Energien wird die Differenz zwischen den durch das EEG-Gesetz festgelegten Mindesteinspeisevergütungen und dem darunter liegenden Börsenstrompreis finanziert. Zugleich wird der Anschluss und die Abnahme von Strom aus EE zu diesem subventionierten Preis garantiert. EE-Strom wird gegenüber Strom aus konventionellen Energien begünstigt, es werden also gewissermaßen die Preise für regenerativ erzeugten Strom herabgesetzt und dessen Anteil am Energie-Mix gefördert. Dabei werden diese Kosten der staatlichen Förderung erneuerbarer Energien jedoch nicht aus den öffentlichen Haushalten beglichen, sondern auf die Stromendverbraucher überwält, die über die Umlage einen höheren Preis für den verbrauchten Strom entrichten müssen (Boss, Klodt et al. 2011: 46; Haller et al. 2013: 13–18).

In der Diskussion über die EEG-Umlage wird immer wieder darauf verwiesen, dass die Umlage allein keinen direkten Maßstab für die Förderung der erneuerbaren Energien darstelle. Denn die Umlage setzt sich grundsätzlich zusammen aus der Differenz aus den Kosten des Systems (= Vergütungszahlungen an die Einspeiser der verschiedenen regenerativen Energieformen) und den Erlösen der eingespeisten Strommengen (Großhandelspreisen an der Leipziger Strombörse), geteilt durch den Stromverbrauch der Letztverbraucher. Wesentlicher Bestandteil in dieser Gleichung sind daher nicht zuletzt die erzielbaren Erlöse für den zu Garantiepreisen aufgekauften EE-Strom, die wiederum von der angebotenen Gesamtstrommenge aus allen Quellen und deren Kosten (Produktionskosten und den jeweiligen Entgelten für eventuell erforderliche CO₂-Zertifikate) und auch der Menge an EE-Strom abhängen. Hinzu kommen weitere Komponenten wie der Ausgleich eines negativen Umlagekontostandes des Vorjahres, eine Liquiditätsreserve und schließlich ein Zuschlag für die Privilegierung der stromintensiv produzierenden Wirtschaftsbranchen, worauf gleich noch getrennt einzugehen sein wird. Folge des komplexen Wechselspiels der verschiedenen Größen ist dann, dass die Umlage selbst, die insbesondere seit 2010 erheblich von 2,047 auf 6,24 ct/kWh im Jahre 2014 gestiegen ist (Tabelle K2.1), wenig über die Förderung der EE an sich aussagt (Haller et al. 2013: 13–18).

Daher sind auch die Umlagebeträge insgesamt, dies sich aus den Vergütungszahlungen an die EE-Einspeiser ergeben, eher Bruttogrößen, die aufgrund der komplizierten Ermittlung der EEG-Umlage mit erheblichen EE-fremden Transaktionskosten behaftet sind. Dennoch sind die Beträge nicht vernachlässigbar. Tabelle K2.1 ist zu entnehmen, dass die Umlagebeträge in den letzten Jahren von 8,2 Mrd. Euro im Jahr 2010 auf 23,6 Mrd. Euro im Jahr 2014 gestiegen sind.

Was die EEG-Umlage zudem zu einem besonderen Fall in der Subventionslandschaft in Deutschland macht, ist der Umstand, dass in diesem System gewissermaßen eine „Subvention in der Subvention“ installiert ist. Denn nicht alle Endverbraucher von Strom müssen die EEG-Umlage (in vollem Umfang) zahlen, sondern nur die sogenannten „nichtprivilegierten“ Endverbraucher. Das sind im Wesentlichen die privaten Haushalte,

öffentliche Einrichtungen, Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrieunternehmen mit geringem Stromverbrauch. „Privilegiert“ in dem Sinne, dass sie keine oder nur eine sehr stark reduzierte Umlage entrichten müssen, sind stromintensiv produzierende Unternehmen des produzierenden Gewerbes sowie Betreiber von Schienenbahnen.^a Gerade diejenigen Unternehmen, die also hohe Stromkosten aufweisen, werden dadurch subventioniert, dass sie sich (praktisch) nicht an der Umlage beteiligen müssen und stattdessen die „nicht-privilegierten“ Verbraucher eine umso höhere Umlage entrichten müssen.

Tabelle K2.1:

Preissubventionen für erneuerbare Energien über die EEG-Umlage und Industrieprivileg 2010–2014

	2010	2011	2012	2013	2014
EEG-Umlage in ct/kWh	2,047	3,53	3,592	5,277	6,24
Umlagebetrag in Mrd. Euro ^a	8,2	13,5	14,1	20,4	23,6
Industrieprivileg BesAR in Mrd. Euro ^b	·	2,7	2,7	4,0	5,1
Industrieprivileg insgesamt in Mrd. Euro ^b	1,8	3,3	3,6	5,6	·

^aJeweilige Prognose zuzüglich 10 Prozent Liquiditätsreserve und ungedecktem Kontostand des Vorjahres. — ^bSchätzung von BMWi und BAFA (2014: 12 und 18) zur Begünstigung durch die besondere Ausgleichsregelung (BesAR). —

^c2010–2013 Schätzung von Reuster und Küchler (2012: 4) über BesAR, Eigenstromprivileg und weitere Komponenten.

Quelle: BMWi und BAFA (2014); Netzwerktransparenz 2009, 2010, 2011, 2012, 2013; Reuster und Küchler (2012).

Wie Tabelle K2.1 zu entnehmen ist, sind nach Angaben des BMWi und der BAFA (2014: 12, Tabelle 1) in den Jahren 2011 und 2012 jeweils rund 2,7 Mrd. Euro an Entlastungen für stromintensive Unternehmen ausgesprochen worden, in 2013 dann 4 Mrd. und in 2014 sogar 5,1 Mrd. Euro. Diese Zahlen beziehen sich auf die sogenannte „Besondere Ausgleichsregelung“ (BesAR) im EEG-Gesetz.^b Eine Schätzung von Reuster und Küchler (2012: 4, Abb. 4), die allerdings nur bis 2013 reicht, bezieht weitere Komponenten der Entlastung ein, darunter das sogenannte Eigenstromprivileg.^c Danach sind 2012 für insgesamt 3,6 Mrd. Euro an Begünstigungen für die Industrie ausgesprochen worden und 2013 sogar 5,6 Mrd. Euro (Tabelle K2.1).^d Es ist angesichts dieser Werte anzunehmen, dass der Betrag für das Industrieprivileg 2014 deutlich über 6 Mrd. Euro liegen dürfte.

Damit sind – auch wenn mittels der Umlagewerte keine unmittelbaren Aussagen zur „Netto-Förderung“ der EE abgeleitet werden können – zum einen erhebliche Mittel im Umverteilungskreislauf zugunsten der EE gebunden. Zum anderen bewirkt die „Subvention in der Subvention“ zulasten der nicht-privilegierten Verbraucher eine erhebliche Schieflage in der Finanzierung der Preissubventionen zugunsten der EE.

^aVgl. BMWi und BAFA (2014: 1). Das Ministerium und die nachgeordnete Behörde argumentieren: „Ohne Begrenzung der Belastung ist davon auszugehen, dass die stromintensiven Unternehmen im internationalen Wettbewerb eingeschränkt konkurrenzfähig wären und gegebenenfalls eine Produktionsverlagerung ins Ausland stattfinden würde. Produktionsverlagerungen ins Ausland würden zu einer Erhöhung der EEG-Umlage führen, das die Umlage dann auf einen kleineren Letztverbraucherpreis verteilt werden müsste.“ — ^bDie BesAR, die im Prinzip seit ihrer erstmaligen Aufnahme in das EEG im Jahre 2003 besteht, wurde in den letzten Jahren mehrfach reformiert, zuletzt durch das EEG 2012, durch das sie auf weitere Unternehmen ausgedehnt wurde. Eine Aufnahme in den Kreis (teil-)privilegierter Unternehmen ist jetzt möglich ab einem jährlichen Stromverbrauch von 1 GWh und einem Anteil der Stromkosten an der Bruttowertschöpfung von 14 Prozent. Nur bei einem jährlichen Stromverbrauch bis 1 GWh ist die volle EEG-Umlage zu entrichten, bei einem Verbrauch zwischen 1 und 10 GWh auf Antrag nur 10 Prozent der Umlage, bei 10 bis 100 GWh 1 Prozent und bei mehr als 100 GWh 0,05 ct/kWh (BMWi und BAFA 2014: 5–6). — ^cDas Eigenstromprivileg besagt, dass auch solche Unternehmen keine oder nur eine stark verminderte Umlage zahlen müssen, die Strom in eigenen oder gepachteten Kraftwerken nur für den Eigenbedarf erzeugen, aber nicht ans Netz abgeben (Reuster und Küchler 2012: 6). — ^dEine alternative Schätzung des Bundesverbands Erneuerbarer Energien e.V. (2012: 6) beläuft sich auf 3,7 Mrd. Euro im Jahr 2012 und 4,7 Mrd. Euro im Jahr 2013.

Tabelle 18:

Finanzhilfen des „Energie- und Klimafonds“ 2011–2014 (Mill. Euro)

Titel			2011	2012	2013	2014
66101	SB	Energetische Stadtsanierung	0,0	0,0	0,0	15,8
66107	SB	CO ₂ Gebäudesanierungsprogramm	0,0	52,3	4,0	293,6
68303	SB	Strompreiskompensation	0,0	0,0	0,0	350,0
68304	SB	Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Elektromobilität		2,1	32,5	23,5
	dito	Differenz zum Gesamtansatz	0,0	153,9	289,7	225,8
68603	SB	Förderung der rationalen und sparsamen Energieverwendung – Energieeffizienzfonds	90,0	11,4	11,5	132,8
68606	SB	Waldklimafonds	0,0	0,0	0,0	13,8
68604	SB	Markteinführungsprogramm zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien	40,0	0,0	83,4	107,1
89101	SB	CO ₂ Gebäudesanierungsprogramm	0,0	0,0	0,0	115,2
Summe			130,0	219,7	421,1	1 277,5
im 24. Subventionsbericht der Bundesregierung enthalten			130,0	65,8	131,4	1 051,7

SB = Im 24. Subventionsbericht der Bundesregierung enthalten.

Quelle: BMF [a, b, c]; Bundesgesetzblatt (2010).

4.9 Subventionen insgesamt

4.9.1 Weites Subventionsaggregat deutlich über Vorkrisenniveau

Das gesamte Subventionsvolumen des Jahres 2013 war mit 158,1 Mrd. Euro so hoch wie das Lohnsteueraufkommen dieses Jahres. Die Subventionen überragten das Niveau des Jahres 2008, in dem sich die Finanzkrise noch nicht in den öffentlichen Haushalten und somit im Subventionsniveau niedergeschlagen hat, um 6,7 Mrd. Euro (Tabelle 19). Diese Zunahme ist durch einen Sondereffekt gedrückt, weil die Einnahmeverzichte des Bundes wegen kostenfreier Zuteilung der CO₂-Emissionshandelszertifikate volatilen Preisschwankungen unterlegen sind. Rechnet man diesen Effekt heraus, ergibt sich eine Niveaudifferenz zwischen beiden Stichjahren in Höhe von 14,9 Mrd. Euro. Während CO₂-Zertifikate einen deutlich schwankenden Verlauf aufweisen, ist bei den Steuervergünstigungen ein leicht sinkender Trend zu verzeichnen. Die Finanzhilfen haben mit den Maßnahmen gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2009 einen Sprung nach oben gemacht und verharren seither auf diesem Niveau (Abbildung 1). Die Subventionsquote betrug 5,9 Prozent (2007: 5,8 Prozent, 2008: 6,1 Prozent, Abbildung 2), sie ist zuletzt leicht gesunken. Die Subventionen je Einwohner bezifferten sich auf 1964 Euro (Abbildung 3), auch bei ihnen zeigt sich der Niveaueffekt seit 2009.

Die Subventionen an Unternehmen allerdings erreichten mit 82,3 Mrd. Euro den niedrigsten Stand der betrachteten Periode, im Jahr 2005 hatten sie mit 104,6 Mrd. Euro einen Höchstwert erreicht, als das Subventionsäquivalent als CO₂-Handelsemissionszertifikate mit 10,9 Mrd. Euro zu Buche schlug. Hinter dem starken Anstieg des weiten Subventionsaggregats standen also die allokatonsverzerrenden Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck (Abbildung 4). Die erwähnten Zahlungen des Bundes an die GKV spielen hier ebenso eine zentrale Rolle wie die stark gestiegenen Zuschüsse der Länder an Kinderbetreuungseinrichtungen. Für diese neu eingeführten oder ausgeweiteten Leistungen mag es gute Gründe geben, es ist allerdings versäumt worden, Subventionen an anderer Stelle entsprechend zu kürzen.

Rechnet man aus dem gesamten Subventionen jene Posten heraus, die nicht ohne weiteres kürzbar sind (siehe den Code nk in Tabellen A1 und A2), ergibt sich ein Kürzungspotenzial von knapp 140 Mrd. Euro im Jahr 2013.⁴

⁴ Welche Hemmnisse einer Kürzung der Subventionen entgegenstehen und warum welche Positionen nicht ohne weiteres kürzbar sind, ist ausführlich bei Boss und Rosenschon (2010) beschrieben.

Tabelle 19:
Subventionen und Kürzungspotenzial 2000–2014 (Mrd. Euro)

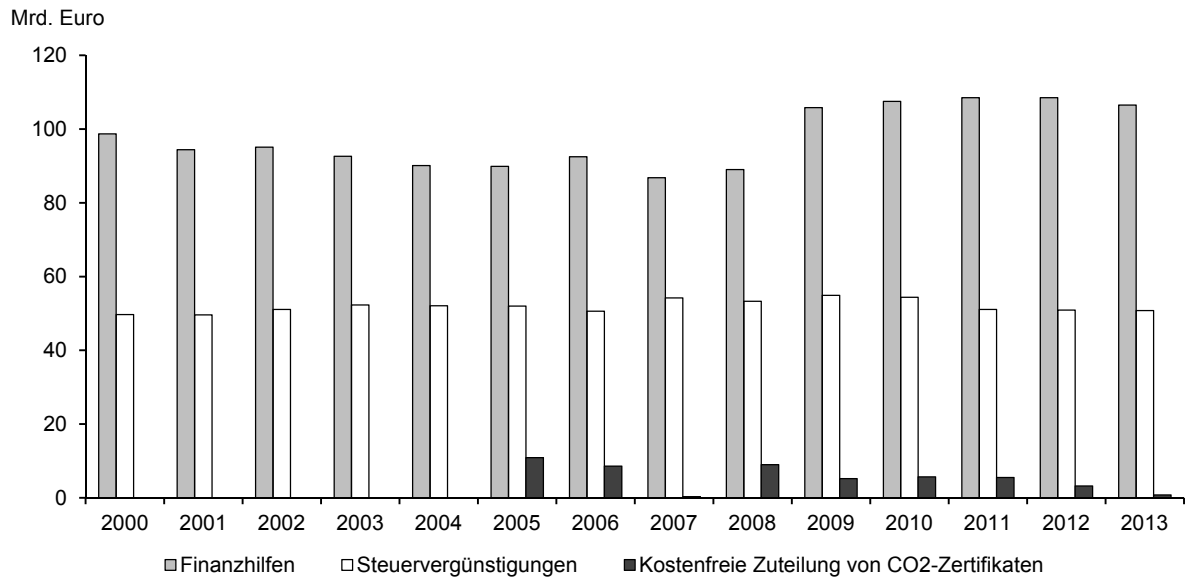
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
<i>I. Finanzhilfen (FH)</i>															
Bund (direkte FH) ^a	25,1	21,2	22,3	21,7	21,3	23,4	25,0	23,6	23,1	29,2	33,2	36,5	34,7	31,9	31,9
Länder und Gemeinden ^b	58,1	57,6	57,5	55,9	54,7	54,2	54,4	53,5	55,4	59,1	59,9	59,6	62,6	63,7	·
Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds"	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4,2	1,4	0,5	0,0	0,0	·
Sondervermögen "Kinderbetreuungsausbau"	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	1,4	1,8	2,2	2,6	3,0	·
Landwirtschaftliche Marktordnungsausgaben der EU	5,9	6,2	6,2	6,5	6,2	6,3	7,7	5,2	5,1	6,0	5,6	5,5	5,4	5,2	5,2
Bundesagentur für Arbeit	9,1	9,0	8,8	8,3	7,8	5,8	5,0	4,2	4,0	5,4	5,4	3,8	2,7	2,0	1,8
„Energie- und Klimafonds“	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2	0,4	1,3
Subventionsäquivalent der Kredite der KfW ^c	0,5	0,4	0,3	0,2	0,2	0,3	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	·
<i>Insgesamt</i>	98,7	94,4	95,1	92,6	90,1	89,9	92,5	86,8	89,0	105,8	107,5	108,5	108,5	106,5	·
Davon:															
FH zugunsten von Unternehmen	72,0	67,5	67,0	64,8	61,7	59,8	60,3	55,9	55,6	64,1	58,6	57,2	55,9	54,7	·
Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck	26,7	26,9	28,1	27,8	28,4	30,0	32,3	30,9	33,4	41,7	48,9	51,3	52,6	51,8	·
<i>II. Verminderte Einnahmen</i>															
Steuervergünstigungen (SV)	49,7	49,6	51,1	52,3	52,1	52,0	50,6	54,2	53,3	54,9	54,4	51,1	50,9	50,8	50,9
Davon:															
SV an Unternehmen	31,1	30,1	31,2	32,0	32,5	33,9	32,4	34,1	33,0	32,1	31,7	27,9	27,2	26,8	26,5
SV an Haushalte und an Organisationen ohne Erwerbszweck	18,6	19,5	19,9	20,3	19,6	18,1	18,2	20,1	20,3	22,8	22,8	23,3	23,7	24,0	24,4
Einnahmeverzicht des Bundes wegen kostenfreier Zuteilung der CO ₂ -Emissionshandelszertifikate ^d	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	10,9	8,6	0,3	9,0	5,2	5,7	5,5	3,2	0,8	·
<i>Insgesamt</i>	49,7	49,6	51,1	52,3	52,1	62,9	59,2	54,5	62,4	60,0	60,1	56,6	54,1	51,6	50,9
<i>III. Subventionen im engeren Sinne</i>	103,1	97,5	98,2	96,8	94,2	104,6	101,3	90,3	97,6	97,1	94,6	90,2	86,3	82,3	
dito, um Einnahmeverzicht des Bundes wegen kostenfreier Zuteilung der CO ₂ -Emissionshandelszertifikate bereinigt	103,1	97,5	98,2	96,8	94,2	93,7	92,7	90,0	88,6	91,9	88,9	84,6	83,1	81,5	·
<i>IV. Subventionen im weiteren Sinne (I. + II.)</i>	148,4	144,0	146,2	144,8	142,2	152,8	151,7	141,3	151,4	165,8	167,7	165,2	162,6	158,1	·
<i>Um Einnahmeverzicht des Bundes wegen kostenfreier Zuteilung der CO₂-Emissionshandelszertifikate bereinigtes Subventionsvolumen</i>	148,4	144,0	146,2	144,8	142,2	141,9	143,1	141,0	142,4	160,6	162,0	159,6	159,4	157,3	·
Nachrichtlich:															
Nicht ohne weiteres kürzbare FH ^e	20,5	17,3	19,1	20,5	18,9	19,1	17,9	17,5	15,0	16,2	15,5	17,2	17,6	17,7	18,8
Nicht ohne weiteres kürzbare SV ^e	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
<i>Kürzungspotenzial</i>	127,4	126,2	126,4	123,8	122,7	133,2	133,3	123,3	135,7	148,8	151,4	147,3	144,4	139,7	·
<i>V. Subventionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)</i>	7,2	6,9	6,9	6,8	6,5	6,9	6,6	5,8	6,1	7,0	6,7	6,4	6,2	5,9	·
<i>VI. Subventionen je Einwohner (Euro)</i>	1 804	1 747	1 771	1 755	1 724	1 853	1 843	1 719	1 846	2 027	2 051	2 056	2 020	1 964	·

· = nicht verfügbar. — ^aEnthält Finanzhilfen des Europäischen Sozialfonds (ESF). — ^bDaten für 2010 und 2011 geschätzt, enthält indirekte Finanzhilfen des Bundes und Finanzhilfen des ESF. — ^cFür die Jahre 2008 bis 2010 dem Subventionsbericht der Bundesregierung entnommen, für die anderen Jahre grob geschätzt. — ^dAbleitung siehe Tabelle 3. — ^eGründe: Altlasten, Vertrauensschutzargumente, internationale Regeln etc.

Quelle: BA (lfd. Jgg.); BMF [a, b, c]; Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2008); Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg.); Matthes et al. (2011: 11–12, Tabellen 2 und 3); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.: hier 2014); eigene Berechnungen.

Abbildung 1:

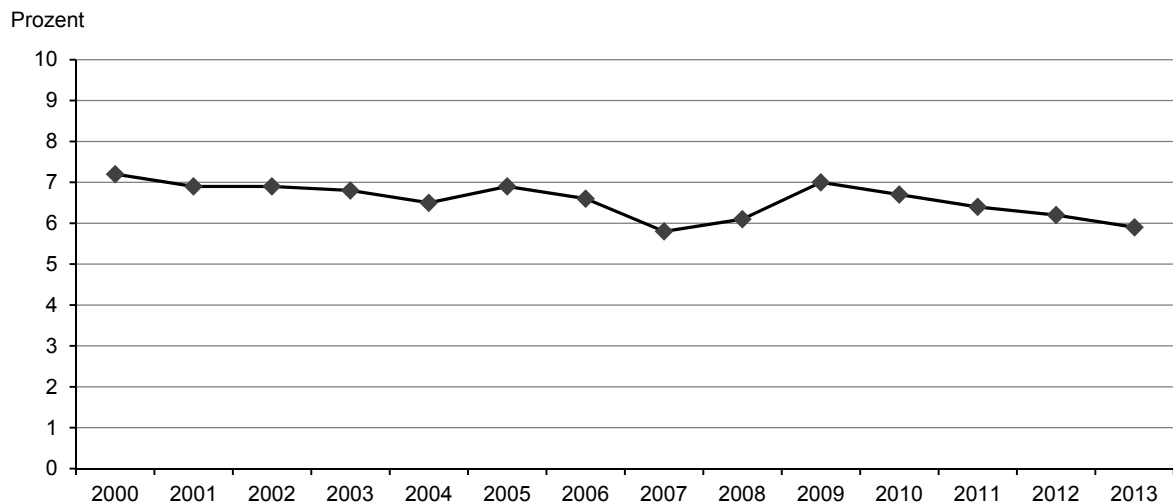
Struktur der Subventionen in weiter Abgrenzung nach Maßnahmen: Finanzhilfen, Steuervergünstigungen und kostenfreie Zuteilung von CO₂-Zertifikaten 2000–2013



Quelle: BA (lfd. Jgg.); BMF [a, b, c]; Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2008); Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg); Matthes et al. (2011: 11–12, Tabellen 2 und 3); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg., hier: 2014); eigene Darstellung und Berechnungen.

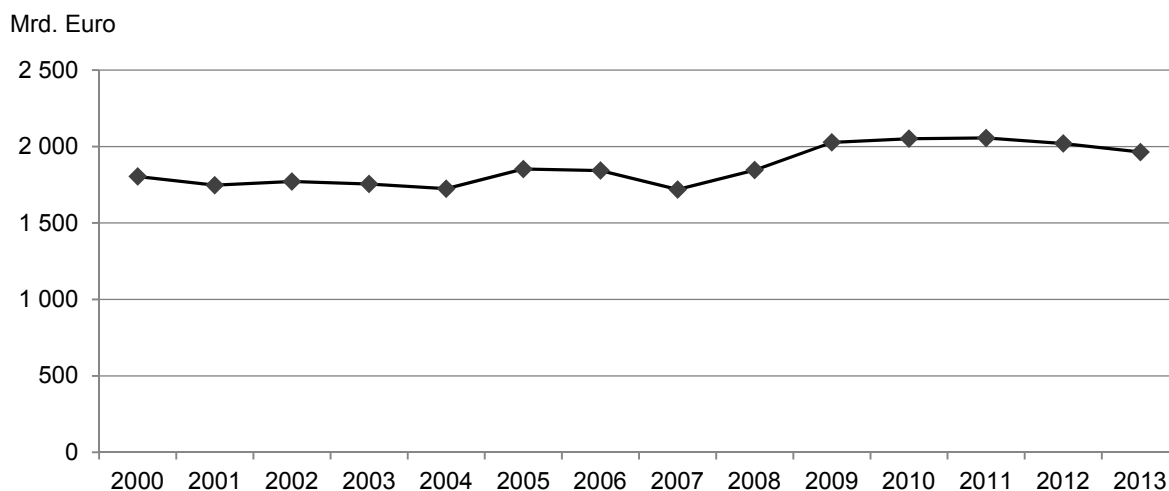
Abbildung 2:

Subventionen in weiter Abgrenzung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2000–2013



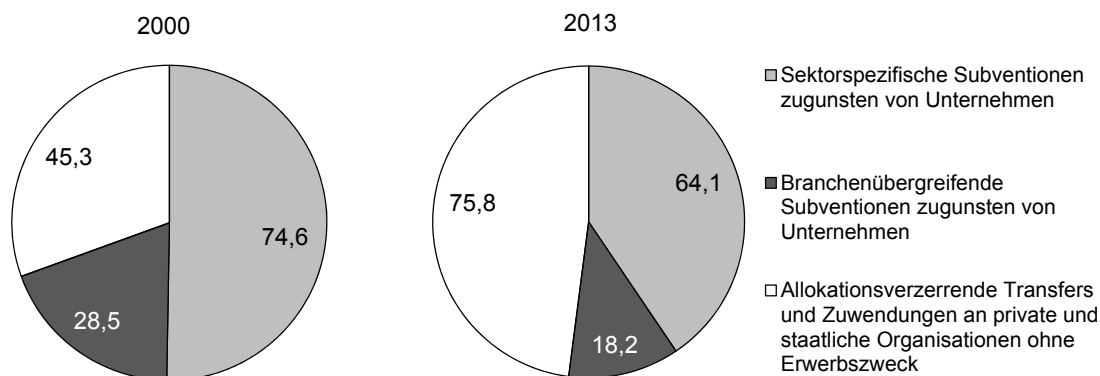
Quelle: BA (lfd. Jgg.); BMF [a, b, c]; Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2008); Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg); Matthes et al. (2011: 11–12, Tabellen 2 und 3); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg., hier: 2014); eigene Darstellung und Berechnungen.

Abbildung 3:
Subventionen in weiter Abgrenzung je Einwohner 2000–2013



Quelle: BA (lfd. Jgg.); BMF [a, b, c]; Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2008); Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg.); Matthes et al. (2011: 11–12, Tabellen 2 und 3); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg., hier: 2014); eigene Darstellung und Berechnungen.

Abbildung 4:
Struktur der Subventionen in weiter Abgrenzung nach Empfängern 2000 und 2013 (Mrd. Euro)



Quelle: BA (lfd. Jgg.); BMF [a, b, c]; Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2008); Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg.); Matthes et al. (2011: 11–12, Tabellen 2 und 3); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg., hier: 2014); eigene Darstellung und Berechnungen.

4.9.2 Selektivität der Subventionen

Die sektorspezifischen Subventionen an den Unternehmenssektor in der hier gewählten Abgrenzung beliefen sich im Jahr 2013 auf 64,1 Mrd. Euro (Tabelle 20). Dies entspricht 40,5 Prozent der Subventionen im weiteren Sinne (Tabelle 21). Von den sektorspezifischen Subventionen entfallen 64,6 Prozent auf die Sektoren Landwirtschaft, Bergbau, Verkehr und Wohnungsvermietung; der Anteil dieser Sektoren an der Wertschöpfung des Unternehmenssektors ist vergleichsweise gering.

Tabelle 20:

Subventionen nach Wirtschaftssektoren bzw. Subventionszielen in ausgewählten Jahren (Mill. Euro)

	2000	2005	2008	2013
<i>I. Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	<i>74 648</i>	<i>71 313</i>	<i>65 818</i>	<i>64 113</i>
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	12 024	12 026	10 029	10 638
Bergbau	5 464	2 910	2 969	2 094
Schiffbau	232	103	32	22
Verkehr	22 486	22 370	21 187	24 115
Wohnungsvermietung	16 637	15 114	10 697	4 585
Luft- und Raumfahrzeugbau	62	45	84	163
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	2 341	1 463	1 604	1 080
Entsorgung radioaktiver Abfälle	23	85	89	202
Fremdenverkehr, Bäder	1 251	1 177	1 375	645
Sonstige Unternehmenssektoren	14 127	16 020	17 752	20 567
<i>II. Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	<i>28 481</i>	<i>33 292</i>	<i>31 793</i>	<i>18 162</i>
Regionalpolitik, Strukturpolitik	6 108	4 468	3 824	2 852
Umwelt, rationelle Energieverwendung	777	727	900	1 428
Freistellung von Umweltpolitik	0	10 902	9 012	791
Beschäftigungspolitik	11 400	9 317	8 041	3 983
Förderung von Qualifikation	722	852	702	864
Förderung von Innovationen etc.	448	223	394	392
Mittelstandsförderung	1 442	1 273	1 411	1 476
Investitionsförderung	30	15	21	20
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	567	269	284	256
Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren	6 987	5 246	7 204	6 100
<i>III. Subventionen im engeren Sinne insgesamt (I.+II.)</i>	<i>103 129</i>	<i>104 605</i>	<i>97 611</i>	<i>82 275</i>
<i>IV. Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck</i>	<i>45 263</i>	<i>48 161</i>	<i>53 782</i>	<i>75 852</i>
Krankenhäuser, gesetzliche Krankenversicherung	4 484	6 439	6 519	15 645
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	9 411	10 989	13 850	22 591
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	5 210	5 424	5 767	7 908
Kirchen, Religionsgemeinschaften	4 019	3 583	3 734	3 955
Pflegeeinrichtungen	860	278	182	129
Sport, Freizeit	3 601	3 547	3 907	3 887
Sonstige Empfänger	2 584	2 765	2 627	984
Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren	6 745	7 696	9 802	13 358
Sonstige haushaltsbezogene Steuervergünstigungen	8 350	7 440	7 395	7 395
<i>V. Subventionen im weiteren Sinne insgesamt (III.+IV.)</i>	<i>148 392</i>	<i>152 766</i>	<i>151 392</i>	<i>158 126</i>

Quelle: BA (lfd. Jgg.); BMF [a, b, c]; Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2008); Eurostat (2014); Haushaltspläne und -rechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Matthes et al. (2011: 11–12, Tabellen 2 und 3); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg., hier: 2014); eigene Berechnungen.

Die branchenübergreifenden Subventionen zugunsten der Unternehmen (18,2 Mrd. Euro) machten im Jahr 2013 11,5 Prozent der Subventionen aus. Diese Beträge kommen freilich nicht allen Sektoren oder Unternehmen im gleichen relativen Ausmaß zugute; vielmehr wird auch innerhalb dieses Aggregats stark begünstigt und damit notwendigerweise diskriminiert.

Im Jahr 2013 wurden Subventionen in Höhe von 75,9 Mrd. Euro zugunsten privater oder staatlicher Organisationen ohne Erwerbszweck vergeben. Das sind 48 Prozent aller Subventionen. Diese Zahlungen werden weitgehend sektorspezifisch gewährt.

Die Struktur der Subventionen hat sich im Zeitraum 2000 bis 2013 deutlich verändert. Der Anteil der Subventionen an Unternehmen ist um 17,5 Prozentpunkte gefallen, die „weichen Subventionen“ sind entsprechend stark expandiert (Tabelle 21).

Tabelle 21:
Struktur der Subventionen (Prozent)

	2000	2005	2008	2013
<i>I. Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	<i>50,3</i>	<i>46,7</i>	<i>43,5</i>	<i>40,5</i>
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	8,1	7,9	6,6	6,7
Bergbau	3,7	1,9	2,0	1,3
Schiffbau	0,2	0,1	0,0	0,0
Verkehr	15,2	14,6	14,0	15,3
Wohnungsvermietung	11,2	9,9	7,1	2,9
Luft- und Raumfahrzeugbau	0,0	0,0	0,1	0,1
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	1,6	1,0	1,1	0,7
Entsorgung radioaktiver Abfälle	0,0	0,1	0,1	0,1
Fremdenverkehr, Bäder	0,8	0,8	0,9	0,4
Sonstige Unternehmenssektoren	9,5	10,5	11,7	13,0
<i>II. Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	<i>19,2</i>	<i>21,8</i>	<i>21,0</i>	<i>11,5</i>
Regionalpolitik, Strukturpolitik	4,1	2,9	2,5	1,8
Umwelt, rationelle Energieverwendung	0,5	0,5	0,6	0,9
Freistellung von Umweltpolitik	0,0	7,1	6,0	0,5
Beschäftigungspolitik	7,7	6,1	5,3	2,5
Förderung von Qualifikation	0,5	0,6	0,5	0,5
Förderung von Innovationen etc.	0,3	0,1	0,3	0,2
Mittelstandsförderung	1,0	0,8	0,9	0,9
Investitionsförderung	0,0	0,0	0,0	0,0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	0,4	0,2	0,2	0,2
Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren	4,7	3,4	4,8	3,9
<i>III. Subventionen im engeren Sinne insgesamt (I. + II.)</i>	<i>69,5</i>	<i>68,5</i>	<i>64,5</i>	<i>52,0</i>
<i>IV. Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck</i>	<i>30,5</i>	<i>31,5</i>	<i>35,5</i>	<i>48,0</i>
Krankenhäuser, gesetzliche Krankenversicherung	3,0	4,2	4,3	9,9
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	6,3	7,2	9,1	14,3
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	3,5	3,6	3,8	5,0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	2,7	2,3	2,5	2,5
Pflegeeinrichtungen	0,6	0,2	0,1	0,1
Sport, Freizeit	2,4	2,3	2,6	2,5
Sonstige Empfänger	1,7	1,8	1,7	0,6
Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren	4,5	5,0	6,5	8,4
Sonstige haushaltsbezogene Steuervergünstigungen	5,6	4,9	4,9	4,7
<i>V. Subventionen im weiteren Sinne insgesamt (III. + IV.)</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>

Quelle: BA (lfd. Jgg.); BMF [a, b, c]; Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2008); Eurostat (2014); Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg.); Matthes et al. (2011: 11–12, Tabellen 2 und 3); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg., hier: 2014); eigene Berechnungen.

4.9.3 Subventionen nach Sektoren bzw. Zwecksetzungen und nach gewährenden Institutionen

Gliedert man die Subventionen nach Sektoren bzw. Zwecksetzungen einerseits und budgetär belasteten Institutionen andererseits, so zeigt sich, dass der Bund, die Länder und Gemeinden, die EU, die Bundesagentur für Arbeit und die Sonderhaushalte an der Gewährung von Subventionen sehr unterschiedlich beteiligt sind (Tabellen 22 und 23, Abbildung 5). Die anteilsstärksten Subventionen sind mit 40,3 Prozent im Jahre 2013 die Finanzhilfen der Länder. Darin sind allerdings indirekte Finanzhilfen des Bundes und der EU enthalten. Außerdem ist ein hoher Anteil der von den Ländern selbstfinanzierten Ausgaben fremdbestimmt. Zweithöchstes Gewicht haben die Steuervergünstigungen (2013: 32,1 Prozent).

Tabelle 22:

Subventionen im Jahr 2013 nach Sektoren oder Subventionszielen und nach gewährenden öffentlichen Haushalten (Mill. Euro)

	Bund	Länder und Gemeinden	Übrige Haushalte ^a	Finanz- hilfen insgesamt	Steuer- vergünsti- gunen	Kostenfreie Emissions- rechte	Einnahme- verluste	Subven- tionen
<i>I. Sektorspezifische Subventionen zugunsten von Unternehmen</i>	16 022	22 842	5 173	44 038	20 075		20 075	64 113
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	1 730	2 805	5 173	9 708	930		930	10 638
Bergbau	1 522	572		2 094				2 094
Schiffbau	10	12		22				22
Verkehr	10 405	11 169		21 574	2 541		2 541	24 115
Wohnungsvermietung	1 150	2 549		3 700	885		885	4 585
Luft- und Raumfahrzeugbau	129	34		163				163
Wasserver- und -entsorgung, Abfall		1 080		1 080				1 080
Entsorgung radioaktiver Abfälle	202			202				202
Fremdenverkehr, Bäder		645		645				645
Sonstige Unternehmenssektoren	874	3 975		4 848	15 719		15 719	20 567
<i>II. Branchenübergreifende Subventio- nen zugunsten von Unternehmen</i>	3 580	4 409	2 691	10 680	6 691	791	7 482	18 162
Regionalpolitik, Strukturpolitik	129	2 131		2 261	591		591	2 852
Umwelt, rationelle Energiever- wendung	748	259	421	1 428				1 428
Freistellung von Umweltpolitik						791	791	791
Beschäftigungspolitik	1 011	1 002	1 970	3 983				3 983
Förderung von Qualifikation	477	387		864				864
Förderung von Innovationen etc.	0	392		392				392
Mittelstandsförderung	1 071	105	300	1 476				1 476
Investitionsförderung		20		20				20
Förderung sonstiger Unterneh- mensfunktionen	144	113		256				256
Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren					6 100		6 100	6 100
<i>III. Subventionen im engeren Sinne insgesamt (I.+II.)</i>	19 602	27 252	7 864	54 718	26 766	791	27 557	82 275
<i>IV. Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck</i>	12 344	36 482	2 983	51 809	24 043		24 043	75 852
Krankenhäuser, gesetzliche Krankenversicherung	11 504	4 141		15 645				15 645
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1	19 607	2 983	22 591				22 591
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	516	7 392		7 908				7 908
Kirchen, Religionsgemeinschaften	13	651		665	3 290		3 290	3 955
Pflegeeinrichtungen	0	129		129				129
Sport, Freizeit	116	3 771		3 887				3 887
Sonstige Empfänger	194	790		984				984
Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren					13 358		13 358	13 358
Sonstige haushaltsbezogene Steuervergünstigungen					7 395		7 395	7 395
<i>V. Subventionen im weiteren Sinne insgesamt (III.+IV.)</i>	31 946	63 733	10 847	106 526	50 809	791	51 600	158 126

^aEU, Bundesagentur für Arbeit, Sonderhaushalte des Bundes.

Quelle: BA (lfd. Jgg.); BMF [a, b, c]; Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2008); Eurostat (2014); Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg.); Matthes et al. (2011: 11–12, Tabellen 2 und 3); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle 23:

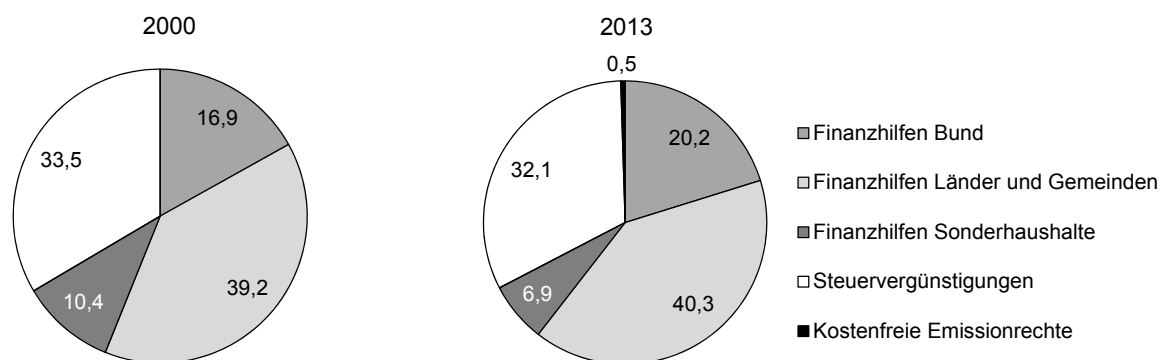
Anteile der Geberhaushalte an den Subventionen 2000, 2005, 2008, 2013 (Prozent)

Jahre	Bund	Länder und Gemeinden	Sonderhaushalte	Steuervergünstigungen	kostenfreie Emissionsrechte	insgesamt
2000	16,9	39,2	10,4	33,5	0	100
2005	15,3	35,5	8,0	34,1	6	100
2008	15,2	36,6	7,0	35,2	7	100
2013	20,2	40,3	6,9	32,1	0,5	100

Quelle: BA (lfd. Jgg.); BMF [a, b, c]; Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2008); Eurostat (2014); Haushaltspläne und -rechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Matthes et al. (2011: 11–12, Tabellen 2 und 3); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg., hier: 2014); eigene Berechnungen.

Abbildung 5:

Anteile der Geberhaushalte an den Subventionen 2000 und 2013 (Prozent)



Quelle: BA (lfd. Jgg.); BMF [a, b, c]; Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2008); Eurostat (2014); Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg.); Matthes et al. (2011: 11–12, Tabellen 2 und 3); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

5 Subventionen nach amtlichen Subventionsberichten im Vergleich zu Subventionen nach IfW

Das vom IfW ermittelte Subventionsvolumen für das Jahr 2013 in Höhe von 158,1 Mrd. Euro ist deutlich höher als jenes, das die Bundesregierung in ihrem 24. Subventionsbericht ausweist (44,9 Mrd. Euro) (Tabelle 24). Dabei gibt es auch deutliche Abweichungen bei den einzelnen Komponenten, die beide Institutionen veröffentlichen.

Will man die Finanzhilfen des Bundes, die die Bundesregierung und das IfW jeweils berechnen, miteinander vergleichen, muss man bei der IfW-Zahl die indirekten Finanzhilfen einbeziehen und die amtliche Zahl um die Zahlungen kürzen, die aus dem Investitions- und Tilgungsfonds und aus dem Energie- und Klimafonds fließen, weil diese Finanzströme in den Finanzhilfen des Bundes nach IfW nicht enthalten sind. Relativiert man die bereinigten Finanzhilfen der Bundesregierung (5,3 Mrd. Euro) am weite Finanzaggregat des IfW (40,8 Mrd. Euro), werden im Jahr 2013 nur 13 Prozent der Zahlungen von der Bundesregierung erfasst (2000: 27 Prozent) (Tabelle 25). Stellt man auf die Bundesfinanzhilfen des IfW ab, von denen der Unternehmenssektor profitiert (29,4 Mrd. Euro), errechnet sich eine Erfassungsquote durch die Bundesregierung von 18 Prozent. Zur Jahrtausendwende hat diese noch 28,1 Prozent betragen.

Tabelle 24:

Subventionen gemäß Subventionsbericht der Bundesregierung 2000–2014 (Mrd. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
<i>Finanzhilfen</i>	34,2	32,4	29,5	27,7	26,4	27,3	29,0	25,4	22,8	26,2	23,1	22,8	20,9	21,6	·
Bund	10,1	9,5	8,1	7,4	6,7	6,1	5,7	5,7	5,9	10,0	7,0	6,2	5,5	5,6	6,3
Länder	11,2	11,1	10,5	10,4	10,1	10,3	10,2	8,6	9,1	8,6	8,9	9,5	8,3	9,1	·
Gemeinden	1,6	1,6	1,5	1,6	1,5	1,4	1,3	1,4	1,3	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4	·
EU (Marktordnungsausgaben)	5,6	5,9	6,2	5,9	6	6,3	6,7	5,2	6,1	6,0	5,6	5,5	5,4	5,2	·
ERP-Finanzhilfen ^a	5,7	4,3	3,2	2,4	2,1	3,2	5,1	4,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	·
<i>Steuervergünstigungen</i>	25,1	23,8	24,9	28,6	29,0	29,9	28,4	29,6	28,2	29,5	29,1	24,2	23,3	23,3	23,0
Insgesamt^b	59,4	56,2	54,5	56,3	55,4	57,2	57,4	54,9	50,8	55,7	52,2	47,0	44,2	44,9	·
Insgesamt ohne ERP-Finanzhilfen	53,7	51,9	51,3	53,9	53,3	54,0	52,3	50,4	50,4	55,3	51,9	46,7	43,9	44,6	·
Relation zum BIP (Prozent)	2,9	2,7	2,5	2,6	2,5	2,6	2,5	2,3	2,0	2,4	2,1	1,8	1,7	1,7	·
<i>Nachrichtlich:</i>															
Ifw-Subventionen im weiteren Sinne	148,4	144,0	146,2	144,8	142,2	152,8	151,7	141,3	151,4	165,8	167,7	165,2	162,6	158,1	·
Ifw-Subventionen im engeren Sinne	103,1	97,5	98,2	96,8	94,2	104,6	101,3	90,3	97,6	97,1	94,6	90,2	86,3	82,3	·

· = nicht verfügbar. — ^aAb dem Jahr 2008 Subventionswert der Kredite. — ^bAbweichungen der Summen durch Runden.

Quelle: BA (lfd. Jgg.); BMF [a, b, c]; Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2008); Eurostat (2014); Haushaltspläne und -rechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Matthes et al. (2011: 11–12, Tabellen 2 und 3; Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg., hier: 2014); eigene Berechnungen.

Tabelle 25:

Finanzhilfen des Bundes nach IfW und amtlichem Subventionsbericht 2000–2014 (Mrd. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
I Finanzhilfen des Bundes nach IfW	37,2	32,9	34,1	32,9	32,5	34,6	36,0	33,8	31,9	38,1	42,2	45,5	43,7	41,0	40,8
davon:															
II Finanzhilfen des Bundes im engeren Sinn	35,9	31,8	32,7	32,1	30,6	31,4	31,0	30,5	28,7	30,1	29,6	29,4	28,9	28,6	29,4
III Finanzhilfen des Bundes nach amtlichem Subventionsbericht	10,1	9,5	8,1	7,4	6,7	6,1	5,7	5,7	5,9	10,0	7,0	6,2	5,5	5,6	6,3
IV dito, ohne Zahlungen v. Sonderhaushalten	10,1	9,5	8,1	7,4	6,7	6,1	5,7	5,7	5,9	5,8	5,9	5,6	5,4	5,5	5,3
V VI in Prozent von II	28,1	29,8	24,7	23,0	21,9	19,4	18,4	18,7	20,6	19,3	19,9	19,1	18,7	19,2	18,0
VI IV in Prozent von I	27,2	28,8	23,8	22,5	20,6	17,6	15,9	16,9	18,5	15,2	14,0	12,3	12,3	13,4	13,0

Quelle: BMF [a, b, c]; eigene Berechnungen.

Welche Einzelpositionen der amtliche Subventionsbericht umfasst und welche er ausklammert, erfährt der Leser durch den Code SB in den Tabellen A1 und A2. Der amtliche Subventionsbericht spart weite Teile der verkehrspolitischen Ausgaben ebenso aus wie für Beschäftigungspolitik. Große Erfassungslücken finden sich ferner bei der Qualifikationsförderung, der Wohnungspolitik und der Agrarpolitik. So bleibt etwa der Bundeszuschuss zur Krankenversicherung der Landwirte außen vor.

Vergleicht man den Verlauf der bereinigten amtlichen Daten mit den IfW-Daten für die Finanzhilfen des Bundes im engeren Sinne, so fällt für Teilabschnitte auf, dass die Bundesregierung – abgesehen vom temporären Anstieg infolge der Finanzkrise – einen eher fallenden Subventionstrendtrend zu erkennen glaubt, während die vom IfW ermittelten Zahlen schwanken. Allerdings gilt für beide Zeitreihen gleichermassen, dass das Niveau in der ersten Hälfte der Zeitreihe über dem in der zweiten liegt.

Die Finanzhilfen der Länder und Gemeinden nach IfW (2013: 63,7 Mrd. Euro, vgl. Tabelle 26) müssen um die darin enthaltenen direkten Finanzhilfen des Bundes gekürzt werden, damit man sie mit der von der Bundesregierung ausgewiesenen Zahl vergleichen kann. Somit steht den 10,5 Mrd. Euro,

die laut Bundesregierung Länder und Gemeinden im Jahr 2013 verausgabt haben, ein Finanzhilfenvolumen des IfW in Höhe von 54,7 Mrd. Euro gegenüber. Das entspricht einer Erfassungsquote durch die Bundesregierung von 19,2 Prozent. Im Jahr 2000 lag die Erfassungsquote noch bei 27,8 Prozent. Sie ist im Zeitablauf kontinuierlich gesunken, weil die „weichen Subventionen“, die das IfW im Gegensatz zur Bundesregierung mit einbezieht, stark ausgeweitet worden sind. Vergleicht man die amtliche Zahl mit dem engeren Subventionsaggregat des IfW, steigt die Erfassungsquote auf 57,5 Prozent. In der ersten Hälfte der Betrachtungsperiode war dieser Wert tendenziell noch höher.

Tabelle 26:

Finanzhilfen der Länder und Gemeinden nach IfW und amtlichem Subventionsbericht 2000–2013 (Mrd. Euro)

		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
I	Finanzhilfen der Länder und Gemeinden nach IfW	58,1	57,6	57,5	55,9	54,7	54,2	54,4	53,5	55,4	59,1	59,9	59,6	62,6	63,7
	davon:														
II	Finanzhilfen im engeren Sinn	32,0	31,2	30,2	28,7	28,0	27,3	27,0	25,8	26,2	26,8	25,4	26,5	27,4	27,3
III	Finanzhilfen der Länder und Gemeinden nach IfW ohne indirekte Finanzhilfen des Bundes	46,0	45,8	45,8	44,7	43,5	43,0	44,0	42,8	44,7	48,3	49,0	48,8	51,7	52,8
	davon:														
IV	Finanzhilfen an Unternehmen nach IfW ohne indirekte Finanzhilfen des Bundes an Unternehmen	20,6	20,0	19,0	17,6	17,0	16,1	16,1	15,6	17,4	18,0	16,4	17,6	18,4	18,2
V	Finanzhilfen der Länder und Gemeinden nach amtlichem Subventionsbericht	12,8	12,7	12,0	12,0	11,6	11,7	11,5	10,0	10,4	9,9	10,2	10,8	9,7	10,5
VI	V in Prozent von IV	62,3	63,5	63,0	68,0	68,1	72,5	71,4	64,1	59,7	55,1	62,1	61,3	52,8	57,5
VII	V in Prozent von III	27,8	27,7	26,2	26,9	26,7	27,2	26,5	23,1	22,3	19,7	20,0	21,3	18,1	19,2

Quelle: Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg.); BMF [a]; eigene Berechnungen.

Im Zeitraum 2000 bis 2007 wurden in den früheren Subventionsberichten die von der KfW vergebenen Darlehen veranschlagt, während das IfW deutlich niedrigere Beträge zugrunde legt (Tabelle 27). Die Finanzhilfen der Bundesagentur für Arbeit bleiben in den amtlichen Subventionsberichten außen vor, ebenso jene des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“. Die Finanzhilfen des Investitions- und Tilgungsfonds wurden von der Bundesregierung berücksichtigt. Jene des Investitions- und Klimafonds wurden nur zum Teil berücksichtigt. Von den gesamten Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Elektromobilität (246 Mrd. Euro) wurden im 24. Subventionsbericht nur 24 Mill. Euro aufgeführt.

Die amtlich als Subvention gerechneten Steuervergünstigungen betrugen im Jahr 2013: 45,9 Prozent der IfW-Zahl, der Subventionswert des CO₂-Emissionshandels findet in den Subventionsberichten der Bundesregierung keinen Niederschlag.

Die Subventionen nach amtlichen Subventionsberichten in Bezug auf die Subventionen im weiteren Sinne nach IfW sind von 40 Prozent im Jahr 2000 auf 28,4 Prozent im Jahr 2013 gefallen. Stellt man auf das engere IfW-Aggregat ab, steigt die Erfassungsquote der Bundesregierung auf 54,6 Prozent. In der ersten Hälfte der Betrachtungsperiode lag diese tendenziell etwas höher, weil der Reihe ERP-Kredite statt Subventionswerte dieser Kredite zugrunde gelegt wurden.

Tabelle 27:

Angaben der amtlichen Subventionsberichte in Prozent der (Teil-)Aggregate des IfW 2000–2014

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
<i>I Finanzhilfen insgesamt</i>	34,6	34,3	31,0	29,9	29,3	30,4	31,3	29,3	25,6	24,8	21,5	21,0	19,3	20,3	·
Bund ^a	27,2	28,8	23,8	22,5	20,6	17,6	15,9	16,9	18,5	15,2	14,0	12,3	12,3	13,4	13,0
Länder und Gemeinden ^b	27,8	27,7	26,2	26,9	26,7	27,2	26,5	23,1	22,3	19,7	20,0	21,3	18,1	19,2	·
EU (Marktordnungs- ausgaben)	106,0	105,8	99,5	109,4	102,5	99,3	115,0	99,1	83,6	99,8	99,1	100,4	100,3	99,5	·
ERP-Finanzhilfen	1 140,0	1 131,6	1 142,9	1 142,9	954,5	1 142,9	1 133,3	1 125,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	·
Bundesagentur für Arbeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	·
"Investitions- und Tilgungsfonds"	–	–	–	–	–	–	–	–	–	98,5	80,3	100,0	–	–	–
"Kinderbetreuungs- ausbau"	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	·
"Energie- und Klimafonds"	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	100,0	30,0	31,2	82,3
<i>II Verminderte Einnahmen insgesamt</i>	50,5	48,0	48,8	54,7	55,6	47,5	48,0	54,3	45,2	49,1	48,4	42,7	43,0	45,2	·
Subventionswert des CO ₂ -Emissionshandels						0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	·
Steuervergünstigungen	50,5	48,0	48,8	54,7	55,6	57,5	56,1	54,6	52,9	53,7	53,5	47,4	45,7	45,9	45,2
<i>III Subventionen nach SB^c in Prozent der Subven- tionen im weiteren Sinne nach IfW</i>	40,0	39,0	37,3	38,9	39,0	37,4	37,8	38,8	33,6	33,6	31,1	28,5	27,2	28,4	·
<i>IV Subventionen nach SB^c in Prozent der Subven- tionen im engeren Sinne nach IfW</i>	57,6	57,6	55,5	58,2	58,8	54,7	56,7	60,8	52,0	57,4	55,2	52,1	51,2	54,6	·
<i>V dito, ohne ERP-Daten</i>	52,1	53,2	52,2	55,7	56,6	51,6	51,6	55,8	51,6	57,0	54,8	51,8	50,9	54,2	·

· = nicht verfügbar; – = noch nicht eingeführt oder vom BMF noch nicht erfasst. — ^aAbleitung siehe Tabelle 25. — ^bAbleitung siehe Tabelle 26. — ^cSB = amtlicher Subventionsbericht.

Quelle: BA (lfd. Jgg.); BMF [a, b, c]; Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2008); Eurostat (2014); Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg.); Matthes et al. (2011: 11–12, Tabellen 2 und 3); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg., hier: 2014); eigene Berechnungen.

Anhangtabellen

Tabelle A1:

Direkte Finanzhilfen des Bundes^a 2000, 2005, 2008–2014 (1 000 Euro)

Kapitel, Titel	Erläuterung		2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
I.	Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen										
1)	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
0809– 68201	Zuschuss an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	SB	132 887	90 988	79 789	79 792	75 073	74 727	64 837	79 181	57 800
1002– 66203	Zinsverbilligung, Bundesprogramm „Tiergerechte Haltungsverfahren“		0	645	0	0	0	0	0	0	0
66101	Zinsfreistellung bzw. Verbilligung v. Liquiditätskrediten		0	0	0	16 192	25 000	0	0	0	0
68303	Grünlandmilchprogramm	SB	0	0	0	0	183 876	183 328	945	6	0
–68306	Gasölbeihilfe		448 396	0	0	0	0	0	0	0	0
–68601	Beteiligung des Bundes an Bundesgartenschauen		0	1 572	0	0	0	0	0	0	0
1019– 68601	Förd. v. Wettbewerben und Vergabe von Ehrenpreisen		0	377	407	340	432	435	281	418	480
1006– 68601	Internationaler Praktikantenaustausch		0	401	413	412	426	447	480	475	530
1006– 68602	Für Umsiedlung des internationalen Fonds für Nutzpflanzenvielfalt		0	0	0	0	0	0	0	50	150
1002– 68606	Markteinführung „biogener Treib- und Schmierstoffe“		116	0	0	0	0	0	0	0	0
–68607	Ausgaben f. das Modellvorhaben „Projekt im Allgäu“		597	0	0	0	0	0	0	0	0
–68608	Zuschuss zur Förderung nachwachsender Rohstoffe		8 933	0	0	0	0	0	0	0	0
1005– 68601	Zuschuss f. das Modell- u. Demonstrationsvorhaben		402	17 948	6 130	9 745	4 669	3 347	3 586	6 484	15 000
1002– 68610	Zuschuss zur Umsiedlung des Hauptbüros des Forest Stewardship Council International nach Bonn		0	25	0	0	0	0	0	0	0
68612	Datenbank Futtermittel		0	231	0	0	0	0	0	0	0
–68619	Förderung des ökologischen Landbaus	SB	0	0	0	0	0	2 892	2 950	3 400	3 400
dito	dito, Differenz zum Gesamtansatz		0	18 498	16 000	14 926	13 632	11 568	11 802	13 172	13 600
1010– 83101	Nachschüsse an die deutsche Bauernsiedlung		0	414	510	490	480	452	437	416	570
–89308	Förderung nachwachsender Rohstoffe	SB	10 961	0	0	0	0	0	0	0	0
1005– 89301	Modell- und Demonstrationsvorhaben		0	3 036	0	0	0	0	0	0	500
1001– 63602	Zuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung	SB	255 646	150 000	400 000	400 000	300 000	200 000	175 000	150 000	125 000
1001– 63603	Zuschüsse z. Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe	SB nk	95 701	69 061	52 975	48 379	43 771	39 046	34 847	30 661	30 000
1002– Tgr.5	Abwicklung alter Verpflichtungen u. auslaufende Förderungsmaßnahmen, Ansatz nach Subventionsbericht		2 800	0	0	0	0	0	0	0	0
dito	dito, Diff. z. Gesamtansatz		25	1 653	41 388	1 161	1 080	925	812	0	0
1001– 63604	Zuschuss an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte		1 015 883	1 112 020	1 173 851	1 200 382	1 261 893	1 214 993	1 225 748	1 252 574	1 300 000
1001– 63606	Zuschüsse z. Förd. d. Einstellung d. landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	SB nk	201 863	47 470	4 099	3 319	2 873	2 629	2 293	2 315	2 000

noch *Tabelle A1*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
1005– Tgr.03	Förderung landwirtschaftlicher Forschung	5 389	7 010	20 037	24 177	24 153	22 483	31 684	36 816	47 025
1002– 66271	Zinsverbilligung für Darlehen an die Fischerei	306	218	3	1	0	0	0	0	0
–66293	Zinsverbilligung für Darlehen	0	0	0	0	0	73	0	0	0
–68372	Förderung d. Fischabsatzes	311	203	89	64	112	0	0	0	0
1010– 68304	Hilfe z. Anpassung d. Kapazitäten in der Seefischerei	464	2 297	1 006	1 581	1 893	1 957	2 020	1 758	2 200
1010– 89201	Strukturmaßnahmen für die Seefischerei	1 537	441	10	184	130	113	6	190	500
1005– Tgr.01	Zuschüsse zur Markteinführung nachwachsender Rohstoffe, Ansatz im Subventionsbericht	0	0	0	0	0	0	0	1 000	1 000
dito	dito, Diff. z. Gesamtansatz	0	32 290	43 993	45 780	48 396	46 051	43 970	51 614	59 000
1004	Ausgaben d. Haushaltskapitels „Marktordnung“ (abzgl. Verwaltungseinnahmen)	nk	197 142	75 222	67 047	74 035	70 049	78 581	99 596	129 184
Zusammen		2 379 359	1 632 020	1 926 069	1 913 972	2 061 924	1 875 515	1 680 279	1 730 126	1 787 939
2) <i>Bergbau</i>										
0803– Tgr.01	Ausgaben für die Gesellschaft zur Verwahrung u. Verwertung stillgelegter Bergwerksbetriebe (Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt)	nk	21 781	14 228	13 010	11 840	16 750	15 250	21 317	19 850
–Tgr.03	Ausgaben für d. Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungsgesellschaft (Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt)	nk	323 073	222 361	146 844	160 556	146 034	137 535	123 889	166 405
0902– 68111	Anpassungsbeihilfen	0	2 490	0	0	0	0	0	0	0
0902– 68315	Abwicklung d. Sondervermögens „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“	406	0	0	0	0	0	0	0	0
0902– 69715	Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	98 685	0	0	0	0	0	0	0	0
0903– 68211 und 89111	Ausgaben für die Wismut GmbH Chemnitz	nk	248 806	203 973	176 317	158 337	146 305	146 985	123 000	140 000
0903– 68311	Zuschüsse f. d. Absatz deutscher Steinkohle z. Verstromung, z. Absatz an d. Stahlindustrie sowie z. Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	SB	3 711 979	1 645 168	1 815 856	1 375 273	1 319 438	1 348 577	1 181 751	1 082 428
0903– 69811	Anpassungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus	SB	119 107	122 895	120 855	109 722	105 613	99 830	105 775	114 867
1102– Tgr.02	Soziale Hilfsmaßnahmen für Arbeitnehmer der Kohle- und Stahlindustrie	41 350	0	0	0	0	0	0	0	0
Zusammen		4 565 187	2 211 115	2 272 882	1 815 728	1 734 140	1 748 177	1 555 732	1 522 100	1 636 554
3) <i>Schiffbau</i>										
0902– 66274	Zinszuschüsse z. Finanzierung von Aufträgen an die deutschen Schiffswerften	SB	77 909	18 530	4 607	2 216	744	72	0	0
0901– 66211	Zinsausgleichssystem auf CIRR-Basis	SB	0	0	252	320	291	262	243	203
0905– 68313	Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft	0	0	0	0	0	228	96	525	300
dito	dito, Diff. z. Gesamtansatz	3 000	0	795	1 157	517	533	223	–525	–300

noch *Tabelle A1*

Kapitel, Titel	Erläuterung		2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
89202	Rückbau der Transrapid-										
68341	versuchsanlage Emsland		0	0	0	0	0	0	0	0	7 000
	An priv. U. zur Förderung										
	neuer Verkehre im kom-		0	1 200	9 958	1 945	4 257	0	0	0	0
-89241	baukostenzuschüsse an										
	private Unternehmen des	SB	36 808	54 104	57 364	35 094	46 800	51 592	52 542	45 032	92 700
89242	kombinierten Verkehrs										
	An priv. U. zur Errichtung,										
	Ausbau und Reaktivierung	SB	0	3 424	12 016	14 227	6 246	14 152	14 282	9 358	14 000
66251	von Gleisanschlüssen										
	Zinszuschüsse für										
	Anschaffung besonders										
	emissionsarmer LKW		0	0	355	406	237	164	0	0	0
(ERP-Programm der KfW)											
-89151	Zuweisung f. Investitionen										
	in die Schienenwege für										
	Eisenbahnen des Bundes		0	450 342	1 059 372	1 104 399	1 031 926	0	0	0	0
(Konjunkturprogramm)											
89171	Für Eisenbahnen d. Bundes										
	und Bundeseisenbahnver-		0	0	0	0	0	20 505	0	15 000	0
mögen (Augusthochwasser)											
89191	Innovations- u. Investitions-										
	programm im Schienenver-		0	0	0	110 856	369 800	137 253	0	0	0
kehr (Konjunkturprogramm)											
Tgr.08	Innovationen für eine										
	nachhaltige Mobilität/		0	0	0	0	0	11 097	0	0	0
Elektromobilität											
66201	Zinszuschüsse der KfW für										
	Anschaffung schwerer		0	0	0	0	0	0	1	0	0
emissionsarmer LKW											
1209-	Zinszuschüsse für										
68401	Anschaffung besonders										
	emissionsarmer LKW	SB	0	0	74 119	70 281	14 842	11 423	12 232	8 396	12 600
(ERP-Programm der KfW)											
1209-	Förderung von Beschäfti-										
68402	gung, Qualifizierung, Um-										
	welt und Sicherheit in										
	Unternehmen des maut-	SB	0	0	0	49 096	118 876	296 462	256 701	167 702	254 878
pflichtigen Güterverkehrs											
1209-	Aus- und Weiterbildungs-	SB	0	0	0	31 697	19 672	71 420	75 076	41 179	125 000
68403	programm in Unternehmen										
	des mautpflichtigen Güter-										
	verkehrs										
1210-	An nichtbundeseigene										
68201	Eisenbahnen für höhen-		745	1 094	1 871	1 500	1 500	1 700	1 268	1 561	1 800
gleiche Kreuzungen											
89201	An Flughafen Berlin-		0	0	17 500	4 630	23 650	7 000	7 408	0	0
Schönefeld für Anbindung											
an das Verkehrsnetz											
74501	Kostendrittel nach § 13										
Abs. 1 Satz 2 Eisenbahn-			14 598	0	0	0	0	0	0	0	0
kreuzungsgesetz											
74521	Maßnahmen nach Eisen-		0	0	0	0	0	0	17 031	20 181	10 000
bahnkreuzungsgesetz											
1218-	Investitionszuschüsse für										
89101	Vorhaben des ÖPNV an die		98 842	48 169	119 252	92 783	85 650	65 972	68 601	75 329	111 000
Deutsche Bahn AG											
1222-	Erstattung v. Verwaltungs-										
63401	ausgaben des Bundeseisen-										
bahnvermögens		nk	5 740 478	5 472 100	4 325 500	5 263 400	5 153 600	4 950 100	5 104 600	5 239 800	5 235 420
-63403	Personalkostenzuschuss an										
	die DB AG aufgrund des										
	technischen Rückstandes										
	der früheren Deutschen		757 639	0	0	0	0	0	0	0	0
Reichsbahn											
68204	Abgeltung übermäßiger										
	Belastungen der Eisenbah-										
	nen f. Betrieb u. Erhaltung		0	0	0	0	0	0	0	75 150	0
	höhengleicher Kreuzungen										

noch *Tabelle A1*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
–68206	Zuschuss f. die Beseitigung ökologischer Altlasten und zum erhöhten Materialaufwand im Bereich d. früheren Deutschen Reichsbahn	465 276	0	0	0	0	0	0	0	0
63404	Erstattungen des Bundes wegen Personalüberhang	0	0	0	69 661	69 660	69 661	69 661	80 000	99 661
–74501	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen	nk	0	13 598	8 349	10 701	4 349	8 015	8 850	11 222
–86101	Investitionsdarlehen für Schienenwege (Umwandlungsklausel in Zuschuss)	nk	608 871	94 500	95 019	10 000	0	0	0	25 000
–89101	Investitionszuschuss für Schienenwege	nk	1 984 487	2 508 158	2 129 916	37 288	69 763	1 023 621	1 237 300	1 019 108
–89102	Hilfe zur Nachholung von Investitionen im Bereich der ehemaligen Deutschen Reichsbahn		735 156	0	0	0	0	0	0	0
–89103	Zuschuss von der EU für Investitionen in Transeuropäische Verkehrsnetze		11 331	109 616	38 373	90 937	77 215	56 802	61 476	143 019
–89104	Baukostenzuschüsse des EFRE		0	36 060	85 283	90 219	47 770	111 541	167 960	159 784
–89105	Zuschuss zur Lärmsanierung an Schienenwegen		7 158	50 980	73 609	80 492	100 000	90 575	94 749	99 006
89109	Seehafenhinterlandverkehr zur Beseitigung von Engpässen im Güterverkehr		0	0	25 000	50 000	30 000	45 000	31 600	49 540
–89197	Baukostenzuschuss für d. Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes		0	114 000	0	0	0	0	0	0
89198	Baukostenzuschuss für die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes (2 Mrd. € Programm)		0	0	280 000	0	0	0	0	0
Tgr.1	Infrastrukturbeitrag des Bundes für die Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	nk	0	0	0	2 500 146	1 500 198	2 500 437	2 500 377	2 751 356
1226–89281	Zuschuss an d. DBAG für die S-Bahn-Linie in Berlin		18 274	7 784	1 225	775	0	0	0	0
3006–	Forschung u. Entwicklung,									
68340	Mobilität und Verkehr		33 936	43 030	0	0	0	0	0	0
89240	Bodengebundener Transport und Verkehr, Investitionszuschüsse		15 881	0	0	0	0	0	0	0
68341	Forsch. u. Entwicklung in d. Meerestechnik u. Schifffahrt		13 103	10 511	0	0	0	0	0	0
0901–	Maritime									
68312	Technologien	SB	0	0	0	0	5 548	5 409	6 454	6 454
dito	dito, Diff. z. Gesamtansatz		0	0	18 676	22 127	29 418	22 194	21 634	24 829
0901–	Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft		0	0	0	0	0	319	426	1 000
0901–										
68311	Verkehrstechnologien		0	0	43 425	44 382	47 676	42 383	40 024	43 002
	Zusammen		10 750 323	9 333 796	8 758 496	10 086 213	9 149 419	9 910 327	10 146 592	10 405 374
5)	<i>Wohnungsvermietung</i>									
1225–	Zuschüsse f. Forschung z. experimentellen Städtebau		5 590	0	834	0	0	0	0	0
Tgr.04										
–66101	Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnungsbauprogramms der KfW		76 949	0	0	0	0	0	0	0
–66102	Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnraummodernisierungsprogramms der KfW für die neuen Länder		690 244	460 163	153 388	76 693	32 213	0	0	0

noch *Tabelle A1*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
–66103	CO ₂ -Minderungsmaßnahmen im Wohnbestand der alten Länder	8 436	5 500	0	0	0	0	0	0	0
–66104	Zinszuschüsse für Wohnraum-Modernisierungsprogramm der KfW	0	17 755	14 750	13 875	16 230	11 850	4 775	0	0
–66105	Zuschüsse im Rahmen des Programms „Niedrigenergiehaus im Bestand“	0	2 250	103 750	69 000	32 250	18 750	16 700	13 100	29 000
–66106	KfW-Wohnraummodernisierungsprogramm 2003	0	46 774	17 500	0	0	0	0	0	0
66107	Zinszuschüsse an KfW für Gebäudesanierungsprogramm zur CO ₂ -Minderung	0	0	130 506	312 713	514 558	677 940	750 392	664 404	700 580
–66123	Sozialer Wohnungsbau, öffentliche Wohnungsbauunternehmen	5 720	0	0	0	0	0	0	0	0
–66197	Zinszuschüsse an KfW für Gebäudesanierungsprogramm zur CO ₂ -Minderung	0	204 531	0	0	0	0	0	0	0
66108	Für Programm "senioren-gerechtes Wohnen"	0	0	0	88	5 148	5 052	9 516	9 523	10 000
66109	Investitionsoffensive für strukturschwache Kommunen (Energieeinsparung etc.)	0	0	0	124	6 070	22 537	26 280	17 450	13 250
–68601	Aufwendungen f. Wettbewerbe u. ä. im Wohnungs- und Städtebau	0	159	169	177	266	172	88	114	100
68602	Für Steigerung der Energieeffizienz und für verbesserten Klimaschutz im Gebäudereich	0	0	2 500	4 196	4 611	2 496	0	0	0
–68603	EU- Gemeinschaftsinitiative INTERREG (Raumentwicklung)	0	151	165	244	223	240	219	132	292
–68604	Initiative Architektur und Baukultur	0	187	130	637	1 754	299	556	429	204
–68605	Nationale Kofinanzierung von INTERREG	0	1 152	551	773	665	448	292	462	500
68606	Initiative kostengünstig qualitätsbewußt bauen	0	439	323	373	10	104	0	0	0
68607	Modellvorhaben zur Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft	0	0	4 259	6 773	0	0	0	0	0
68608	Investorenwerbung für die neuen Länder	0	0	4 984	5 459	0	0	0	0	0
68609	Nationale Kofinanzierung ESF-Programm Soziale Stadt	0	0	343	8 967	21 620	18 986	36 889	29 882	8 400
68681	Zuwendungen für Antragsforschung im Baubereich	0	0	0	4 435	0	0	0	0	0
89101	An KfW für Gebäudesanierungsprogramm zur CO ₂ -Minderung	0	0	8 014	44 539	120 004	60 699	31 321	31 062	7 130
89102	Für Programm "altersgerechtes Bauen"	0	0	0	0	498	3 710	3 169	1 435	1 440
89301	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz	nk	450 625	492 736	458 069	440 112	514 548	434 685	385 560	357 483
89351	Pilotprojekte Stadtentwicklungspolitik	0	0	651	1 562	1 779	2 010	1 386	0	0
0807– 69801	Kostenbeteiligung f. Schadstoffbeseitigung in ehemals bundeseigenen Wohnungen	8 922	0	0	0	0	0	0	0	0
–71839	Förderung der Energieeinsparung/Modernisierung in Wohngebäuden des Bundes	14 652	33	0	0	0	0	0	0	0
3006– 68302	Zuweisung Forschung, Bauen, Wohnen	3 988	5 155	0	0	0	0	0	0	0

noch *Tabelle A1*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
1225– Tgr.03	Wohnungsfürsorge für Angehörige der Bundeswehr und Bundesverwaltung, ohne Darlehen	6 812	677	1 598	2 956	3 398	2 585	1 137	5 353	3 315
67102	Vergütungen an die KfW für die Wahrnehmung von Aufgaben des Bundes bei der Durchführung des Altschuldenhilfegesetzes	14 500	0	0	0	0	0	0	0	0
dito	dito, Diff. z. Gesamtansatz	0	1 592	1 106	1 107	1 107	720	652	600	0
Tgr.6	Experimenteller Städtebau	0	0	0	13 824	6 938	6 963	6 360	4 561	5 466
Tgr.8	Forschung auf den Gebieten der Raumordnung, des Städtebaus sowie des Bau- und Wohnungswesens	0	0	0	0	9 920	11 795	11 690	12 895	17 205
1226– Tgr.06	Wohnungsfürsorge in Berlin u. Bonn (Verlagerung von Parlaments- u. Regierungsfunktionen), ohne Darlehen	30 275	6 208	3 787	3 185	2 767	3 054	1 150	1 450	3 077
1227– Tgr.02	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau	0	6 232	12 029	0	0	0	0	0	0
Tgr.03	Forschung auf den Gebieten der Raumordnung, des Städtebaus sowie des Bau- und Wohnungswesens	0	3 221	10 372	10 142	0	0	0	0	0
Zusammen		1 316 713	1 254 915	929 778	1 021 954	1 296 577	1 285 095	1 288 132	1 150 335	1 099 959
6)	<i>Luft- und Raumfahrzeugbau</i>									
0902– 89294	Forschungsförderung von Technologievorhaben der zivilen Luftfahrtindustrie	0	0	30 300	27 073	38 833	0	0	0	0
0901– 66231	Finanzierungshilfen für den Absatz von zivilen Flugzeugen incl. Triebwerken	14 314	800	–2 310	35 000	41 000	5 980	139	93	200
0901– 66232	Absicherung des Ausfallrisikos im Zusammenhang mit Darlehen z. Finanzierung v. Entwicklungskosten	0	0	0	10	474	1 033	1 211	1 411	6 500
0901– 68331	Forschungsförderung von Technologievorhaben der zivilen Luftfahrtindustrie	46 754	38 034	53 923	51 039	68 620	129 642	121 172	127 517	157 300
Zusammen		61 068	38 834	81 913	113 122	148 927	136 655	122 522	129 021	164 000
7)	<i>Abfall</i>									
1607	Defizit Endlagerung radioaktiver Abfälle	22 940	84 965	88 886	167 666	153 210	178 960	155 663	201 537	227 540
Zusammen		22 940	84 965	88 886	167 666	153 210	178 960	155 663	201 537	227 540
8)	<i>Sonstige Sektoren</i>									
0820– Tgr.02	Energiewerke Nord GmbH	142 146	121 060	111 000	107 700	98 300	104 300	102 495	87 451	76 700
0902– 68201	Finanzierungsbeiträge an die EXPO 2000 Hannover	230 081	0	0	0	0	0	0	0	0
68286	Zuschuss an das IIC (Industrial Investment Council - The New Länder GmbH)	0	2 386	0	0	0	0	0	0	0
–68501	Bundesanteil an den Kosten des deutschen Pavillons auf der EXPO 2000	45 955	0	0	0	0	0	0	0	0
–68651	Zuschuss an den Rat für Formgebung	256	169	0	0	0	0	0	0	0
–67101	Maßnahmen zur Sicherung der Mineralölversorgung	10 226	3 568	0	308	0	0	0	0	0
–68406	Zahlung an die Kommission Arbeitsschutz und Normung in der EU	0	795	0	0	0	0	0	0	0
–68407	Zahlung an die Initiative „Neue Qualität der Arbeit“	0	2 617	0	0	0	0	0	0	0

noch *Tabelle A1*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
–68602	Zahlung an die Institute für Rationalisierungsförderung und Mittelstandsforschung	0	0	0	0	0	5 758	5 758	6 012	6 051
–68602	ditto, Diff. z. Gesamtansatz	7 627	6 200	12 573	7 045	6 975	1 217	3 430	3 563	3 867
–68657	Förderung d. Normenwesens u. d. Gütekennzeichnung	2 864	3 388	0	0	0	0	0	0	0
–68604	Berufliche Bildung für den Mittelstand – Lehrlingsunterweisung	40 896	36 680	47 338	45 903	47 431	46 419	43 400	42 245	45 100
–68563	Förderung der Leistungssteigerung im Handel	4 735	0	0	0	0	0	0	0	0
–Tgr.7	Zahlung an Verbraucherschutzinstitutionen	15 103	0	0	0	0	0	0	0	0
–68612	Förderung der Leistungssteigerung im Tourismus	2 702	1 450	1 440	1 470	1 889	1 065	0	0	0
68617	F&E Elektromobilität	0	0	0	0	0	2 218	0	0	0
0904–	Aufwendungen für die Deutsche Zentrale für Tourismus e.V.	20 452	24 467	25 473	25 262	28 451	27 213	27 713	28 275	28 361
0901–	Zuschüsse zu den Umstellungskosten aus der Freigabe von Frequenzen	0	0	0	0	0	88	884	674	9 788
0910–	Zuschüsse für Investitionen an Unternehmen f. Maßnahmen nach dem Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz (PTSG)	0	0	562	562	0	0	0	0	0
89101	Zuschüsse für Investitionen an Unternehmen für Maßnahmen nach dem Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz (PTSG)	0	0	128	128	0	0	0	0	0
1010–	Förderung von Informationsveranstaltungen und Tagungen (Landwirtschaft)	1 199	1 010	971	878	874	927	866	930	1 100
1002–	Zuschüsse an die Vertretung der Verbraucher	0	8 766	8 700	8 700	8 700	8 700	8 729	9 444	9 444
1002–	Zuschuss an die Stiftung Warentest	0	6 500	6 000	6 000	5 500	4 000	3 500	5 495	5 500
1002–	Erhöhung des Stiftungskapitals d. Stiftung Warentest	0	0	0	0	20 000	20 000	10 000	0	0
1002–	Zahlung an die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V.	0	2 020	2 229	2 478	2 482	2 350	2 645	3 188	3 624
1002–	Information der Verbraucher	0	10 584	12 849	16 415	16 142	15 955	16 101	17 108	25 000
68404	An die deutsche Stiftung für Verbraucherschutz	0	0	0	0	0	10 000	0	0	0
–Tgr.02	Förderung von Messen, Ausstellungen; landwirtschaftliche Verbraucherberatung	7 059	0	0	0	0	0	0	0	0
3002–	Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten	62 678	29 209	29 000	46 000	43 000	40 000	40 000	40 000	40 000
89320	Bundesinstitut für Berufsbildung	28 525	27 088	27 877	28 554	29 658	28 118	35 620	33 711	39 604
3208–	Inanspruchnahme aus Bürgschaften, Garantien, Gewährleistungen	nk	2 346 085	1 355 177	684 444	600 508	804 605	0	0	0
87101	inlandsbezogene Gewährleistungen	nk	0	0	0	0	293 582	427 192	265 711	600 000
87201	auslandsbezogene Gewährleistungen	nk	0	0	0	0	503 294	373 709	329 797	700 000
Zusammen		2 968 589	1 643 134	970 584	897 911	1 114 007	1 115 204	1 102 042	873 604	1 594 139
Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt		22 192 326	16 250 307	15 052 190	16 025 799	15 668 245	16 260 493	16 060 110	16 022 457	17 073 500

noch *Tabelle A1*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
II.	Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen									
1)	<i>Regional- und Strukturpolitik</i>									
3004–68510	Förderung innovativer Regionen in den neuen Ländern	8 755	74 451	91 963	121 924	142 912	145 682	140 072	129 405	146 000
	Zusammen	8 755	74 451	91 963	121 924	142 912	145 682	140 072	129 405	146 000
2)	<i>Umweltpolitik und rationelle Energieverwendung</i>									
1602–89201	Zuweisung für Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen SB	16 511	10 692	14 742	19 734	24 153	28 167	19 680	15 598	25 351
68301	Zuschüsse zur Förderung der Aufarbeitung von Altöl zu Basisöl	0	782	0	0	0	0	0	0	0
–89604	Vermind. Grenzüberschreitender Umweltbelastung	4 309	2 288	231	405	1 365	1 610	68	166	2 640
–68624	Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien SB	48 433	131 238	247 744	504 785	405 989	286 831	360 577	287 400	335 700
–68697	F.u.E. umweltschonender Energieformen im Bereich der nichtnuklearen Energieforschung (0902–68697)	0	18 140	0	0	0	0	0	0	0
–89221	Investitionszuschüsse: erneuerbare Energien (0902–89221)	0	39 591	50 547	47 498	59 464	53 856	54 446	57 879	70 000
–89222	Förderung v. Photovoltaikanlagen durch ein „100 000 Dächer-Solarstrom-Programm“ (0902–89222)	2 131	24 336	17 840	27 210	6 857	3 772	1 668	2 056	0
–68321	Forschungs- u. Entwicklungsvorhaben: Erneuerbare Energien, Teilbereich: "250 Megawattwind", Ansatz im Subventionsbericht	57 748	28 084	53 366	62 055	60 738	73 001	86 507	88 618	88 366
1602–68101	Zuschüsse zum Kauf von Partikelfiltern SB	0	0	0	19 788	47 694	9 522	29 361	29 629	0
0902–89221	Investitionszuschüsse: Rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik	46 900	19 816	37 164	34 735	39 696	0	0	0	0
0902–68635	Unterstützung des Exports v. Technologien im Bereich erneuerbarer Energien	0	9 004	13 133	15 493	19 281	0	0	0	0
0903–68301	F.u.E.: rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik	69 648	41 994	59 166	74 799	78 580	117 004	120 784	112 959	122 494
0903–68631	Steigerung der Energieeffizienz	0	0	0	0	0	12 700	12 753	19 900	19 900
ditto	ditto, Diff. z. Gesamtansatz	4 751	8 090	11 593	25 732	19 556	8 960	8 365	808	10 000
0903–89201	Explorationsprogramm SB	0	0	0	0	0	0	0	12	7 500
3004–68542	Umwelttechnologien und Nachhaltigkeit	0	120 546	124 634	127 934	128 652	119 403	138 380	132 630	133 526
3007–68350	Umweltgerechte nachhaltige Entwicklung, F.u.E.	131 929	0	0	0	0	0	0	0	0
–89250	Umweltgerechte nachhaltige Entwicklung, Investitionen	28 062	0	0	0	0	0	0	0	0
	Zusammen	410 422	454 601	630 160	960 168	892 025	714 826	832 589	747 655	815 477

noch *Tabelle A1*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
3)	<i>Beschäftigungspolitik</i>									
68671	Verwendung v. Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds zu lfd. Maßnahmen	0	450 014	0	0	0	0	0	0	0
0912– 68106	Arbeitnehmerhilfe	2 123	30	0	0	0	0	0	0	0
68501	Sonderprogramm des Bundes zum Einstieg arbeitsloser Jugendlicher in Beschäftigung und Qualifizierung	0	696	0	0	0	0	0	0	0
–68601	Förderung der Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik	23 936	0	0	0	0	0	0	0	0
68651	Förd. der Erprobung u. Entwicklung innovativer Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	993	8 703	0	0	0	0	0	0	0
–68603	Vermittlungszuschüsse	2 608	169	0	0	0	0	0	0	0
–68401	Förderung der beruflichen Integration und Beratung von Zuwanderern	0	5 017	0	0	0	0	0	0	0
–Tgr.04	Erstattung der Kosten für Strukturanpassungsmaßnahmen	416 547	0	0	0	0	0	0	0	0
68511	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	0	1 725 611	0	0	0	0	0	0	0
68561	Sonderprogramm d. Bundes - Arbeit f. Langzeitarbeitslose	0	9 268	0	0	0	0	0	0	0
1106– 68611	Verwendung v. Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds zu laufenden Maßnahmen	0	0	0	199 174	102 114	116 614	206 204	210 260	0
1006– 68612	Verwendung nicht abgeforderter ESF-Mittel	0	0	0	0	10 000	20 508	–287	0	0
1006– 68653	Kofinanzierung der ESF-Bundesprogramme	0	0	1 157	78 739	101 160	128 933	47 461	38 825	51 500
1006– 68621	Aus dem Europäischen Globalisierungsfonds EFG	0	0	0	0	0	0	8 452	0	0
1006– 68622	Kofinanzierung für EFG	0	0	0	0	0	0	12	0	0
1101– 68121	Bundesprogramm Kommunalkombi	0	0	18 467	0	0	0	0	0	0
68301	Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser	313 947	0	0	0	0	0	0	0	0
–68401	Förderung der beruflichen Integration und Beratung von Zuwanderern	0	0	6 739	6 405	6 994	7 011	6 729	7 000	7 000
68602	Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher	0	0	8 137	0	0	0	0	0	0
68511	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	0	0	2 741 608	2 476 419	2 354 983	1 535 000	942 000	755 000	700 000
68612	Beschäftigungspakte für ältere Arbeitnehmer	0	0	118 338	0	0	0	0	0	0
–89310	Sachkostenzuschüsse für Träger von Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen	16 766	0	0	0	0	0	0	0	0
	Zusammen	776 920	2 199 508	2 894 446	2 760 737	2 575 251	1 808 066	1 210 571	1 011 085	758 500
4)	<i>Förderung von Qualifikation</i>									
0902– 89301	Förderung überbetrieblicher Fortbildungseinrichtungen der gewerblichen Wirtschaft und des sonstigen Dienstleistungsbereichs	35 339	23 941	23 714	25 585	24 110	24 291	28 064	28 759	29 000
1107– 54404	Für Sicherung des Arbeitskräftebedarfs	0	0	0	0	0	0	1 653	1 679	3 500
1107– 54406	Fachkräfte-Offensive	0	0	0	0	0	0	912	2 413	2 500

noch *Tabelle A1*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
3002– 68111	Begabtenförderung in der beruflichen Bildung	13 514	14 578	19 193	24 354	34 911	38 565	42 184	44 497	44 000
–68121	Förderung des internationalen Austauschs und der Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	6 078	3 973	4 597	7 476	10 242	11 269	11 714	12 612	10 778
–68120	Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung	0	122 696	122 259	140 496	148 820	169 540	166 553	174 291	186 500
–68601	Sonderprogramm Lehrstellenentwickler und Regionalverbünde Berufsbildung in den neuen Ländern	10 318	0	0	0	0	0	0	0	0
–68505	Fördermaßnahmen berufliche Weiterbildung	11 638	0	0	0	0	0	0	0	0
68520	Innovationen und Strukturentwicklungen in der beruflichen Bildung	0	48 301	34 702	44 013	50 366	101 147	91 028	86 272	87 537
–68502	Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern	103 220	0	0	0	0	0	0	0	0
68542	Weiterbildung und lebenslanges Lernen	0	43 676	40 126	38 510	47 548	60 430	77 303	60 192	39 542
68521	Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung	0	0	1 402	9 957	18 643	35 258	59 981	65 864	65 000
	Zusammen	180 107	257 165	245 993	290 391	334 640	440 500	479 392	476 579	468 357
5)	<i>Förderung von Innovationen etc.</i>									
3004 – 68316	Information und Kommunikation - Anwendungen	43 460	0	0	0	0	0	0	0	0
	Zusammen	43 460	0	0	0	0	0	0	0	0
6)	<i>Mittelstandsförderung</i>									
0602– 68642	Investorenwerbung u. Förderung v. Marktstrategien zur Standortsicherung von KMU in den neuen Ländern	0	0	0	0	4 855	5 729	5 078	5 509	6 000
0902– 68350	Beteiligung am Innovationsrisiko von Technologieunternehmen (ab 2005 in 66201 enthalten)	49 444	0	0	0	0	0	0	0	0
0902– 66201	Beteiligung am Innovationsrisiko von Technologieunternehmen nach 24. SB	0	0	0	0	0	8 410	4 538	8 500	3 900
0902– 68354	Förderung von innovativen Netzwerken	1 714	17 750	0	0	0	0	0	0	0
0902– 68356	Unterstützung des neuen Förderwettbewerbs „Netzwerkmanagement Ost“	0	6 200	0	0	0	0	0	0	0
0902– 68360	Fehlbedarfsdeckung im Rahmen des Kreditversicherungsprogramms	0	0	0	0	107	0	0	0	0
0902– 68607	Innovative Unternehmensgründungen	0	0	0	0	0	35 038	28 000	20 000	5 000
0902– 68607	Investitionszuschuss Wagniskapitel	0	0	0	0	0	0	0	30 000	39 000
ditto	ditto, Diff. z. Gesamtansatz	0	5 000	48 537	64 036	62 314	33 718	39 038	13 436	33 000
0902– 68608	Förderung unternehmerischen Know-hows	0	0	0	0	0	0	61 532	77 325	39 177
0902– 68654	F.u.E. in den neuen Bundesländern, ab 2004: Förderung innovativer Wachstumsträger, Ansatz nach Subventionsbericht	122 741	93 479	97 051	0	0	0	0	0	0
0902– 68658	Leistungssteigerung der technisch-ökonomischen Infrastruktur zu Gunsten der deutschen Wirtschaft, insbesondere KMU	0	1 017	0	0	0	0	0	0	0

noch *Tabelle A1*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
0902– 66261	Zinszuschüsse u. Erstattungen v. Darlehensausfällen im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms zur Förderung selbständiger Existenzen	293 992	0	0	0	0	0	0	0	0
0902– 66202	Zinszuschüsse des ERP-Innovationsprogramms zur Förderung des Mittelstandes	0	34 600	15 890	40 680	55 920	56 300	60 100	64 100	63 100
0902– 68605	Fachkräftesicherung für KMU	0	0	0	0	0	0	13 963	16 732	14 470
0902– 68606	Potenziale in der Dienstleistungswirtschaft	0	0	0	0	0	0	5 469	6 042	5 120
0902– 68161	Förderung der berufl. Aufstiegsfortbildung (KMU)	35 170	0	0	0	0	0	0	0	0
0902– 68556	Anschubfinanzierung	0	0	0	581	3 081	0	0	0	0
0902– 68660	Existenzgründungsberatung sowie allg. Beratung sowie Information und Schulung	6 074	32 933	34 864	40 984	44 818	77 563	0	0	0
0902– 68661	Förd. d. Leistungssteigerung in KMU und freien Berufen	20 124	3 370	3 396	3 359	3 774	2 411	0	0	0
0902– 68666	Förderung der Innovationsfähigkeit der KMU und des Technologietransfers	7 891	5 496	0	0	0	0	0	0	0
0902– 68567	Förderung der berufl. Qualifikation des Mittelstandes in den neuen Ländern	989	0	0	0	0	0	0	0	0
0902– 68667	Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher	0	40 272	0	0	0	0	0	0	0
0902– 68667	Fachkräftesicherung für KMU	0	0	0	0	0	8 135	0	0	0
0902– 68668	Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen durch Kammern	0	0	2 820	3 260	3 351	0	0	0	0
3002– 68505	Subventionsäquivalent aus: "Strukturelle Innovation in Bildung und Forschung" - KMU-Patentaktion	0	1 600	0	0	0	0	0	0	0
0905– 68501	Aus Subventionsbericht: KMU-Patentaktion	0	0	0	0	0	2 657	2	36	4
0901– 68321	Entwicklung konvergenter Informations- und Kommunikationstechnik	20 030	26 630	30 468	34 308	43 391	42 257	46 129	40 442	42 000
0901– 68301	Innovationsförderung, zentrales Innovationsprogramm Mittelstand	0	0	0	0	0	269 400	353 000	382 600	385 106
dito 0901– 68302	dito, Diff. z. Gesamtansatz	125 298	126 196	247 700	319 634	302 501	68 405	117 568	125 573	128 368
dito 0901– 68601	Innovationsberatung	0	0	0	0	0	7 900	6 500	13 200	13 200
dito 0901– 68601	dito, Diff. z. Gesamtansatz	0	249	11 235	10 689	12 639	13 637	9 211	8 522	17 200
0901– 68622	Förderung der industriellen Gemeinschaftsforschung und -entwicklung	87 938	101 038	123 383	193 619	192 093	192 533	197 157	195 992	204 000
0901– 68622	Informationstechnik – Anwendungen in d. Wirtschaft	8 428	12 879	17 514	19 039	17 387	1 852	1 902	1 952	1 800
dito 0901– 68623	dito, Diff. z. Gesamtansatz	0	0	0	0	0	12 157	9 126	17 288	16 200
0901– 68421	Potenziale der digitalen Wirtschaft	0	0	0	0	0	0	0	0	7 000
0901– 68421	IKT-Infrastrukturen, Breitband	0	0	0	0	0	0	6 639	1 534	2 000
0901– 68501	Technologie- und Innovationstransfer	0	1 900	18 449	21 100	24 997	23 912	20 947	21 689	29 686
0910– 66201	Abwicklung von Altprogrammen	0	0	0	0	0	78 700	43 809	24 323	12 218
dito	dito, Diff. z. Gesamtansatz	0	398 772	269 716	209 726	143 879	8 407	4 538	–3 702	3 900
Zusammen		779 833	909 381	921 023	961 015	915 107	949 121	1 034 246	1 071 093	1 071 449

noch *Tabelle A1*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
7)	<i>Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen</i>									
0902–	Förderung des Absatzes									
68682	ostdeutscher Produkte	9 254	2 250	1 725	0	0	0	0	0	0
68380	Für Teilnahme junger Unternehmen auf internationalen Leitmessen in Deutschland	0	0	1 779	2 323	2 999	0	0	0	0
–53281	Bundesbeteiligung an Auslands-messen u. –ausstellungen d. gewerbl. Wirtschaft	33 643	34 394	36 995	42 028	38 371	0	0	0	0
–68383	Vorbereitende Maßnahmen für Auslandsprojekte	0	1 072	38	984	1	0	0	0	0
68663	Institution eines Kreditmediators für die Beratung suchenden Unternehmen	0	0	0	80	1 701	1 738	0	0	0
68683	Darstell. d. Wirtschaftsstandorts Deutschland im Ausland	0	7 410	0	0	0	0	0	0	0
1107–	Maßnahmen der Europäischen Allianz für die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen (CSR)	0	0	392	254	200	895	429	413	430
0904–	Wirtschaftsbeziehungen m. d. Ausland, Standortmarketing	31 888	27 135	41 807	54 947	54 121	53 219	51 618	54 982	56 914
0904–	Erschließung von									
68705	Auslandsmärkten	0	0	0	0	0	23 979	23 338	26 500	26 500
ditto	ditto, Diff. z. Gesamtansatz	0	0	0	0	0	50 962	53 099	54 067	54 500
0904–	Bundesbeteiligungen an Weltausstellungen im Ausland	0	5 750	9 000	15 269	27 605	6 071	6 674	7 748	16 171
	Zusammen	74 785	78 011	91 736	115 885	124 998	136 864	135 158	143 710	154 515
	Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt	2 274 282	3 973 117	4 875 321	5 210 120	4 984 933	4 195 059	3 832 028	3 579 527	3 414 298
III.	Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen (I + II)	24 466 608	20 223 424	19 927 511	21 235 919	20 653 178	20 455 552	19 892 138	19 601 984	20 487 798
IV.	Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck									
1)	<i>Krankenhäuser, Gesetzliche Krankenversicherung, Gesundheitswesen</i>									
0902–	Förd. d. Leistungssteigerung in d. Gesundheitswirtschaft	0	0	0	0	68	430	0	0	0
68601	Einrichtung, Erweiterung etc. von Rehabilitationseinrichtungen	17 393	3 664	0	0	0	0	0	0	0
1502–	Sicherung der Qualität des Gesundheitswesens	0	0	0	475	599	392	575	574	400
89351	Zusätzlicher Bundeszuschuss an die GKV	0	0	0	0	0 2 000 000	0	0	0	0
68404	Modellmaßnahmen zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger	0	0	1 047	1 034	408	290	448	624	900
1502–	Abgeltung versicherungsfremder Leistungen	0 2 500 000	2 500 000	7 200 000	11 800 000	13 300 000	14 000 000	11 500 000	10 500 000	
63606	Förderung der freiwilligen privaten Pflegevorsorge	0	0	0	0	0	0	0	0	100 000
68101	Verbände des Gesundheitswesens	753	628	3 494	3 444	3 247	3 032	2 829	2 723	2 873
–68406										
	Zusammen	18 146	2 504 292	2 504 541	7 204 953	11 804 322	15 304 144	14 003 852	11 503 921	10 604 173

noch *Tabelle A1*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
2)	<i>Kindertagesstätten, Kinderkrippen</i>									
0201– Tgr.09	Kosten d. Kindertagesstätte des Bundestages	919	1 217	1 386	1 420	1 546	1 549	1 507	1 329	1 884
	Zusammen	919	1 217	1 386	1 420	1 546	1 549	1 507	1 329	1 884
3)	<i>Theater, Museen, Medien, sonstige Kulturanbieter</i>									
0101– 68401	Zuschuss an die deutsche Künstlerhilfe	1 585	2 944	3 048	2 100	3 162	3 282	3 284	3 371	2 300
0502– 68507	Einladung publizistisch und kulturpolitisch wichtiger Per- sönlichkeiten des Auslands	4 142	2 746	2 984	3 722	3 245	2 723	3 496	3 554	3 660
"0405	Angelegenheiten d. Kultur u. der Medien (ohne Zahlungen an Länder, an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und an die Deutsche Bibliothek)	255 724	0	0	0	0	0	0	0	0
–Tgr.01	Allgemeine kulturelle Angelegenheiten (ohne Zahlungen an Länder)	0	69 340	92 173	100 626	92 361	103 549	131 522	132 323	80 977
–Tgr.02	Kulturförderung im Inland (ohne Zahlungen an Länder)	0	156 986	188 803	252 927	256 684	268 147	299 696	323 354	311 631
68594	Rundfunk-Orchester und Chöre GmbH	0	0	9 770	0	0	0	0	0	0
68322	Anreizprogramm zur Stär- kung der Filmproduktion SB	0	0	60 000	59 783	57 010	59 992	52 718	53 602	70 000
	Korrekturposten (in Tgr.2 enthalten)	0	0	–60 000	–59 783	–57 010	–59 992	–52 718	–53 602	–70 000
89221	Digitalisierung des Kinos SB	0	0	0	0	0	4 281	7 220	6 000	0
	Korrekturposten (in Tgr.2 enthalten)	0	0	0	0	0	–4 281	–7 220	–6 000	0
–Tgr.05	Förderung deutscher Künstler	0	2 783	2 503	3 463	3 579	3 353	3 459	5 679	3 025
–Tgr.07	Förd. kultureller Maßnahmen im Rahmen des § 96 BVFG und kulturelles Eigenleben fremder Volksgruppen	0	13 391	14 191	15 019	14 344	14 089	14 390	16 758	21 812
–68583	Rundfunk-Orchester und Chöre GmbH	0	10 103	0	0	0	0	0	0	0
–68586	Zuschüsse an kulturelle Einrichtungen in Berlin	0	0	0	0	0	0	0	0	0
–68587	Zuschüsse an kulturelle Einrichtungen in Berlin	0	33 062	0	0	0	0	0	0	0
–89487	Zuschüsse an kulturelle Einrichtungen in Berlin	0	4 807	0	0	0	0	0	0	0
"0407	Bundesinstitut für Kultur u. Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Defizit	1 550	814	827	923	982	966	1 009	984	1 024
0504– 68715	Medien-Programme einschließlich bildende und darstellende Kunst	38 718	37 099	28 188	29 805	23 275	18 363	23 540	16 862	19 490
–68717	Internationale Aktivität gesellschaftlicher Gruppen	21 497	10 647	9 640	13 051	11 535	11 268	11 044	11 447	10 220
0902– 68670	Umsetzung kreativwirt- schaftlicher Konzepte in der Kultur- u. Kreativwirtschaft	0	0	0	2 400	3 809	3 240	0	0	0
1225– 68501	An die Bundesstiftung "Baukultur"	0	0	868	1 067	1 219	1 250	1 255	1 268	1 271
1226– 72601	Baumaßnahmen am deut- schen historischen Museum	0	0	0	415	77	0	0	0	0
	Zusammen	323 216	344 722	352 995	425 518	414 272	430 230	492 695	515 600	455 410
4)	<i>Kirchen, Religionsgemein- schaften</i>									
0602– 68506	Kirchentage	473	7 900	500	950	1 000	400	400	400	400
–68504	Förd. der jüdischen Gemein- schaft und der christlich- jüdischen Zusammenarbeit	2 162	5 257	7 254	7 210	7 270	7 268	12 266	12 247	12 432

noch *Tabelle A1*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
1102– 68703	Förderung des sozialen Dialogs mit den Sozial- partnern aus den EU- Beitrittsländern	0	0	1 331	0	0	0	0	0	0
1006– 68705	Internationale Landwirt- schaftsorganisationen	35 508	31 807	31 001	32 048	32 680	32 430	32 116	32 469	32 513
1010– 68401	Zuschüsse an landwirt- schaftliche Organisationen außerhalb der Bundes- verwaltung	15 242	15 659	15 097	16 035	16 484	16 700	15 857	16 512	16 411
1010– 89301	Zuschüsse an landwirt- schaftliche Organisationen außerhalb der Bundes- verwaltung (Investitionen)	0	0	0	0	0	0	345	421	391
1202– 89401	Zuschuß und Erweiterungs- bau des meereskundlichen Museums in Stralsund	0	3 899	5 000	0	0	0	0	0	0
1502– 68502	Deutsche Gesellschaft für Ernährung	1 841	0	0	0	0	0	0	0	0
–68501	Zuschüsse an Informations- und Dokumentations- einrichtungen	327	0	0	0	0	0	0	0	0
"0906	Defizit, Bundesstelle für Außenhandelsinformationen	18 657	21 108	22 365	0	0	0	0	0	0
	Zusammen	192 601	193 866	211 066	215 632	223 709	203 543	195 818	194 078	190 187
	<i>Allokationsverzerrende Transfers und Zuwen- dungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck insgesamt</i>	<i>616 874</i>	<i>3 151 914</i>	<i>3 184 892</i>	<i>7 967 803</i>	<i>12 568 673</i>	<i>16 062 334</i>	<i>14 823 444</i>	<i>12 343 993</i>	<i>11 376 973</i>
V.	Finanzhilfen im weiteren Sinne insgesamt	25 083 482	23 375 338	23 112 403	29 203 722	33 221 851	36 517 886	34 715 582	31 945 977	31 864 771
VI.	davon nicht ohne weiteres kürzbar (nk)	12 361 058	10 689 644	8 290 911	9 419 333	8 575 131	10 229 528	10 524 010	10 519 305	11 458 588
	Summe der Posten, die auch im 24. Subventionsbericht enthalten sind (SB)						4 214 125	4 032 946	3 706 458	3 987 866
	Korrekturposten für Sammelpositionen im 24. Subventionsbericht						86 422	–8 092	–52 206	–14 970
VII.	Im 24. Subventionsbericht der Bundesregierung enthaltene direkte Finanzhilfen						4 300 547	4 024 854	3 654 252	3 972 896

Nk = nicht kürzbar; SB = im Subventionsbericht der Bundesregierung enthalten. — „0“ bedeutet einen positiven Betrag von weniger als der Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit.

Quelle: BMF [b, c]; eigene Berechnungen

Tabelle A2:

Indirekte Finanzhilfen des Bundes (Zahlungen an Länder)^a 2000–2014 (1 000 Euro)
(in Finanzhilfen der Länder enthalten)

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
1) Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
1003– Tgr.1	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur etc.“ (ohne Küstenschutz, Dorferneuerung, ohne Teile der Ausgaben f. Wasserwirtschaft und ohne Darlehen)	SB	610 600	483 600	461 611	437 344	435 389	372 784	374 410	400 500
	Dorferneuerung (1998 und 2000 und 2014 geschätzt)		70 000	62 499	50 000	52 982	52 017	34 827	33 853	36 799
	Zusammen		680 600	546 099	511 611	490 326	487 406	407 611	408 263	437 299
	<i>Nachrichtlich:</i>									
1003	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“		848 485	662 776	650 175	631 261	667 324	563 438	558 874	554 583
2) Verkehr										
6002– 88201	Für Investitionen im Bereich der Seehäfen		0	38 346	38 346	38 346	38 346	38 346	38 346	38 346
2010– 88201	Kostendrittel nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG)		16 761	0	0	0	0	0	0	0
88301	Kostendrittel nach § 13 Abs. 1 Satz 2 EKrG		57 009	0	0	0	0	0	0	0
88303	Kostendrittel nach § 13 Abs. 1 Satz 2 EKrG		55	0	0	0	0	0	0	0
1218– 88201	Ausgaben für kommunalen Straßenbau und Investitionsvorhaben des ÖPNV	nk	1 340 513	1 323 326	0	0	0	0	0	0
–88202	Ausgaben für Schieneninfrastruktur des ÖPNV		188 198	251 349	233 073	176 529	245 401	277 511	242 893	220 653
1222– 88201	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 EKrG, Baulast: Länder		0	18 270	14 372	20 605	18 219	19 380	21 768	16 983
–88301	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach § 3 Abs. 1 Satz 2 EKrG, Baulast: Kommunen		0	44 370	50 215	38 754	57 164	53 046	51 667	44 899
–88303	Zuschüsse nach § 17 EKrG		0	1	0	8	0	0	0	0
1226– 88281	Investitionszuweisungen gemäß Hauptstadtvertrag		0	0	0	0	12 242	11 250	5 000	7 750
6001– 03105	Zuweisungen an die Länder (Regionalisierungsmittel)	nk	6 772 757	7 053 100	6 675 000	6 775 125	6 876 752	6 979 903	7 084 602	7 191 871
	Zusammen		8 375 293	8 728 762	7 011 006	7 049 367	7 248 124	7 379 436	7 444 276	7 520 502
3) Wohnungsvermietung										
1225– 62203	Zinshilfe nach dem Altschuldenhilfegesetz – Abwicklung	nk	0	60	0	0	0	0	0	0
62202	Entlastung von Wohnungsunternehmen u. Zinshilfen nach dem Altschuldenhilfegesetz	SB	912	176 646	104 009	89 073	59 863	33 239	22 458	37 974
88204	Zuschuss an Länder zur Förd. von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf		10 149	0	0	0	0	0	0	0
88211	Förderung städtebaulicher Maßnahmen		0	21 015	0	0	0	18 804	119 272	221 718
88212	Förd. der Innenentwicklung der Städte und Gemeinden		0	0	2 476	11 632	26 428	34 068	39 784	31 196
–88213	Förd. städtebaulicher Sanierungs- u. Entwicklungsmaßnahmen in den alten Ländern		42 692	89 279	83 982	84 091	71 875	43 525	33 338	25 906
	Zusammen		42 692	89 279	83 982	84 091	71 875	43 525	33 338	25 906

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
88214	Zuschuss an Länder zur Förd. von Stadtteilen mit beson- derem Entwicklungsbedarf	0	57 786	99 776	107 748	104 123	67 507	67 642	45 501	14 251
88215	Für den Stadtumbau West	0	0	31 859	54 459	62 373	51 358	53 273	47 338	12 893
88216	Für den Stadtumbau Ost	0	0	106 982	98 252	105 291	103 066	85 841	59 014	14 251
-88217	Förderung städtebaul. Maß- nahmen in den neuen Ländern	263 365	300 439	100 263	95 754	79 140	52 298	36 190	17 900	4 072
88291	Investitionspakt Bund-Län- der-Gemeinden/Städtebau	0	0	3 920	48 246	128 921	126 911	100 756	66 196	0
88221	Zuweisungen für Investitionen in den alten u. neuen Ländern	0	17 621	0	0	0	0	0	0	0
-88225	Zuschüsse an die alten Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	482 236	148 320	0	0	0	0	0	0	0
	dito, Schuldendiensthilfen	3 300	0	0	0	0	0	0	0	0
-88228	Zuweisungen an die neuen Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	352 118	115 261	0	0	0	0	0	0	0
-88229	Zuweisungen an die Länder für Bauinvestitionen in Regionen mit erhöhter Wohnungsnachfrage	41 860	0	0	0	0	0	0	0	0
88266	Modellvorhaben experimen- teller Wohnungsbau	0	0	0	1 436	4 531	3 695	3 850	2 467	2 778
88292	Zuweisung z. Förderung von kleineren Städten u. Gemeinden	0	0	0	0	367	3 283	4 792	4 555	2 715
63202	Zahlung eines einmaligen Heizkostenzuschusses	0	42	0	32	0	0	0	0	0
88211	bis Städtebauförderung nach									
88218	Subventionsbericht SB	0	165 900	176 042	198 118	223 954	198 358	205 155	181 161	155 835
	Korrekturposten	0	-165 900	-176 042	-198 118	-223 954	-198 358	-205 155	-181 161	-155 835
	Zusammen	1 196 632	926 469	533 267	590 723	642 912	537 754	567 196	559 765	454 675
4) Regional- und Strukturpolitik										
0902-	Zuweisungen für betrieb-									
88281	liche Investitionen SB	0	500 200	516 336	439 998	418 507	373 802	411 241	407 956	398 407
-88282	Gemeinschaftsaufgabe „Ver- besserung der regionalen Wirt- schaftsstruktur“, Zuweisungen für betriebliche Investitionen an Bayern, Bremen, Hessen, Saarland, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland- Pfalz und Nordrhein-Westfalen	95 600	0	0	0	0	0	0	0	0
88288	Gemeinschaftsaufgabe „Ver- besserung der regionalen Wirt- schaftsstruktur“, Zuweisungen für betriebliche Investitionen an Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bran- denburg, Thüringen und Berlin	800 100	0	0	0	0	0	0	0	0
88282	Sonderprogramm der GA SB	0	0	0	60 431	28 540	30 580	0	0	0
88202	Zuschüsse aus Rückflüssen der GRW	0	0	0	0	0	0	20 314	0	0
88203	Zuweisungen an die neuen Länder sowie Berlin (Ost) für betriebliche Investitionen sowie wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen aus Zuschüssen des EFRE (nur für betriebliche Investitionen) Gemeinschaftsaufgabe „Ver- besserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – alte Länder, EFRE-Mittel (nur für betriebliche Investitionen)	331 328	357 845	104 291	138 123	81 118	163 638	146 785	76 119	0
		2 930	31 515	0	0	0	0	0	0	0
	Zusammen	1 229 958	889 560	620 627	638 552	528 165	568 020	578 340	484 075	398 407

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
<i>Nachrichtlich:</i>										
–88282	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – alte Länder	123 291	0	0	0	0	0	0	0	0
–88288	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – neue Länder	1 163 700	0	0	0	0	0	0	0	0
	Regionalförderung insgesamt (ohne EFRE)	1 286 991	637 859	848 866	912 216	713 750	592 281	550 917	506 310	569 153
5) Beschäftigungspolitik										
3002–	Sonderprogramm zur Schaffung zusätzl. Ausbildungsplätze in den neuen Ländern	0	77 793	59 740	48 590	32 069	15 903	5 511	1 284	0
63202	Zusammen	0	77 793	59 740	48 590	32 069	15 903	5 511	1 284	0
I.	Finanzhilfen zugunsten v. Unternehmen (1–5)	11 482 483	11 168 683	8 736 251	8 817 558	8 938 676	8 908 724	9 003 586	9 002 925	8 920 195
1)	Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen									
1502–	Förderung von Investitionen									
88201	in Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern	473 354	0	0	0	0	0	0	0	0
	Zusammen	473 354	0	0	0	0	0	0	0	0
2)	Theater, Museen, Medien, sonstige Kulturanbieter									
0405–	Zahlung an Länder für									
63222	Forschungseinrichtungen der blauen Liste (Museen)	10 436	11 673	13 449	0	0	0	0	0	0
–88221	Zahlung an Länder für									
	Forschungseinrichtungen der blauen Liste (Museen)	1 490	635	2 463	0	0	0	0	0	0
–63281	Förd. hauptstadtbedingter kultureller Maßnahmen und Veranstaltungen in Berlin	51 129	11 455	0	0	0	0	0	0	0
63211	Förd. hauptstadtbedingter kultureller Maßnahmen und Veranstaltungen in Berlin	0	0	11 665	11 635	11 655	11 655	11 655	11 655	11 655
–63381	Zuweisungen zu lfd. kulturellen Aufwend. der Stadt Bonn	35 790	5 113	0	0	0	0	0	0	0
63311	Zuweisungen zu lfd. kulturellen Aufwend. der Stadt Bonn	0	0	5 113	3 113	2 113	0	0	0	0
	Zusammen	98 845	28 876	32 680	14 748	13 768	11 655	11 655	11 655	11 655
3)	Sportförderung									
0602–	Errichtung, Erstausrüstung u.									
88211	Bauunterhaltung v. Sportstätten f. d. Hochleistungssport	34 758	23 627	19 800	17 890	19 717	18 810	14 152	16 310	15 810
–88213	Sonderförderprogramm „Goldener Plan Ost“	7 669	3 000	1 798	2 000	0	0	0	0	0
–88214	Sanierung und Modernisierung des Olympiastadions in Berlin und Umbau des Zentralstadions in Leipzig	17 384	2 634	100	0	0	0	0	0	0
	Zusammen	59 811	29 261	21 698	19 890	19 717	18 810	14 152	16 310	15 810
II.	Allokationsverzerrende Transfers u. Zuwendungen an private u. staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck insgesamt (1–3)	632 010	58 137	54 378	34 638	33 485	30 465	25 807	27 965	27 465
III.	Indirekte Finanzhilfen des Bundes im weiteren Sinne (I.–II.)	12 114 493	11 226 820	8 790 629	8 852 196	8 972 161	8 939 189	9 029 393	9 030 890	8 947 660

noch *Tabelle A2*

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
IV.	davon nicht ohne weiteres kürzbar (nk)	8 113 270	8 376 486	6 675 000	6 775 125	6 876 752	6 979 903	7 084 602	7 191 871	7 299 000
V.	Im 24. Subventionsbericht der Bundesregierung enthaltene indirekte Finanzhilfen (SB)						1 008 763	1 013 264	1 027 591	954 742
	<i>Nachrichtlich:</i>									
1218- 88203	Kompensationszahlung an die Länder wegen Beendigung d. Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrs- verhältnisse der Gemeinden	0	0	1 335 500	1 335 500	1 335 500	1 335 500	1 335 500	1 335 500	1 335 500
1225- 88202	Kompensationszahlung an die Länder wegen Beendigung d. Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung	0	0	518 200	518 200	518 200	518 200	518 200	518 200	518 200
	Zusammen	0	0	1 853 700	1 853 700	1 853 700	1 853 700	1 853 700	1 853 700	1 853 700
VI.	Indirekte Finanzhilfen des Bundes einschließlich Kompensationszahlungen	12 114 493	11 226 820	10 644 329	10 705 896	10 825 861	10 792 889	10 883 093	10 884 590	10 801 360

Nk = nicht kürzbar; SB = im Subventionsbericht der Bundesregierung enthalten. — ^a„0“ bedeutet einen positiven Betrag von weniger als der Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit.

Quelle: BMF [b, c]; eigene Berechnungen.

Tabelle A3a:

Subventionen im Jahr 2008 nach Sektoren oder Subventionszielen und nach gewährenden öffentlichen Haushalten (Mill. Euro)

	Bund	Länder und Ge- meinden	Übrige Haushalte ^a	Finanz- hilfen insgesamt	Steuer- vergünsti- gungen	Kostenfreie Emissions- rechte	Einnahme- verluste	Subven- tionen
<i>I. Sektorspezifische Subventionen zugunsten von Unternehmen</i>	15 052	21 229	5 101	41 382	24 436		24 436	65 818
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	1 926	2 376	5 101	9 403	626		626	10 029
Bergbau	2 273	695		2 968	1		1	2 969
Schiffbau	24	8		32				32
Verkehr	8 758	9 743		18 501	2 686		2 686	21 187
Wohnungsvermietung	930	3 368		4 298	6 399		6 399	10 697
Luft- und Raumfahrzeugbau	82	2		84				84
Wasserver- und -entsorgung, Abfall		1 604		1 604				1 604
Entsorgung radioaktiver Abfälle	89			89				89
Fremdenverkehr, Bäder		1 375		1 375				1 375
Sonstige Unternehmenssektoren	971	2 057		3 028	14 724		14 724	17 752
<i>II. Branchenübergreifende Subventionen zugunsten von Unternehmen</i>	4 875	4 931	4 415	14 222	8 559	9 012	17 571	31 793
Regionalpolitik, Strukturpolitik	92	2 377		2 469	1 355		1 355	3 824
Umwelt, rationelle Energieverwendung	630	270		900				900
Freistellung von Umweltpolitik						9 012	9 012	9 012
Beschäftigungspolitik	2 894	1 132	4 015	8 041				8 041
Förderung von Qualifikation	246	456		702				702
Förderung von Innovationen etc.		394		394				394
Mittelstandsförderung	921	90	400	1 411				1 411
Investitionsförderung		21		21				21
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	92	192		284				284
Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren					7 204		7 204	7 204
<i>III. Subventionen im engeren Sinne insgesamt (I. + II.)</i>	19 928	26 160	9 516	55 604	32 995	9 012	42 007	97 611
<i>IV. Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck</i>	3 185	29 215	1 035	33 435	20 347		20 347	53 782
Krankenhäuser, gesetzliche Krankenversicherung	2 505	4 014		6 519				6 519
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1	12 814	1 035	13 850				13 850
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	353	5 414		5 767				5 767
Kirchen, Religionsgemeinschaften	10	575		584	3 150		3 150	3 734
Pflegeeinrichtungen		182		182				182
Sport, Freizeit	105	3 801		3 907				3 907
Sonstige Empfänger	211	2 416		2 627				2 627
Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren					9 802		9 802	9 802
Sonstige haushaltsbezogene Steuervergünstigungen					7 395		7 395	7 395
<i>V. Subventionen im weiteren Sinne insgesamt (III. + IV.)</i>	23 112	55 375	10 551	89 038	53 342	9 012	62 354	151 392

^aEU, Bundesagentur für Arbeit, Sonderhaushalte des Bundes.

Quelle: BA (lfd. Jgg.); BMF [a, b, c]; Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2008); Eurostat (2014), Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg.); Matthes et al. (2011: 11–12, Tabellen 2 und 3); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle A3b:

Subventionen im Jahr 2005 nach Sektoren oder Subventionszielen und nach gewährenden öffentlichen Haushalten (Mill. Euro)

	Bund	Länder und Gemeinden	Übrige Haushalte ^a	Finanzhilfen insgesamt	Steuervergünstigungen	Kostenfreie Emissionsrechte	Einnahmeverluste	Subventionen
<i>I. Sektorspezifische Subventionen zugunsten von Unternehmen</i>	16 250	22 405	6 255	44 910	26 403		26 403	71 313
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	1 632	2 850	6 255	10 737	1 289		1 289	12 026
Bergbau	2 211	674		2 885	25		25	2 910
Schiffbau	52	52		103				103
Verkehr	9 334	10 648		19 982	2 388		2 388	22 370
Wohnungsvermietung	1 255	3 434		4 689	10 425		10 425	15 114
Luft- und Raumfahrzeugbau	39	6		45				45
Wasserver- und -entsorgung, Abfall		1 463		1 463				1 463
Entsorgung radioaktiver Abfälle	85			85				85
Fremdenverkehr, Bäder		1 177		1 177				1 177
Sonstige Unternehmenssektoren	1 643	2 101		3 744	12 276		12 276	16 020
<i>II. Branchenübergreifende Subventionen zugunsten von Unternehmen</i>	3 973	4 910	6 033	14 916	7 474	10 902	18 376	33 292
Regionalpolitik, Strukturpolitik	74	2 165		2 240	2 228		2 228	4 468
Umwelt, rationelle Energieverwendung	455	272		727				727
Freistellung von Umweltpolitik						10 902	10 902	10 902
Beschäftigungspolitik	2 200	1 364	5 753	9 317				9 317
Förderung von Qualifikation	257	595		852				852
Förderung von Innovationen etc.		223		223				223
Mittelstandsförderung	909	84	280	1 273				1 273
Investitionsförderung		15		15				15
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	78	191		269				269
Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren					5 246		5 246	5 246
<i>III. Subventionen im engeren Sinne insgesamt (I.+II.)</i>	20 223	27 315	12 288	59 826	33 877	10 902	44 779	104 605
<i>IV. Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck</i>	3 152	26 873		30 025	18 136		18 136	48 161
Krankenhäuser, gesetzliche Krankenversicherung	2 504	3 934		6 439				6 439
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1	10 988		10 989				10 989
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	345	5 079		5 424				5 424
Kirchen, Religionsgemeinschaften	13	570		583	3 000		3 000	3 583
Pflegeeinrichtungen		278		278				278
Sport, Freizeit	95	3 453		3 547				3 547
Sonstige Empfänger	194	2 571		2 765				2 765
Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren					7 696		7 696	7 696
Sonstige haushaltsbezogene Steuervergünstigungen					7 440		7 440	7 440
<i>V. Subventionen im weiteren Sinne insgesamt (III.+IV.)</i>	23 375	54 188	12 288	89 851	52 013	10 902	62 915	152 766

^aEU, Bundesagentur für Arbeit, Sonderhaushalte des Bundes.

Quelle: BA (lfd. Jgg.); BMF [a, b, c]; Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg.); Eurostat (2014), Deutscher Bundestag (2008); Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg.); Matthes et al. (2011: 11–12, Tabellen 2 und 3); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle A3c:

Subventionen im Jahr 2000 nach Sektoren oder Subventionszielen und nach gewährenden öffentlichen Haushalten (Mill. Euro)

	Bund	Länder und Ge- meinden	Übrige Haushalte ^a	Finanzhilfen insgesamt	Steuerver- günstigungen	Subven- tionen
<i>I. Sektorspezifische Subventionen zugunsten von Unternehmen</i>	22 192	24 954	5 938	53 085	21 563	74 648
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 379	2 738	5 938	11 055	969	12 024
Bergbau	4 565	855		5 420	44	5 464
Schiffbau	128	104		232		232
Verkehr	10 750	10 304		21 054	1 432	22 486
Wohnungsvermietung	1 317	5 145		6 461	10 176	16 637
Luft- und Raumfahrzeugbau	61	1		62		62
Wasser- und -entsorgung, Abfall		2 341		2 341		2 341
Entsorgung radioaktiver Abfälle	23			23		23
Fremdenverkehr, Bäder		1 251		1 251		1 251
Sonstige Unternehmenssektoren	2 969	2 217		5 185	8 942	14 127
<i>II. Branchenübergreifende Subventionen zugunsten von Unternehmen</i>	2 274	7 085	9 578	18 937	9 544	28 481
Regionalpolitik, Strukturpolitik	9	3 543		3 551	2 557	6 108
Umwelt, rationelle Energieverwendung	410	367		777		777
Freistellung von Umweltpolitik						
Beschäftigungspolitik	777	1 545	9 078	11 400		11 400
Förderung von Qualifikation	180	542		722		722
Förderung von Innovationen etc.	43	404		448		448
Mittelstandsförderung	780	162	500	1 442		1 442
Investitionsförderung		30		30		30
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	75	492		567		567
Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren					6 987	6 987
<i>III. Subventionen im engeren Sinne insgesamt (I.+II.)</i>	24 467	32 039	15 516	72 022	31 107	103 129
<i>IV. Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck</i>	617	26 071		26 688	18 575	45 263
Krankenhäuser, gesetzliche Krankenversicherung	18	4 465		4 484		4 484
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1	9 410		9 411		9 411
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	323	4 887		5 210		5 210
Kirchen, Religionsgemeinschaften	3	536		539	3 480	4 019
Pflegeeinrichtungen		860		860		860
Sport, Freizeit	79	3 521		3 601		3 601
Sonstige Empfänger	193	2 391		2 584		2 584
Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren					6 745	6 745
Sonstige haushaltsbezogene Steuervergünstigungen					8 350	8 350
<i>V. Subventionen im weiteren Sinne insgesamt (III.+IV.)</i>	25 083	58 110	15 516	98 710	49 682	148 392

^aEU, Bundesagentur für Arbeit, Sonderhaushalte des Bundes.

Quelle: BA (lfd. Jgg.); BMF [a, b, c]; Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012, 2013, 2014a, 2014b, 2014c, lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2008); Eurostat (2014), Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Länder (lfd. Jgg.); Matthes et al. (2011: 11–12, Tabellen 2 und 3); Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Literatur

- BA (Bundesanstalt/Bundesagentur für Arbeit) (lfd. Jgg.). Amtliche Nachrichten. Nürnberg.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (lfd. Jgg.) [a]. Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre Subventionsbericht. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (lfd. Jgg.) [b]. Finanzbericht Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (lfd. Jgg.) [c]. Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr ... Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2006). Finanzbericht 2007. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2008). Finanzbericht 2009. Berlin.
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) und BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) (2014). Hintergrundinformationen zur besonderen Ausgleichsregelung. Antragsverfahren 2013 auf Begrenzung der EEG-Umlage 2014. Berlin und Eschborn, Stand 27. Januar 2014. Via Internet (21.10.2014) <<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/I/informationen-zur-besonderen-ausgleichsregelung,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>>.
- Boss, A., H. Klodt et al. (2011). Haushaltskonsolidierung und Subventionsabbau: Wie der Staat seine Handlungsfähigkeit zurückgewinnen kann. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 3. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (20.05.2015) <<http://ifw-kiel.de/pub>>.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2008). Der Kieler Subventionsbericht: eine Aktualisierung. Kieler Diskussionsbeiträge 452/453. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (20.05.2015) <<http://ifw-kiel.de/pub>>.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2010). Subventionen in Deutschland: Der Kieler Subventionsbericht. Kieler Diskussionsbeiträge 479/480. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (20.05.2015) <<http://ifw-kiel.de/pub>>.
- Bundesgesetzblatt I (2010). Wirtschaftsplan des Energie- und Klimafonds 62: 1809–1813.
- BEE (Bundesverband Erneuerbare Energien e.V.) (2012). BEE-Hintergrund zur EEG-Umlage 2013. Bestandteile, Entwicklung und Höhe. Aktualisierte Fassung nach Veröffentlichung der ÜNB-Prognose vom 15.10.2012. Berlin. Via Internet (18.07.2014) <http://www.bee-ev.de/fileadmin/Publikationen/Positionspapiere_Stellungnahmen/121026_BEE_Hintergrund_EEG-Umlage-2013_aktualisiert.pdf>.
- Cludius, J., und H. Hermann (2014). Die Zusatzgewinne ausgewählter deutscher Branchen und Unternehmen durch den EU-Emissionshandel. Untersuchung des Öko-Instituts e.V. im Auftrag der Umweltstiftung WWF Deutschland. Berlin. Via Internet (25.07.2014) <<http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Zusatzgewinne-ausgewaehlter-deutscher-Branchen-und-Unternehmen-durch-den-EU-Emissionshandel.pdf>>.
- DEHSt (Deutsche Emissionhandelsstelle im Umweltbundesamt) (lfd. Jgg.). VET-Bericht. Treibhausgasemissionen der emissionshandelspflichtigen stationären Anlagen in Deutschland im Jahr Via Internet (01.08.2014) <http://www.dehst.de/DE/Service/Publikationen/publikationen_node.html, Seiten 1–3>.
- DEHSt (Deutsche Emissionhandelsstelle im Umweltbundesamt) (2012). Auktionierung. Versteigerung von Emissionsberechtigungen in Deutschland Periodischer Bericht: „Early Auctions“ und Versteigerungen im Luftverkehr 2012. Berlin, Stand 12.2012. Via Internet (25.07.2014) <http://www.dehst.de/SharedDocs/Downloads/DE/Auktionierung/2012_Bericht_Early-Auctions.pdf?__blob=publicationFile>.
- DEHSt (Deutsche Emissionhandelsstelle im Umweltbundesamt) (2013). VET-Bericht. Treibhausgasemissionen der emissionshandelspflichtigen stationären Anlagen in Deutschland und im Luftverkehr in Deutschland im Jahr 2012. Via Internet (01.08.2014) <http://www.dehst.de/DE/Service/Publikationen/publikationen_node.html?gtp=1794774_dokumente%253D2>.
- DEHSt (Deutsche Emissionhandelsstelle im Umweltbundesamt) (2014a). Versteigerungen in der zweiten Handelsperiode (2008–2012). Via Internet (25.07.2014) <http://www.dehst.de/DE/Emissionshandel/Versteigerung/Versteigerungen_2008-2012/Versteigerung_2008-2012_node.html>.
- DEHSt (Deutsche Emissionhandelsstelle im Umweltbundesamt) (2014b). Auktionierung. Deutsche Versteigerungen von Emissionsberechtigungen. Jahresbericht 2013. Berlin, Stand April 2014. Via Internet (25.07.2014) <http://www.dehst.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Auktionierung_2013_Jahresbericht.pdf?__blob=publicationFile>.

- DEHSt (Deutsche Emissionhandelsstelle im Umweltbundesamt) (2014c). Zuteilung 2013–2020. Ergebnisse der kostenlosen Zuteilung von Emissionsberechtigungen an Bestandsanlagen für die 3. Handelsperiode 2013–2020. Berlin, Stand April 2014. Via Internet (28.07.2014) <http://www.dehst.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Zuteilungsbericht.pdf?__blob=publicationFile>.
- Deutscher Bundestag (2008). Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagepflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG). Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Drucksache 16/9299 vom 27. Mai 2008. Via Internet (26.05.2010) <<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609299.pdf>>.
- Deutscher Bundestag (2009). Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Drucksache 16/11740 vom 27. Januar 2009. Via Internet (20.05.2010) <<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/117/1611740.pdf>>.
- Deutscher Bundestag (2014). Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014). Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/700 vom 19.03.2014. Berlin. Via Internet (20.03.2014) <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/007/1800700.pdf>>.
- Eurostat (2014). Statistiken: Verkehr, Luftverkehr. Via Internet (05.08.2014) <<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/transport/data/database>>.
- Haller, M., H. Hermann, C. Loreck, F.C. Matthes und V. Cook (2013). EEG-Umlage und die Kosten der Stromversorgung für 2014. Eine Analyse von Trends, Ursachen und Wechselwirkungen. Kurzstudie im Auftrag von Greenpeace. Öko-Institut e.V., Berlin, Juni. Via Internet (25.07.2014) <<http://www.oeko.de/oekodoc/1793/2013-475-de.pdf>>.
- Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Bundesländer (versch. Jgg.). Verschiedene Orte.
- Koch, R., und P. Steinbrück (2003). Subventionsabbau im Konsens. Wiesbaden.
- Laaser, C.-F., und A. Rosenschon (2013). Subventionen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2011/2012: Der Kieler Subventionsbericht. Kieler Diskussionsbeiträge 516/517. Institut für Weltwirtschaft. Text- und Tabellenanhang. Via Internet: <<http://www.ifw-kiel.de/pub>>.
- Matthes, F.Chr., S. Gores und H. Hermann (2011). Zusatzerträge von ausgewählten deutschen Unternehmen und Branchen im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems. Analyse für den Zeitraum 2005–2012. Untersuchung des Öko-Instituts e.V. im Auftrag der Umweltstiftung WWF Deutschland. Berlin. Via Internet am 06.02.2013 <<http://www.oeko.de/oekodoc/1136/2011-019-de.pdf>>.
- Netzwerktransparenz (2009). Prognose der EEG-Umlage 2010. Stand 15. Oktober 2009. Via Internet (18.07.2014) <http://www.netztransparenz.de/de/file/2009_10_15_Konzept_Prognose_EEG-Umlage_nach_AusglMechV.pdf>.
- Netzwerktransparenz (2010). Prognose der EEG-Umlage 2010. Stand 15. Oktober 2010. Via Internet (18.07.2014) <http://www.netztransparenz.de/de/file/2010_10_15_Foliensatz_zur_Veroeffentlichung_final.pdf>.
- Netzwerktransparenz (2011). Prognose der EEG-Umlage 2012. Stand 14. Oktober 2011. Via Internet (18.07.2014) <http://www.netztransparenz.de/de/file/111014_Prognose_EEG-Umlage-2012_final.pdf>.
- Netzwerktransparenz (2012). Prognose der EEG-Umlage 2013. Stand 15. Oktober 2012. Via Internet (18.07.2014) <http://www.netztransparenz.de/de/file/Konzept_zur_Berechnung_und_Prognose_der_EEG-Umlage_2013.pdf>.
- Netzwerktransparenz (2013). Prognose der EEG-Umlage 2014. Stand 15.10.2013. Via Internet (18.07.2014) <http://www.netztransparenz.de/de/file/Konzept_zur_Prognose_und_Berechnung_der_EEG-Umlage_2014_nach_AusglMechV.PDF>.
- Reuster, L., und S. Küchler (2012). Industriebegünstigung bei der EEG-Umlage und deren Auswirkung auf die restlichen Stromverbraucher. Kurzanalyse im Auftrag von Campact e.V. Berlin: Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. Via Internet (07.08.2014) <http://www.foes.de/pdf/2012-10-Industriebeguenstigung_EEG-Umlage.pdf>.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2005). Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen. Jahresgutachten 2005/2006. Stuttgart.
- Sohmen, E. (1976). Allokationstheorie und Wirtschaftspolitik. Tübingen.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). Fachserie 14: Finanzen und Steuern. Reihe 3.3: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte. Stuttgart.

- 532./533. Lettland: Fit für den Euro?
Klaus Schrader und Claus-Friedrich Laaser
Kiel, März 2014. 34 S. 18 Euro.
- 534./535. Weltkonjunktur im Frühjahr 2014
Kiel, April 2014. 46 S. 18 Euro.
- 536./537. Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2014
Kiel, April 2014. 45 S. 18 Euro.
538. Konjunkturbereinigung der Länder: Eine Quasi-Echtzeitanalyse
am Beispiel Schleswig-Holsteins
Jens Boysen-Hogrefe
Kiel, Juni 2014. 16 S. 9 Euro.
- 539./540. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2014
Kiel, Juni 2014. 35 S. 18 Euro.
- 541./542. Makroprudenzielle Finanzmarktpolitik: Nationale Handlungsoptionen
im Euroraum
*Stefan Kooths, Martin Plödt, Björn van Roye und
Joachim Scheide*
Kiel, August 2014. 53 S. 18 Euro.
- 543./544. Weltkonjunktur im Herbst 2014
Kiel, Oktober 2014. 46 S. 18 Euro.
- 545./546. Deutsche Konjunktur im Herbst 2014
Kiel, Oktober 2014. 35 S. 18 Euro.
- 547./548. Der Kieler Subventionsbericht: Eine Aktualisierung bis zum
Jahr 2013/2014
Claus-Friedrich Laaser und Astrid Rosenschon
Kiel, Juli 2015. 75 S. 18 Euro.